Dienstag, 13. August 1985 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 186 - 33.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Innerdeutsche Grenze:** Seit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 haben 184 Deutsche ihr Leben bei dem Versuch verloren, in den Westen zu flüchten, teilte die „Arbeitsgemeinschaft 13. August" in Berlin mit. Das „DDR"-Grenzsicherungssystem sei trotz des vollständigen Abbaus der Selbstschußanlagen weiter perfektioniert worden. (S. 10)

**Festnahme:** Der ehemalige Soldat der „DDR"-Volksarmee, Andreas Obojes, der 1984 in die Bundesrepublik ausreisen durfte, ist in der „DDR" inhaftiert worden. Mit einer Pistole bewaffnet hatte er versucht, illegal von der Tschechoslowakei in die „DDR" zu gelangen.

**Wohnungsbau:** Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt die Besteuerung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen ab, wie sie ein für das Bundesfinanzministerium erstelltes Gutachten vorschlägt. Dies wäre ein „weiterer Schritt zum Abbau der sozialen Bindungen im Wohnungsbau".

**Apartheid:** Militante Gegner der südafrikanischen Rassentrennungspolitik haben die VW-Niederlassung in Amsterdam teilweise verwüstet. In einer Erklärung hieß es, VW unterstütze die südafrikanische Regierung durch fortwährende Investitionen. (S. 5)

**Welternährungsbericht:** Die Nahrungsmittel- und Agrarproduktion ist 1984 weltweit um vier Prozent gestiegen, meldet die UNO-Landwirtschaftsorganisation FAO. In Afrika habe sich die Lage jedoch weiter verschlechtert. Es sei nicht gelungen, die Nahrungsmittelproduktion dem Bevölkerungwachstum anzugleichen.

**Pilger:** Tausende iranischer Pilger haben in der den Moslems heiligen saudischen Stadt Medina gegen die USA, Israel und die Sowjetunion demonstriert. Ihr Anführer, der Geistliche Mehdi Karrubi, forderte die Demonstranten auf, ihre jährliche Pilgerfahrten in einen „Vulkan gegen die Unterdrücker" zu verwandeln.

## Tierversuche unumgänglich?

**Die experimentelle Arzneimittelforschung kommt nach Auffassung des Leiters der Abteilung Pharmaforschung/Toxikologie der Farbwerke Hoechst AG, Professor Martin Kramer, nicht ohne Tierversuche aus. In einem Beitrag für die WELT sagt er, anders als im Tierversuch hätte man die heute nützlichen und gebräuchlichen Arzneimittel nicht finden können. (S. 4)**

### WIRTSCHAFT

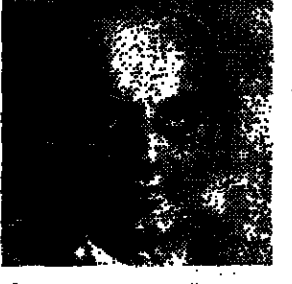
**Arbeitsmarkt:** Absolventen von Fachhochschulen haben weiterhin relativ gute Chancen, einen angemessenen Arbeitsplatz zu finden. Von den 40 000 Absolventen, die pro Jahr die Fachhochschulen verlassen, finden 85 Prozent direkt eine Beschäftigung. (S. 11)

**Schiffahrt:** Sanko Steamship (Osaka), die größte Tanker-Reederei der Welt, steht vor dem Zusammenbruch. Heute soll ein Vergleichsantrag gestellt werden. Sanko soll umgerechnet 6,5 Milliarden DM Schulden haben. (S. 12)

**Frankreich:** Vor einer Lockerung des bisherigen Restriktionskurses der Pariser Regierung warnt die OECD. Die Erfolge der Stabilisierungspolitik stünden noch auf schwachen Füßen. (S. 11)

**Börse:** Bei schleppendem Geschäft bröckelten die Kurse überwiegend ab. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 198,38 (199,20). BHF-Rentenindex 104,622 (104,659). Performance Index 106,322 (106,329). Dollarmittelkurs 2,7984 (2,8313) Mark. Goldpreis 326,60 (322,50) Dollar.

### ZITAT DES TAGES



„Der 13. August 1961 ist ein Datum rücksichtsloser Abgrenzung"

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, zum 24. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer
FOTO: WEREK

### KULTUR

**Fälscher:** Er hält den Rekord des Meistgefälschten unter den italienischen Meistern des 20. Jahrhunderts. 70 Prozent der ihm zugeschriebenen Werke sind unecht. Mit dem Maler Giorgio De Chirico (1888–1978) setzt die WELT heute ihre Serie „Die Kunst und die Fälscher" fort. (S. 17)

**Festspiele:** Salzburg scheint ein neues Zugstück zu haben. Für seine freie Neugestaltung von Claudio Monteverdis „Il ritorno d'Ulisse in Patria" (Die Rückkehr des Odysseus in sein Vaterland) erhielt Hans-Werner Henze bei der Uraufführung des Stückes frenetischen Beifall. (S. 17)

### SPORT

**Autorennen:** Der 32jährige Waiblinger Manfred Winkelhock schwebt nach einem schweren Unfall beim 1000-km-Rennen in Mosport (Kanada) in Lebensgefahr. (S. 8)

**Fußball:** Als erster ungarischer Fußballer ist der Nationalspieler Jozsef Török (32) von einem Bundesliga-Klub – SV Waldhof Mannheim – unter Vertrag genommen worden.

### AUS ALLER WELT

**Bankier:** Trotz Bereitstellung einer Kaution von fünf Millionen Mark bleibt der wegen Betrugs und Untreue angeklagte Ferdinand Graf von Galen in Untersuchungshaft in Frankfurt. Im Fall des früheren persönlich haftenden Gesellschafters des Bankhauses Schröder, Münchmeyer, Hengst und Co. bestehe erhebliche Fluchtgefahr.

**„Hammer-Killer":** Für Mitte der Woche erwartet die Polizei Gewißheit darüber, ob es sich bei dem verhafteten Polizeimeister Roman Gianoncelli aus Michelbach bei Schwäbisch Hall um den dreifachen Parkplatzmörder und Bankräuber handelt. (S. 18)

**Wetter:** Bewölkt, überwiegend niederschlagsfrei. 20 bis 30 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:



# Jumbo bei Tokio mit mehr als 500 Menschen abgestürzt

## Augenzeugin: Flugzeug verschwand in großer Flamme und weißem Rauch

DW. Tokio

Ein Jumbo-Jet der Japan Air Lines (JAL) mit 524 Menschen an Bord ist am Montagabend (Ortszeit) auf dem Flug von Tokio nach Japans zweitgrößter Stadt Osaka in gebirgigem Gelände abgestürzt. Das brennende Wrack der Boeing 747 ist von zwei japanischen Phantom-Flugzeugen und einer amerikanischen Frachtmaschine C-130 in einer Gebirgsregion 120 Kilometer westlich von Tokio geortet worden. Ein JAL-Sprecher in Tokio bestätigte kurz nach dem Absturz, daß sich an Bord der Maschine 509 Passagiere und 15 Besatzungsmitglieder befanden.

Nach Angaben der JAL sind auf der Passagierliste der abgestürzten Boeing 747 eine Reihe von „nicht-japanischen" Namen eingetragen. Wie viele Ausländer in der Maschine waren und aus welchen Ländern sie stammen, gab die JAL zunächst nicht an.

Falls es keine Überlebenden gibt, wäre es das zweitschlimmste Unglück in der Geschichte der Luftfahrt. Am 27. März 1977 waren 583 Menschen ums Leben gekommen, als auf Teneriffa zwei Jumbo-Jets im Nebel zusammenstießen.

Der Pilot des japanischen Flugzeugs hatte eine halbe Stunde nach dem Start vom Tokioter Inlands-Flughafen Haneda in einem Funknotruf über Schwierigkeiten mit einer hinteren Tür berichtet und eine Notlandung auf dem Militärflughafen Yokota westlich der Hauptstadt angekündigt. Dabei prallte die Maschine offenbar gegen einen 2000 Meter hohen Berg. Anscheinend hatte der Pilot versucht, in niedriger Höhe zu fliegen, bis die Maschine plötzlich von den Radarschirmen verschwand. Nachdem die Landung auf dem Militärflughafen aufgegeben wurde, habe der Pilot wahrscheinlich versucht, nach Haneda zurückzufliegen.

Die japanische Luftwaffe hat Hubschrauber zu der Absturzstelle entsandt. Das Verteidigungsministerium teilte mit, ein Hubschrauber habe die Absturzstelle geortet, konnte aber nicht landen. Die Bergungsmannschaften würden lange brauchen, um das Wrack zu erreichen. Die Bergungsarbeiten werden durch Regen noch zusätzlich behindert.

In dem Berggebiet der Präfektur Nagano wurde der Absturz eines bereits brennenden Flugzeugs beobachtet. Aus dem Tal sei die Absturzstelle wegen der Flammen deutlich zu erkennen gewesen. Eine Hausfrau aus Nagano berichtete im Rundfunk, ein Flugzeug sei über ihr Haus geflogen. Es habe sich zur linken Seite geneigt und ausgesehen, als ob es kurz vor dem Absturz sei: „Als es verschwand, gab es eine große Flamme, gefolgt von weißem Rauch, der sich später in eine schwarze pilzartige Wolke verwandelte."

Erst am 2. August war ein Großraumflugzeug der US-Fluggesellschaft Delta Airlines auf dem Flughafen von Dallas-Fort Worth abgestürzt. Dabei kamen 132 Menschen ums Leben, und 31 Insassen überlebten. Am 23. Juni stürzte ein Jumbo-Jet der Air India südwestlich der irischen Küste ins Meer, die 329 Insassen starben. Am 1. September 1983 schossen sowjetische Abfangjäger über dem Ochotskischen Meer einen Jumbo-Jet der südkoreanischen Fluggesellschaft Korean Airlines ab. Alle 269 Insassen kamen ums Leben.

DER KOMMENTAR

## *Schock der Zahl*

HORST STEIN

Mehr als fünfhundert Menschen in einem Jumbo, der brennend in die Tiefe stürzt. Fünfhundert Menschenleben, die weder den Unbilden der Natur noch einem Anschlag von Terroristen, die vielleicht einer Tücke der Technik zum Opfer gefallen sind? Mit der Nachricht fast schon vom schrecklichen Unglücksfall trifft uns der Schock über die große Zahl. Nur einmal in der Geschichte der zivilen Luftfahrt waren soviele Menschen betroffen. Man fragt sich nach all den Katastrophenmeldungen der jüngsten Zeit, ob denn die Fliegerei nicht doch einen zu hohen Blutzoll fordere. Ob denn, was uns mit dem mächtigen Schub der Düsentriebwerke an Zeit geschenkt wird, am Ende von jenen mit dem Preis ihres Lebens zu bezahlen sei, die des Zufalls blinde Selektion halt trifft. Heute du und morgen ...?

Natürlich schießen solche Spontanreaktionen eines aufgeschreckten Publikums weit über Maß und Vernunft hinaus. Noch immer gilt, was Luftfahrt-Ingenieure und Lebensversicherer seit eh und je beteuern: Gemessen an transportierten Personen und bewältigten Meilen ist Fliegen eine sichere Sache; die sicherste fast. Und mit der Ausweitung des Luftverkehrs auf den touristischen Sektor hat sich die statistische Relation sogar noch deutlich verbessert. Kassandra liegt falsch, wenn sie aus der Reihung von Flugzeugabstürzen und Überschwemmungen, Erdbeben, Dammbrüchen und Hagelschlägen Düsteres deutet. Die Zeit, in der wir leben, diese unsere Gegenwart, ist so normal, wie eine Epoche nur normal sein kann.

Das Erschrecken über die Zahl läßt sich geradezu als Beweis dafür nehmen. Ist es denn nicht so, daß uns ein anderes Sterben, das tagtäglich um uns her auf den Straßen geschieht, nahezu gleichgültig läßt? Wir wissen davon – summarisch, aber wir erleben es nicht mit. Die Zeitung berichtet davon, ausschnitthaft, und es muß schon eine Massenkarambolage sein, ehe die Tagesschau sich zu einer kurzen Notiz herbeiläßt. Von den meisten Verkehrsunfällen mit Todesfolge – nicht zu reden den zahlreichen Verletzten – erfahren wir nicht einmal. Dabei sterben allein in der Bundesrepublik Deutschland jährlich mehr als zehntausend Menschen auf den Straßen.

Zehntausend Menschen, das sind soviele wie die Einwohner einer kleinen Stadt, eines stattlichen mittleren Dorfes. Wenn eine ganze Stadt über Nacht ausgelöscht würde – daß das möglich ist, haben wir während des Zweiten Weltkrieges schmerzlich genug erlebt –, wir alle wären entsetzensstarr. So aber ... gerade, daß wir noch zum Gurt greifen, murrend und auch nur, weil es sonst 40 Mark kostet.

# Keine große Kabinettsumbildung?

## Weichenstellungen für Rest der Legislaturperiode im Vordergrund / Geißler-Nachfolge noch offen

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl will seine Entscheidung über die Neubesetzung des Familienministeriums nach dem Ausscheiden von Heiner Geißler im Herbst offenbar erst nach der Rückkehr aus seinem Urlaub am 26. August bekanntmachen. Kohl habe Berichte über ein angeblich bevorstehendes Kabinettsrevirement an seinem Urlaubsort gelassen abgetan, hieß es in Bonn. Er beschäftige sich vielmehr mit den „Weichenstellungen" für den Rest der Legislaturperiode.

Schon vor Urlaubsantritt Kohls war in Regierungskreisen zu hören, die Entscheidung für oder wider eine Kabinettsreform werde weitgehend davon abhängen, ob die Koalition aus dem „Zwischentief" des Frühsommers herauskomme. Dies scheint gelungen. Meinungsumfragen signalisieren den Regierungsparteien zusammen die Mehrheit. Sie liegen damit besser als die Vorgänger-Koalition zur Halbzeit der Legislaturperiode. Zwei Jahre nach der Wahl hatten SPD und FDP in der parlamentarischen Sommerpause 1982 zusammen nur 41 Prozent (Emnid) und 43,5 Prozent (Infas).

Als wenig wahrscheinlich wurden gestern Zeitungsmeldungen bezeichnet, nach denen sich der Kanzler schon für die CDU-Abgeordnete Roswitha Verhülsdonk aus dem Wahlkreis Koblenz als Nachfolgerin für Familienminister Geißler entschieden haben soll. Ihr Name taucht in den Personal-Spekulationen der Koalition, die durch die offenkundigen Schwierigkeiten der Sozialdemokraten bei der Benennung ihres Kanzlerkandidaten weitgehend verdrängt worden waren, erstmals auf. Da Kohl wohl an seinem Versprechen festhalten will, eine Frau zu benennen, gelten als ernstzunehmende Kandidatinnen – sollte es nur um die Nachfolge Geißlers und nicht um ein größeres Revirement gehen – die Abgeordneten Ingrid Roitzsch aus dem schleswig-holsteinischen Pinneberg, Renate Hellwig aus dem baden-württembergischen Wahlkreis Neckar-Zabern, Agnes Hürland aus Westfalen und die bayerische CSU-Abgeordnete Ursula Männle. Für Frau Hellwig spräche die Erfahrung, die sie – zunächst noch unter dem Ministerpräsidenten Kohl – als Staatssekretärin im rheinland-pfälzischen Sozialministerium gesammelt hat.

Offen scheint derzeit noch, wer Nachfolger des verstorbenen Staatsministers im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, wird. Hier besteht kein Zwang zu raschen Entscheidungen; die Union hätte allerdings keine Schwierigkeiten mit der Besetzung: Im Gespräch sind der Parlamentarische Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Volkmar Köhler, aber auch der außenpolitische Sprecher der Fraktion, Hans Klein (CSU). Die Nachfolge im Vorsitz des Auswärtigen Ausschusses für den ebenfalls verstorbenen Werner Marx scheint auf den CDU-Abgeordneten Hans Stercken aus Aachen „zuzulaufen". Sollte der Kanzler eine umfassendere Kabinettsreform vornehmen, so kämen auch Namen aus den Ländern, etwa der des hessischen CDU-Vorsitzenden Walter Wallmann, zum Tragen, dem Kompetenz als Verteidungs- oder Innenminister zugemessen wird. Die FDP will ihre drei Minister nicht auswechseln.

# Anschlag auf US-Zug in Frankfurt

rtr. Frankfurt

Die Einrichtungen der US-Armee in Frankfurt sind erneut Ziel eines Anschlags gewesen. Vier Tage nach dem Bombenattentat auf den US-Luftwaffenstützpunkt, bei dem zwei Menschen getötet worden waren, wurden nach Angaben der Polizei gestern morgen in einem US-Militärzug auf dem Frankfurter Ost-Bahnhof zwei Brandsätze entdeckt, die offenbar wegen eines Defekts im Zünder nicht in Brand geraten waren. Die unbekannten Täter hatten sich gewaltsam Zugang zu den Liegewagen verschafft und zwei Waggontüren aufgebrochen. Die Brandsätze wurden kurz nach sieben Uhr von Beschäftigten der Bahn entdeckt.

Ob zwischen den beiden Anschlägen ein Zusammenhang besteht, konnte die Polizei zunächst nicht sagen. In die Ermittlungen sind auch Beamte einer Sonderkommission der Polizei eingeschaltet, die den Anschlag vom Donnerstag aufklären soll.

# *Wachsende Zweifel an Weltrekord*

K. Bl. Bonn

Die Traumgrenze ist gefallen und die Zweifel mehren sich. In Donetzk übersprang der 23jährige Sowjetrusse Rudolf Powarnizin als erster Mensch 2,40 Meter. Er steigerte sich damit um 14 Zentimeter und düpierte die internationalen Stars: Olympiasieger Dietmar Mögenburg aus Köln, Ex-Weltrekordler Zhu Jianhua aus Shanghai und Patrik Sjöberg aus Göteborg.

Mögenburg zur WELT: „Ich will den Leuten nichts unterstellen, aber die Sache hört sich sehr unwahrscheinlich an." Bundestrainer Dragan Tancic, einer der führenden Hochsprung-Experten der Welt, meldete ebenfalls Zweifel an. Er sagt: „Man kann mit vielen anderen Mitteln auf diesen Höhepunkt hinarbeiten. Danach können die Leute, die so etwas erreicht haben, wieder verschwinden oder man kann sie auch verschwinden lassen."

Seite 9: „Sportliche Ungerechtigkeit"

# Papst betont die Religionsfreiheit

KNA, Garoua/Yaunde

In der nordkamerunischen Stadt Garoua hat Papst Johannes Paul II. zur Achtung und Verteidigung der Religionsfreiheit aufgerufen. Vor Vertretern der Regierung, des Islam und anderen christlichen Konfessionen sagte das Oberhaupt der katholischen Kirche, die Verbreitung des Evangeliums habe mit Propaganda nichts zu tun. Die christliche Botschaft sei ein Appell an das Gewissen der Menschen, die alle zur Wahrheitssuche verpflichtet seien. Die Kirche lege Wert darauf, daß jeder äußere Zwang ausgeschlossen bleibe. Religionsfreiheit sei ein Grundrecht und gleichzeitig eine Forderung der Religion selbst. Die katholische Kirche respektiere auch die Überzeugungen aller, die auf anderen Wegen zu Gott fänden. Rund 70 Prozent der Bewohner Kameruns gehören animistischen Kulten an, 20 Prozent dem Islam, und nur zehn Prozent christlichen Konfessionen, davon fünf Prozent der katholischen Kirche.

# Lüneburg hatte Kontakt zu „Mann in Uniform"

## Die Indizien sprechen weiter für ihre Agententätigkeit

ms. Bonn

Auch die Sicherheitsbehörden wissen trotz intensiver Recherchen offenbar nichts über den Verbleib von Sonja Lüneburg (60), der langjährigen Chefsekretärin des Bundeswirtschaftsministers. Der Fall bleibt in hohem Maße politisch und mysteriös zugleich. Gestern wurde der WELT bekannt, Frau Lüneburg habe nähere Kontakte zu einem 59jährigen, vor der Pension stehenden Oberst an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg unterhalten. Der Offizier hatte sich Urlaub genommen, soll aber gestern fristgerecht zum Dienst zurückgekehrt sein. Die Nachforschungen der Spionageabwehr haben ergeben, daß Frau Lüneburg häufiger Besuch von einem „Mann in Uniform" erhalten hat. Nähere Aufschlüsse erwarten die Behörden von der Auswertung der Bildbände, die in der Wohnung von Frau Lüneburg sichergestellt wurden. Generalbundesanwalt Rebmann hat gestern in Karlsruhe mit den für die Spionagebekämpfung zuständigen Bundesanwälten die weiteren Ermittlungsschritte in dieser Sache beraten.

In Bonn werden zur Zeit, was den Fall Lüneburg betrifft, zwei Fragen gestellt. Hat die Frau Selbstmord begangen, aus welchen Gründen auch immer? Oder hat sie tatsächlich für den Geheimdienst der „DDR" spioniert und sich auf höheren Befehl Hals über Kopf abgesetzt? Solange der Beweis für die eine oder andere Theorie fehlt, bleiben nur Indizien. Und diese sprechen bislang für eine Agententätigkeit.

Frau Lüneburg, die ihren Schreibtisch nur wenige Meter vom Ministerbüro entfernt stehen hatte und die in ihrer Vertrauensposition Politisches und Privates erfahren hat, ist nach einem „langen Wochenende" verschwunden. Sie hatte sich den Montag zusätzlich freigenommen, weil sie, wie sie sagte, mit Freunden ins benachbarte Ausland fahren wollte. Diese Begründung hat sich als falsch herausgestellt. Durch eine Vermißtenanzeige bei der Polizei war, als Frau Lüneburg nicht zurückkehrte, auch die Spionageabwehr alarmiert worden. Die Fahnder stellten fest, daß die Frau ihre Wohnung überstürzt verlassen hatte. Sie stießen außerdem auf Dinge, die für die Ablichtung von Dokumenten gebraucht werden: Stative, Zwischenringe und eine 1000-Watt-Lampe. Die Fotoapparate fehlten. Als Fotografin war Frau Lüneburg in der Öffentlichkeit nicht in Erscheinung getreten. Sie hat nicht über ihre Kontakte zu dem Bundeswehroffizier gesprochen.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat in ersten Stellungnahmen versichert, Geheimsachen seien Frau Lüneburg nicht in die Hände gekommen. Allerdings wird nicht bestritten, daß sie einen Überblick über dienstliche und persönliche Post von Bundeswirtschaftsminister Bangemann, dem FDP-Vorsitzenden, gehabt hat.

Sekretärinnen sind ein bevorzugtes Ziel gegnerischer Dienste. Die Vorzimmer sind die Schwachstellen des Geheimschutzes. Ende der 70er Jahre hatten mehrere Sekretärinnen aus Angst vor Enttarnung jeweils an Wochenenden die Flucht ergriffen: Christel Broszey, Sekretärin von Kurt Biedenkopf, Inge Goliath, Sekretärin des Abgeordneten Marx, Helga Rödiger, Sekretärin des früheren Kanzleramtsministers Lahnstein.

# *Der Krügerrand ist kein Renner mehr*

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der südafrikanische Krügerrand, jahrelang unbestrittener Absatzrenner unter den Goldmünzen, hat viel von seiner traditionellen Beliebtheit eingebüßt. Er ist ein indirektes „Opfer" der Sanktionen gegen die Republik am Kap der Guten Hoffnung und der Unruhen im Lande.

Der Absatz ist stark geschrumpft, und der Preis der Münze, die eine Unze Feingold enthält, ist so billig wie seit Jahren nicht mehr. Sie kostete gestern am Bankschalter 941,25 Mark (ohne Mehrwertsteuer) und damit 23,25 Mark weniger als der kanadische Maple Leaf mit dem gleichen Goldgehalt. Der Aufpreis auf den reinen Materialwert, der normalerweise ebenso wie beim Maple Leaf rund vier Prozent ausmachte, ist mittlerweile für den Krügerrand auf nur noch bescheidene 1,7 Prozent zurückgegangen. Die südafrikanische Goldmünze ist damit zur preiswertesten überhaupt geworden.

Noch im April mußte man am Bankschalter rund 1100 Mark für den Krügerrand hinblättern. Die seither eingetretene Verbilligung ist zwar in erster Linie dem deutlichen Rückgang des Dollarkurses zu verdanken; der Preis für eine Feinunze Gold bewegte sich in den vergangenen Monaten ziemlich unbeeindruckt von den Schwankungen des Dollarkurses zwischen 310 und 330 Dollar. Doch das Abrutschen des Preises der südafrikanischen Goldmünze unter den der kanadischen ist eindeutig eine Reaktion auf die Turbulenzen in und um Südafrika.

Ganz abgesehen davon, daß Gold als Anlage wegen der hohen Realzinsen ohnehin schon seit langem nicht sonderlich beliebt ist, beobachten Banken beim privaten Publikum eine starke Zurückhaltung gegenüber dem Krügerrand. Sie ist eine Reaktion auf das Importverbot der USA, das mit einem Handelsverbot verwechselt wurde. Ängstlich gewordene Sparer und Horter warfen Krügerrands auf den Markt und kaufen ebenso wie Neuanleger lieber die „unpolitischen" Maple Leafs der Königlich Kanadischen Münze. Demnächst werden sie auch wohl die Wahl haben, sich eine australische Goldmünze zuzulegen. Als Reaktion auf den Rückgang der Beliebtheit des Krügerrands kündigte der Bundesstaat West-Australien an, mit einer eigenen Prägung Pretoria Konkurrenz machen zu wollen.

Goldhändler schließen zwar nicht aus, daß neugeprägte Goldmünzen weiterhin – in Mark gerechnet – billiger werden, wenn der Kurs des Dollars gegenüber der Mark nachgibt; jedenfalls erwartet wegen der hohen Zinsen kaum jemand, daß schon bald wieder der alte Mechanismus „niedriger Dollarkurs – hoher Goldpreis" greift. Aber man rechnet nicht damit, daß der Preis des Krügerrands noch nennenswert unter den des Maple Leaf sinkt.

# Will Albanien seine Kontakte nach Westeuropa ausbauen?

## Ramiz Alia verurteilt Belgrad und „Revisionismus" Moskaus

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Zum ersten Mal nach dem Tode des langjährigen Parteichefs Enver Hodscha hat die neue albanische Führung unter Ramiz Alia scharfe Angriffe gegen Jugoslawien und die Sowjetunion gerichtet. Die albanische Parteizeitung „Zeri i Popullit" bezeichnete es als großes Verdienst des verstorbenen Parteichefs, Albanien nicht nur vor der „titoistischen Sklaverei" gerettet, sondern auch stets einen unerbittlichen Kampf gegen den „Revisionismus" geführt zu haben.

„Zeri i Popullit" erklärt dann, die albanische KP habe die „Richtigkeit der Doktrin von Marx, Engels, Lenin und Stalin" unter Beweis gestellt. Im Artikel ist vom „Verrat" der Titoisten und Chruschtschowisten die Rede. Auch die Chinesen, mit denen Albanien bis vor wenigen Jahren eng verbündet war, werden jetzt unter die „modernen Revisionisten" eingereiht. Vor allem wendet sich die albanische Parteizeitung gegen die Versuche der Sowjets, die Linie des 20. Parteikongresses der KPdSU – also der Entstalinisierung des Jahres 1956 – anderen kommunistischen Parteien aufzuzwingen. Nach innen hatte Hodscha während seiner mehr als 40jährigen Amtszeit stets einen stalinistischen Kurs gesteuert, den offenbar auch die neuen Machthaber aufrechterhalten wollen. Diese Formulierung ist im Blick auf den neuen sowjetischen Parteichef Gorbatschow und den bevorstehenden sowjetischen Parteikongreß nicht ohne Bedeutung.

Schließlich ist von den „Verbindungen des modernen Revisionismus" zum „amerikanischen Imperialismus" die Rede. Politische Beobachter werten diese Attacke als Hinweis darauf, daß Albanien sich weder an Jugoslawien noch an die Sowjetunion annähern möchte. Statt dessen könnte das isolationistische Balkanland seine Kontakte zu Westeuropa ausbauen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## *Stiften gegangen*

Von Peter Philipps

Die Sozialdemokraten haben bisher in der Spendenaffäre recht erfolgreich die Rolle der Saubermänner gespielt; Oskar Lafontaine fühlte sich sogar in der Lage, die anderen als „Flick-Parteien" zu diffamieren. Nun deutet manches darauf hin, daß Parteigeschäftsführer Peter Glotz recht behält: „Mein Zweifel, daß die Führungspersonen linker Parteien von vornherein moralischer sind als die der Parteien der Rechten, ist groß." Nur geschickter waren sie offenbar; „halt Profis", wie der ehemalige Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch sie vor dem Untersuchungsausschuß charakterisierte.

Die Staatsanwaltschaft kümmert sich mittlerweile um die Friedrich-Ebert-Stiftung, die seit langem als geheime Finanzschleuse verdächtigt wurde – ebenso wie ihre Konkurrenz bei den drei anderen etablierten Parteien. Aber seit die Buchführung ganz auf elektronische Datenverarbeitung umgestellt wurde, sind die Recherchen unendlich schwierig geworden.

Alfred Nau, lange Jahre in Personalunion Schatzmeister der Partei wie der Stiftung, zum Nutzen beider, hätte Klarheit schaffen können, wie auch sein langjähriger Vertrauter, der „Vorwärts"-Verlagsmanager Walter Petersen. Doch insbesondere Nau wurde bei den ersten Ermittlungen trotz allen Zuredens von der Erinnerung im Stich gelassen. Dann starb er; Petersen auch. Ende der Stange im Nebel?

Nicht ganz; es blieben zu viele Mitwisser. Und die Ebert-Stiftung mußte schließlich Buch führen, wie immer die Konten aussehen mögen. Frau Adam-Schwaetzers Vorschlag, einen Untersuchungsausschuß aufzubieten, kann kaum als Rache der kleinen Partei ausgelegt werden, wie Wischnewski ja auch loyal eingeräumt hat. Wenn schon die SPD darauf bestand, trotz staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen eine eigene parlamentarische Untersuchung praktisch zu Lasten der anderen Parteien zu veranstalten, muß ihr eine Untersuchung ihrer Stiftungs-Praktiken und -Konten im Namen der Parteiensauberkeit um so mehr einleuchten. Sie ist schließlich die einzige Partei, die Millionen *ohne* detaillierten Herkunftsnachweis verbucht hat. Und ihre Stiftung hat einen Anspruch darauf, sich öffentlich zu rechtfertigen – wenn sie es kann.

## *Angst vor der Charta*

Von Carl Gustaf Ströhm

Die tschechoslowakischen Polizeibehörden haben wieder einmal einen Schlag gegen die innere Opposition im Lande geführt – und damit den Regimekritikern zu internationaler Publizität verholfen. Auf der Suche nach dem Text einer Erklärung, welche die Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" zum 17. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in der CSSR veröffentlichen wollte, verhaftete die Prager Sicherheitspolizei drei prominente Oppositionelle: den berühmten Schriftsteller Vaclav Havel, den ehemaligen KP-Funktionär Ladislav Lis und den Sprecher der Charta, den Journalisten Jiri Dienstbier (bei dem der Text dann auch gefunden wurde).

Inzwischen sind die drei Oppositionellen wieder auf freiem Fuß. Allerdings werden sie rund um die Uhr von den bekannten „Genossen in Zivil" beschattet.

Anders als in Polen hat die Opposition in der Tschechoslowakei zur Zeit keine Massenbasis. Um so höher ist die moralische Kraft dieser Menschen zu bewerten, die isoliert, unter bedrängten materiellen Verhältnissen und ohne Hoffnung auf eine rasche Lösung des tschechslowakischen Problems, weiter für ihre Ideen einstehen.

International allerdings ist die „Charta 77" keineswegs isoliert: Sie verfügt insbesondere über einige Verbindungen zur westlichen Friedensbewegung; dabei hat sie die westlichen Pazifisten immer wieder daran erinnert, daß äußerer Frieden nicht möglich ist, solange in einem Lande wie der Tschechoslowakei der innere Frieden und innere Toleranz gegenüber Andersdenken nicht gewahrt werden.

Die „Charta 77" hat im übrigen jetzt langfristige Aufgaben übernommen: Sie beschäftigt sich mit der drohenden Umweltkatastrophe in der Tschechoslowakei. Und sie versucht, entgegen der kommunistischen Taktik des Verdrängens und Totschweigens, die jüngste Geschichte der Tschechen und Slowaken darzustellen.

Beide Fragen mögen auf den ersten Blick marginal erscheinen. In Wirklichkeit aber wird hier ein Beitrag zur nationalen Identität geleistet, der eines Tages auch politische Bedeutung erhalten kann.

## *Satelliten und Westsahara*

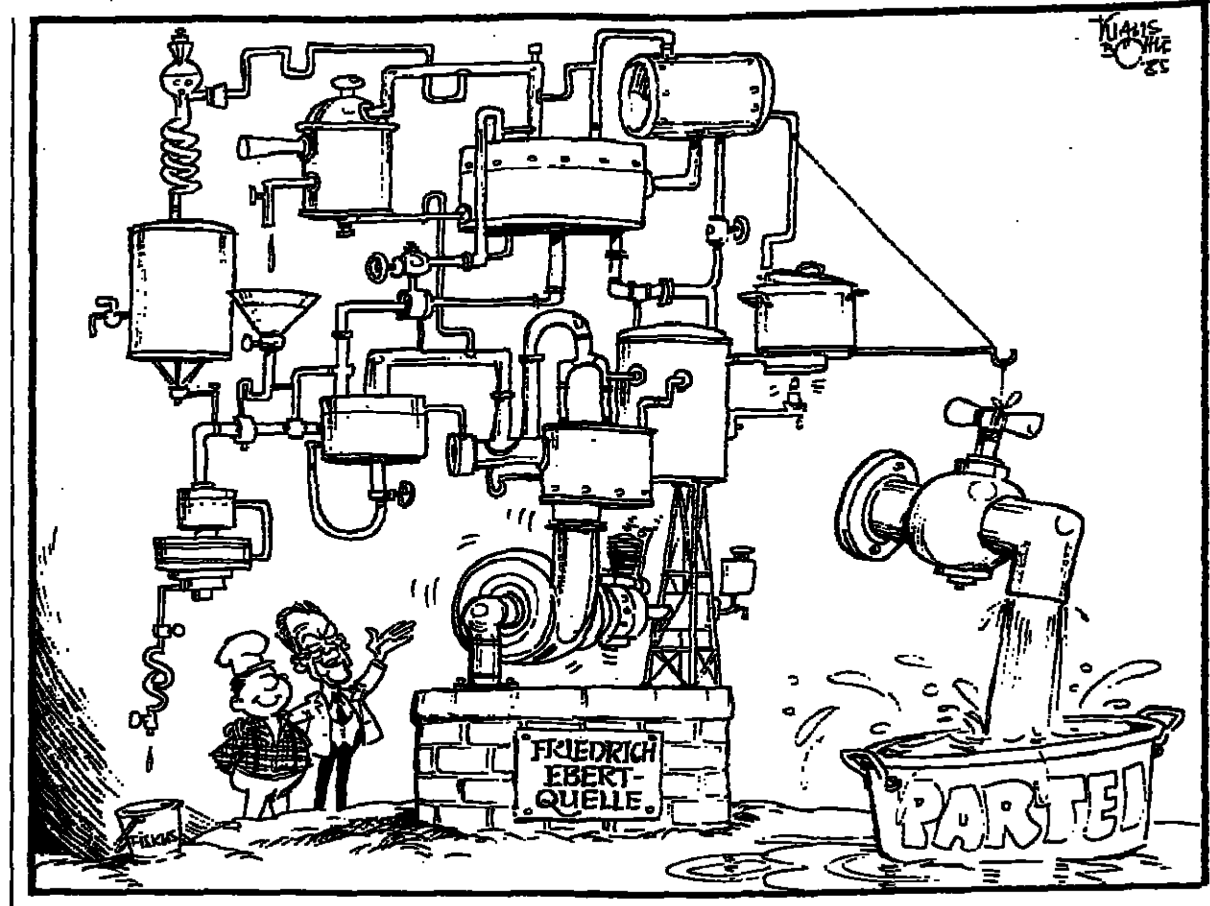
Von Rolf Görtz

Mit dem Kauf zusätzlicher Gasmengen sicherte Spanien das gutnachbarliche Verhältnis zu Algerien. Beim Besuch in Madrid erinnerte Algeriens Staatschef seine Gastgeber jedoch an die spanische „Verpflichtung" gegenüber der Westsahara, der vor zehn Jahren als letzte aufgegebenen Kolonie.

Spaniens bisheriger Außenminister Morán wäre gewiß gern dem algerischen Wunsch nach einer sozialistischen Westsahara entgegengekommen. Aber Morán wurde inzwischen – wohl auch deshalb – abgelöst, und sein Nachfolger Fernández Ordóñez, ein Realist und Atlantiker, reiste zunächst einmal nach Marokko. Einmal, weil König Hassan von Marokko Spanien gegenüber immer noch zwei Trumpfkarten in der Hand hält: die spanischen Enklaven Ceuta und Mellila sowie die Fischbänke zwischen der von Marokko besetzten Westsahara und den Kanarischen Inseln. Ein „sozialistisches Wohlwollen" gegenüber einer algerisch bestimmten Westsahara käme die Spanier also sehr teuer zu stehen.

Zum anderen aber sind sich die Verteidigungsminister Spaniens und Marokkos über ihre militärische Aufgabe als Wächter am Eingang zum Mittelmeer längst einig. In diesem Punkt erfüllt Spanien eine atlantische Aufgabe: die gemeinsame Absicherung der Seewege. König Hassan aber weist darauf hin, daß diese Sicherung nur dann funktionieren kann, wenn es in der Westsahara weiterhin friedlich zugeht, womit er meint: Wenn die Westsahara marokkanisch bleibt.

Über eine algerische Freihafenzone an der afrikanischen Atlantikküste ließe sich immer noch sprechen. Nicht aber über einen sowjetischen Stützpunkt, dem eigentlichen Hintergrund des maghrebinischen Konfliktes. Er würde die militärische Bedeutung des nur hundert Meilen entfernt auf den Kanarischen Inseln liegenden sowjetischen Fischereistützpunktes erheblich verstärken. Wie die spanische Zeitung „La Vanguardia" berichtet, hat in den letzten Monaten die Zahl jener „Beobachtungsschiffe" in diesem Seegebiet, die zum sowjetischen Satellitensystem im Weltraum beitragen, sich auffällig vermehrt. So darf man denn in Europa hoffen, daß sich die spanisch-marokkanische Zusammenarbeit vertieft.



„Nein, diese Konstruktion stammt nicht von Friedrich Ebert!" KLAUS BÖHLE

# SPD und Marktwirtschaft

Von Ulrich Lohmar

Die SPD ist ein wundersames Gebilde. Ökonomisch ein Kind des Frühkapitalismus und der Rahmenbedingungen des Obrigkeitsstaates, geistig in die Tradition der Aufklärung hineingewachsen, schwankt sie zwischen ihren programmatischen Wegweisern und politischen Symbolfiguren hin und her. Immer dann, wenn sie sich auf dem steinigen Grund der Tatsachen festgefahren hat, sucht sie Zuflucht bei Persönlichkeiten, die es eigentlich wissen müßten.

Ihre innere Unsicherheit versuchen die Sozialdemokraten in unserer Zeit durch die Orientierung an Meinungsumfragen zu ihrem öffentlich erkennbaren Profil zu überspielen. Diese Pulsfühler der Demokratie signalisieren der SPD zu ihrem Verdruß trotz der jüngsten Wahlerfolge noch immer, daß eine Mehrheit der Bürger die Sozialdemokratie in ökonomischen Fragen für wenig kompetent hält. Was also ist da zu tun? In den Zeiten der Regierungsverantwortung hatte die SPD überwiegend Glück: Mit Alex Möller und Karl Schiller fand sie zwei Politiker, deren ökonomischer Sachverstand auch außerhalb der eigenen Reihen unbestritten war. Diese beiden ließ man über Jahre gewähren, ohne ihnen allerdings so recht über den Weg zu trauen. Beide gehören heute zu den Prunkstücken der Senioren in der SPD, aber sie fanden keine vorzeigbaren Nachfolger.

Eine Weile hatte die Parteiführung Klaus von Dohnanyi als neuen Wirtschaftspapst im Visier, aber der bewährt sich lieber in Hamburg. Wolfgang Roth verwaltet die wirtschaftspolitische Opposition im Bundestag, und nach den Namen der sozialdemokratischen Landeswirtschaftsminister läßt man die Bevölkerung lieber erst gar nicht fragen. Neuerdings taucht der Finanzchef von Daimler-Benz, Edzard Reuter, als möglicher wirtschaftspolitischer Sprecher eines Schattenkabinetts von Johannes Rau auf. Er soll den Glanz des Stuttgarter Sterns mit dem Ansehen seines sozialdemokratischen Vaters, dem früheren Regierenden Bürgermeister von Berlin, zugunsten der SPD leuchten lassen. Aber auch das ist eine Flucht zu Personen, keine Antwort in der Sache.

Wenn die SPD ökonomische Kompetenz gewinnen will, muß sie ihr wirtschaftspolitisches Denken ändern. Dieses Denken ist von ihrer Geschichte geprägt worden. Den Sozialdemokraten ging es seit ihrem Bestehen immer um einen gerechteren, später einfach um einen größeren Anteil für die Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Ertrag. Sie denken in den Kategorien der Verteilungspolitik. Eine politische Partei, die das Land führen will, kann dabei jedoch nicht verharren. Sie muß begreifen lernen, daß man nur das verteilen kann, was zunächst und zuvor geschaffen worden ist.

Solange die SPD nicht versteht, daß Wirtschaft erst einmal eine Sache der Produktivität und der Produktion und erst danach eine Sache der Verteilung ist, wird sie ökonomische Kompetenz nicht erlangen. Diese Tatsache kann man durch werbewirksame Personen übertünchen, aber nicht aus der Welt schaffen. Sozialpolitik ist nur möglich auf dem Hintergrund einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Erst muß die Mahlzeit auf den Tisch, dann kann man sich über die Zutaten unterhalten.

Diesen Zusammenhang zu verstehen, erfordert von der SPD ein hohes Maß an Einsicht. Die ökonomischen Gegenspieler der Sozialdemokratie haben leider wenig dazu beigetragen, ihr diesen Weg zu einem neuen Verständnis zu ebnen. Gewinnbeteiligung für Arbeitnehmer in großzügigem Rahmen, mehr Verständnis für Mitbestimmung, kooperative Führungsmethoden könnten dazu beitragen, den Sozialdemokraten den Sprung über den eigenen historischen Schatten zu erleichtern. Beispiele dafür geben nur wenige große und mittlere Unternehmen – übrigens wirtschaftlich außerordentlich erfolgreiche.

Aber die SPD darf in dieser Frage ihrer ökonomischen Kompetenz nicht auf die Einsicht ihrer Widersacher warten. Sie muß sich selber am Schopf aus dem Sumpf ziehen. Und sie muß eine zweite Kraftanstrengung zugleich auf sich nehmen: Die Gewerkschaften müssen ihr auf neuen Wegen der ökonomischen Einsicht folgen. Das zu erreichen wird nicht einfach sein, weil die Gewerkschaften ebenso wie die ihnen historisch verbundenen Sozialdemokraten sich daran gewöhnt haben, Politik und Ökonomie als einen Verteilungsmechanismus zu betrachten.

Einstweilen vertrauen die Sozialdemokraten dem Staat mehr als der von ihnen immer noch für kapitalistisch gehaltenen Wirtschaft. Im Staat ist es ihnen halt eher gelungen, über politische Mehrheiten Macht zu gewinnen, als auf dem Wege der Mitbestimmung dies in der Wirtschaft zu erreichen. Sie nutzen deshalb den Staatsapparat und die Steuermittel der Bürger gerne dazu, um erwünschte ökonomische Wirkungen zu erzielen.

Alle Erfahrungen, daß solche Versuche keine oder nur klägliche Ergebnisse gehabt haben, konnten sie bislang von dem Aberglauben nicht heilen, daß das Heil vom Staat kommen könnte – auch das ökonomische. Mit ihren aus Steuern finanzierten Programmen für alles und jedes füttern sie nur eine gigantische Kompetenzmaschine, denn die Staatsbürokratie versteht von den Bedingungen und Gesetzen der Wirtschaft mit Sicherheit sehr viel weniger als Unternehmer oder in der Praxis erfahrene Betriebsräte.

Im Grunde ist es dennoch nur ein kleiner Schritt, den die Sozialdemokraten tun müssen. So wie sie politische Mehrheiten nutzen, so müssen sie auch die Entscheidung von Konsumenten in der Marktwirtschaft verstehen: In einer Demokratie sind politische und ökonomische Entscheidungen der Wähler oder Käufer Ausdruck dessen, was die Menschen wollen. Wer die Marktwirtschaft – also die freie Entscheidung der Wähler zwischen unterschiedlichen Parteien – in der Politik will, der muß sie auch im Bereich der Ökonomie wollen und bejahen. Denn die Marktwirtschaft ist nun einmal die ökonomische Ausgabe der Demokratie.

**GAST-KOMMENTAR**


Professor Ulrich Lohmar, SPD-MdB von 1957 bis 1976, lebt als freier Wissenschaftler in Bonn FOTO: DIE WELT

## IM GESPRÄCH Olara Otunnu

# Gordischen Knoten gelöst

Von Gitta Bauer

Ein junger Afrikaner zeigte dem alten Hasen unter den UNO-Botschaftern, was Diplomatie ist. Was Don Jaime de Piniés, dem altgedienten Vertreter Spaniens und vorzüglichen Kenner der verschlungenen Geschäftsordnung im Glaspalast, in sechzehn Wahlgängen als Präsident des Sicherheitsrats nicht gelungen war, das schaffte Olara Otunnu aus Uganda innrhalb weniger Tage und in einer Sitzung: die Wahl eines neuen Generalsekretärs der Vereinten Nationen im Dezember 1981.


Ugandas neuer Außenminister: Olara Otunnu FOTO BIANCO

Dabei war die Aufgabe des damals gerade erst 31 Jahre zählenden Botschafters aus Kampala mehr als delikat. Neben Kurt Waldheim, der nach zehnjähriger Amtszeit ein drittes Mal kandidierte, bewarb sich der Außenminister Tansanias, Salim Ahmed Salim, um den Posten im 38. Stock des Wolkenkratzers am East River. Es waren aber tansanische Truppen gewesen, die Ugandas Militärdiktator Idi Amin vertrieben und damit dem in New York frei schaffenden Juristen Otunnu gewissermaßen den Weg in die ugandische Botschaft geöffnet hatten. Waldheim wurde durch ein Veto der Chinesen blockiert, die sich auf einen Vertreter der Dritten Welt als UNO-Generalsekretär festgelegt hatten. Ein US-Veto versperrte dem der tansanischen Spielart des „afrikanischen Sozialismus" huldigenden Salim den Weg zur Herrschaft über 15 000 UNO-Beamte.

Oxford und Harvard standen Pate, als Olara Otunnu mit der Präsidentschaft über den fünfzehnköpfigen Sicherheitsrat des scheinbar unlösbare Problem zufiel, dem UNO-Sekretariat einen Chef zu geben, der neun Stimmen ohne ein Veto der fünf ständigen Ratsmitglieder auf sich einen konnte. Die beiden berühmten Universitäten Englands und Amerikas haben den Afrikaner nicht nur ein nahezu akzentfreies, elegantes Englisch, sondern auch die Kunst des Verhandelns gelehrt, für die er eine natürliche rhetorische Gabe mitbrachte. Es blieb das Geheimnis des Diplomaten mit dem ebenholzfarbenen Knabengesicht, wie er Waldheim und Salim zur Aufgabe ihrer Kandidatur bewog und damit einer Anzahl lateinamerikanischer Kandidaten ihre Chance gab, von denen der Peruaner Javier Pérez de Cuellar das Rennen machte. Alle Gesichter, östliche wie westliche, blieben gewahrt.

Von Stund an aber war Olara Otunnu eine Größe, mit der nicht nur der afrikanische Block und die Ungebundenen, sondern auch der Westen rechnete. Man riß sich um den Mann, der den Vereinten Nationen aus einer ihrer peinlichsten Krisen geholfen hatte. Er wurde Vizepräsident der Vollversammlung, leitete die afrikanische Regionalgruppe, wurde Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses. Als Präsident der Kontaktgruppe der Entwicklungsländer brachte er zwar den globalen Nord-Süd-Dialog auch nicht von der Stelle, die Industrienationen lernten ihn aber als einen Mann der Bedachtsamkeit und Verläßlichkeit kennen. Beide Tugenden wird er brauchen, um dem angeschlagenen Ruf seines Landes als Außenminister aufzuhelfen.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### WESTFALEN-BLATT

**Die Bielefelder Zeitung bemerkt zum Austausch von Botschaften über die Ostverträge:**

Gorbatschow ... würdigte in seiner Telegrammerwiderung vom Wochenende auffälligerweise ganz bewußt zuallererst die Verdienste der verflossenen sozialliberalen Bonner Koalition – nicht aber die Schreiben des Kanzlers und des Bundespräsidenten. Eine von Moskau wohlarrangierte Feinheit, die große Beachtung verdient.



**Das Kölner Boulevardblatt meint zur Parteispendenaffäre:**

Es geht um sechs Millionen, die der Bankier Hesselbach an der Steuer vorbei angeblich der SPD hat zukommen lassen. Gegen ihn ermittelt der Staatsanwalt. Das ist eine Sache. Die andere Sache ist die Voreiligkeit, mit der einige Sozialdemokraten bereits jetzt den Fall herunterspielen. In einer solchen Situation stünde ihnen Schweigen besser zu Gesicht.

### MAARIV

**Die israelische Zeitung befaßt sich mit der arabischen Konferenz in Casablanca:**

Bei dem Gipfel ist es nicht gelungen, auch nur eine einzige Brücke über die inter-arabischen Meinungsverschiedenheiten zu schlagen. Das Abkommen zwischen Hussein und Arafat wurde nicht einmal als Arbeitspapier angenommen. Dagegen soll sich ein Ausschuß mit dem Frieden befassen und zwischen Reagan und Gorbatschow pendeln, um eine Annäherung der beiden Staatsmänner zu fördern. Ein anderer Ausschuß soll einen Kompromiß zwischen Damaskus und Bagdad sowie zwischen der PLO und Libyen suchen. Kein Ausschuß wird versuchen, zwischen der PLO und Damaskus zu vermitteln, weil das unmöglich ist. Gleichzeitig soll aber versucht werden, zwischen Bagdad und Teheran zu vermitteln – was völlig absurd ist. Das einzige Ergebnis scheint zu sein, daß die Politiker Israels von links und rechts, die in der Frage einer Nahost-Lösung entgegengesetzter Meinung sind, jetzt keinen Grund zum Abbau ihrer Koalitionsregierung haben.




**Das Münsteraner Blatt ist skeptisch gegenüber den Fusionsplänen der CDU:**

Zumindest seit Beginn der 80er Jahre scheinen sich die meisten Christdemokraten mit ihrem Oppositionsdasein im bevölkerungsreichsten Bundesland abgefunden zu haben. Richtungweisende programmatische Aussagen gab es kaum – und wenn, dann wurden sie nur halbherzig vertreten und verschwanden wieder. Diese Lethargie dürfte auch letztlich der Grund für die deutliche Schwäche der NRW-CDU im Konzert der Landesverbände der Union im Bundesgebiet sein.

### Frankfurter Allgemeine

**Sie betrachtet die Lage in Südafrika:**

Die bange Frage bleibt vorerst, ob sogar eine völlige Wende noch rechtzeitig käme, um Südafrika eine Zukunft zu ersparen, an der gemessen die Gewaltwelle der letzten Tage noch harmlos zu nennen wäre. Ob es aber jetzt zu einer völligen Wende kommt oder nur wieder zu einem Etappenschritt, der die richtige Antwort auf die Erfordernisse von vorgestern wäre, ist noch ungewiß.

# Die Xhosa des ANC und die Antwort der Zulu in Natal

Hintergründe der Unruhen in Südafrika / Von Monika Germani

Der Ausbruch der schwersten Gewalttätigkeit im März dieses Jahres gerade im Gebiet des Ostkaps war kein Zufall: Die Spitze der Untergrundbewegung ANC setzt sich hauptsächlich aus dem dort ansässigen Volk der Xhosa zusammen. Sowohl ANC-Führer Nelson Mandela, dessen Entlassung aus dem Gefängnis bevorsteht, als auch ANC-Präsident Oliver Tambo im Exil in Lusaka gehören diesem Volk an. Beide gehören zur sogenannten „alten Garde" der seit Ende der vierziger Jahre praktisch von der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) übernommenen Organisation.

Nach den Plänen des ANC soll in der ersten Stufe zur nationalen Revolution aufgerufen werden unter der Vorspiegelung, Wahlen unter dem Motto „Ein Mann, eine Stimme" zu erreichen. Die zweite Phase soll Südafrika in einen sozialistischen Staat umwandeln und damit den ANC überflüssig machen. Das Ostkap wird bereits als „befreite Zone" angesehen. Die dem ANC verbundene UDF reklamiert hier die Regierungsgewalt und hat als Beleg bei der Beerdigung in Cradock am 20. Juni, als erstmals die rote Fahne mit Hammer und Sichel wehte, „nur Journalisten zugelassen, die offiziell von der UDF akkreditiert worden waren". Und die gewalttätigen Vorstöße von Xhosa-Gruppen nach Natal sollten offenbar die Zulus gegen die dort lebenden Inder hetzen.

Sie sind vorerst insofern fehlgeschlagen, als die indischen „Vigilantes" (Selbsthilfegruppen) und die Zulu-Organisation Inkhata sich gegen die eingeschleusten Xhosa-Unruhestifter zusammengetan haben. Zulu-Chief Buthelezi setzte ein weiteres Zeichen, als er eine Reise in das von den Kommunisten geschmähte Israel antrat.

Die Gründung des South African Native National Congress (heute African National Congress, ANC) 1912 in Bloemfontein wollte die verschiedenen schwarzen Völker des Landes einen und ihre politischen Rechte wie ihren wirtschaftlichen sowie sozialen Aufstieg fördern. Pastor Dube, der erste Präsident, war ein international angesehener Mann, der in den letzten Jahren vor seinem Tod 1946 scharf von den Radikalen der Bewegung kritisiert wurde.

Mit der Annahme der sogenannten Freiheits-Charta im Juni 1955 war der weitere Weg der Organisation dann vorgezeichnet. „Der Reichtum des Landes soll dem Volke zugute kommen. Bodenschätze, Banken und das Industriemonopol sind an das Volk zu überführen. Industrie und Handel müssen vom Volk kontrolliert werden", heißt es darin. In den vierziger Jahren schlossen sich Farbige, Inder und Weiße an. Vor der Washingtoner Denton-Kommission zur Untersuchung der Gewalttätigkeit in Südafrika bestätigte 1982 das frühere ANC-Mitglied Bartholomeus Hlapane, daß der größte Teil der Führungsspitze des ANC gleichzeitig Mitglieder des Zentralkomitees der SACP sind. Diese Zeugenaussagen kosteten ihn das Leben. Er wurde kurz danach in Soweto zusammen mit seiner Frau von ANC-Leuten erschossen.

Der ANC rechtfertigt seinen radikalen Standpunkt damit, daß die Radikalisierung der Apartheidspolitik die Bewegung angeblich erst in den Untergrund gezwungen habe. Tatsächlich kam es zu den schwersten Vorfällen erst mit dem Beginn der Reformpolitik Bothas, was eher dem Stil einer Revolutionsbewegung entspricht, die vermutete Schwäche des Gegners auszunützen. Die neue gewalttätige Generation ist aus den Unruhen von 1976 hervorgegangen: Schüler, die aus Südafrika flüchteten und ihre Ausbildung in der Sowjetunion, der „DDR", Kuba, Tansania und Angola erhalten haben. Sie infiltrieren die inzwischen in Südafrika zugelassenen schwarzen Gewerkschaften und sind an der internationalen Kampagne zur Verharmlosung des ANC beteiligt. Sie gehören zumeist dem militanten Flügel der Bewegung an, dem Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation), der von Nelson Mandela gegründet wurde.

Einer der Chefstrategen von Umkhonto ist der weiße Südafrikaner und KGB-Agent Joe Slovo. Er, seine vor einigen Jahren durch eine Bombe ermordete Frau Ruth First, Arthur Goldreich und Harold Wolpe gehörten Südafrikas linkem Establishment der fünfziger Jahre an. Ahmed Kathrada, ein Inder, war ebenfalls Mitglied der ANC-Führung. Als dem ANC inzwischen eng verbunden gilt die 1983 gegründete Dachorganisation United Democratic Front (UDF).

Begründet durch den farbigen Präsidenten des Weltbundes der Reformierten Kirchen, Dr. Allan Boesak, weist sie das gleiche Spektrum einer multi-rassischen Organisation auf. Der Vertreter des ANC in der Bundesrepublik ist der Inder Toni Seedat; sein Bruder ist einer der führenden Organisatoren des UDF in Südafrika. Daß gerade der ANC, der sich selbst aus den verschiedenen Gruppen zusammensetzt, die ethnischen Gegensätze des Landes verleugnet und behauptet, es gebe nur eine schwarze homogene Bevölkerung in Südafrika, zeigt auch die Handschrift der SACP.

# In Südostasien sind deutsche Firmen gern gesehen

**Die deutsche Industrie hat in Südostasien ihre Chancen verschlafen. Japaner, Amerikaner und auch Australier haben einen unaufholbaren Vorsprung gewonnen. Auch wenn es immer wiederholt wird: Die Wahrheit sieht anders aus.**

Von H.-J. MAHNKE

Samak Sundaravej, der thailändische Post- und Verkehrsminister, gab sich gegenüber Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann ganz offen. Freimütig erzählte er, wie das bei der Auftragsvergabe läuft. So habe kürzlich eine australische Firma bei einem größeren Projekt mitgeboten, sei jedoch zu teuer gewesen. Sie habe trotzdem den Zuschlag erhalten, weil die australische Regierung 25 Prozent der Kosten übernommen habe.

Die Japaner machten es anders. Sie präsentierten den thailändischen Behörden Studien über alles mögliche, was zu Nutzen des Landes gemacht werden sollte – unaufgefordert und kostenlos. Gleichzeitig offerierten sie – natürlich auch ohne Entgelt – Durchführbarkeitsuntersuchungen bis hin zur kompletten Ausschreibung. Die Crux: Die Bedingungen seien so gefaßt, daß nur japanische Firmen zum Zuge kommen können, bis auf die letzte Schraube. Glücklich seien die Thailänder nicht darüber, berichtet Bangemann, der in den vergangenen zwei Wochen mit Thailand, Singapur, Malaysia und Indonesien vier der sechs Asean-Staaten bereist hat. Andere Länder wie Frankreich und Österreich mischten, so die Klagen deutscher Firmen-Vertreter in Indonesien, bereitwillig Entwicklungshilfegelder und kommerzielle Kredite, so daß sie bei der Finanzierung die Nase vorn hätten.

Zwar finanziert auch die Bundesregierung im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit Durchführbarkeitsstudien. Aber die seien nicht so, daß der Auftrag zwangsläufig auf eine deutsche Firma zuläuft. In der Bundesrepublik gibt es ebenfalls das Instrument der Mischfinanzierung. Dieses sei jedoch zu unbeweglich. Die Prüfung dauere zu lange, um damit andere Anbieter parieren zu können.

Trotzdem: In Malaysia hat die Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), deutsche Tochter des amerikanischen ITT-Konzerns, einen Auftrag über eine halbe Milliarde Mark hereinholen können, berichtet der dortige Statthalter E. J. Hoelsmann. Seine Firma habe aus eigener Kraft bei der Finanzierung gegen internationale Konkurrenz mithalten können. Sie sei auch auf die Gegengeschäftsforderungen eingegangen. SEL wollte in den Markt, da Folgeaufträge winken.

In Indonesien sind deutsche Unternehmen an Aufträge herangekommen, wobei jedoch kaum eine Schraube aus der Bundesrepublik geliefert werde. Vielmehr haben die Firmen ihre Töchter in Frankreich oder Großbritannien eingeschaltet, um an die dortigen Subventionen heranzukommen. Salzgitter baut die erste Pelletieranlage in Indonesien, für die Japaner ein erheblich höheres Angebot abgegeben hatten. Beim zweiten Werk boten die Japaner so günstig an, daß niemand die Kalkulation nachvollziehen konnte. Aber sie wollten den Fuß in die Tür bekommen, weil weitere Aufträge anstehen.

„Die Japaner denken strategisch, das ist ihr Vorteil", analysiert Chua Soon Tian von der Entwicklungsbehörde in Singapur. Bei ihnen komme es nicht darauf an, daß sich in jedem einzelnen Fall ein Gewinn ergibt. Vielmehr müßten sich die Engagements über einen längeren Zeitraum hinweg rechnen. Anders die Amerikaner, bei denen müsse jeder Kontrakt Geld bringen, sonst werde er nicht angefaßt. Die Europäer sollten sich auch stärker langfristig orientieren und sich mehr in diesem Raum engagieren. Sie sind erwünscht, nicht nur mit ihrem Absatzmarkt und ihren Investitionen, sondern auch als Gegengewicht zu den Japanern, da die Staaten eine zu starke Abhängigkeit von einem Land vermeiden wollen.

Aber nährt dieses schon die These, die sich in den letzten Jahren durch viele Reden zieht, die deutsche Wirtschaft sei in Südostasien, im Pazifischen Becken überhaupt unterrepräsentiert? In der Handels- und Investitionsstatistik liegen die Japaner beispielsweise in den Asean-Ländern, die sich vor ihrer Haustür befinden, weit vorn, gefolgt von den Amerikanern, die sich in bestimmten Sektoren, häufig um das Erdöl herum, stark engagiert haben. In der Regel rangiert die Bundesrepublik, im gesamten Welthandel Nummer zwei hinter den USA, hier an dritter Stelle.



**133 Millionen Mark kostet das von der KWU nach Malaysia gelieferte Gasturbinenkraftwerk** FOTO: KWU

„Das ist schon was, auch wenn es mehr sein könnte", meinten zwar die deutschen Firmen-Vertreter unisono in den vier Hauptstädten, die jetzt Bangemann besucht hat, obwohl sie die Aussagekraft der Statistik nicht sehr hoch veranschlagen. So erscheinen die Tapioka-Lieferungen, die über Rotterdam in die Bundesrepublik gelangen, in der thailändischen Statistik als Exporte in die Niederlande. Die Folge: In Bangkok wird im Handel mit der Bundesrepublik ein Defizit ausgewiesen, hier jedoch ein Überschuß für Thailand.

Daß bei den Investitionen die wieder angelegten Gewinne nicht erfaßt werden, ist ein altbekanntes Manko. In Indonesien kommt hinzu, daß selbst deutsche Maschinenlieferungen für ein Gemeinschaftsunternehmen nicht in der Statistik auftauchen. Der Grund: Da Unternehmen, an denen Ausländer beteiligt sind, den Vertrieb der produzierten Ware nicht selber durchführen dürfen, liefert der deutsche seinem indonesischen Partner zwar die Maschinen, schließt mit ihm darüber jedoch keinen Beteiligungsvertrag ab, sondern nur einen über die Gewinnverteilung. Dadurch erscheinen die deutschen Investitionen geringer, als sie tatsächlich sind.

Trotzdem: „Das Gerede, wir wären unterrepräsentiert, schadet nur. Das ist kontraproduktiv", ereifert sich ein Vertreter der deutschen Chemie in Jakarta. „Das hat doch nur dazu geführt, daß wir hier zeitweilig nicht ernst genommen wurden." Und: „Was soll das mit dem Pazifischen Becken?" Auch andere Firmen-Repräsentanten weisen auf die gewaltigen Unterschiede innerhalb dieser Zone hin, wo von einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet nicht die Rede sein könne. Gemeinsames Merkmal seien allenfalls die Wachstumsraten, die in den letzten Jahren über dem Durchschnitt gelegen hätten.

Selbst Asean sei eine politische, keine wirtschaftliche Gemeinschaft. Der Handel zwischen den sechs Staaten sei alles andere als frei. Wer sich in einem Land engagiere, der könne nicht die anderen mitbeliefern. Die Staaten stünden vielmehr in einer Konkurrenzsituation zueinander.

Aber jeder einzelne Markt bietet Chancen. Nachdem das Geschäft mit den Opec-Staaten an Schwung verloren hat, zieht es überdies deutsche Firmen in jüngster Zeit immer mehr in diese Länder. Sollte der Staat verstärkt einspringen, um im Subventionswettlauf mit anderen mitzuziehen? Hier und da werden zwar weiche Kredite angenahmt. In der Regel geben sich die deutschen Experten vor Ort recht selbstbewußt. Probleme gebe es mit dem Mutterhaus, wo vom grünen Tisch aus entschieden würde. Dabei gehe die Perspektive verloren, so ein Anlagebauer in Jakarta.

„Wenn mehr Großunternehmen kommen, dann ziehen sie auch ihre mittelständischen Zulieferer mit." Dieses bringe mehr als das, was Bangemann jetzt in Jakarta vorgeschlagen hat. Danach sollen drei Beamte gemeinsam mit ihren indonesischen Kollegen die Hindernisse untersuchen und, wenn möglich, aus dem Weg räumen, die höheren Investitionen von kleineren und mittleren Firmen gegenüberstehen. Dieses stärke doch nur die Position der indonesischen Bürokraten, die sich ohnehin jedem Unternehmen überlegen fühlten, heißt es vor Ort. Am Anfang stünde für einen Ausländer auf diesen Märkten ohnehin in der Regel nicht die Investition. Vielmehr versuche er, zunächst über einen Händler, mit seinem Produkt Fuß zu fassen. Läuft das Geschäft, dann könne sich zum Schluß vielleicht, quasi als Spitze des Eisberges, eine Investition als sinnvoll herausstellen. Dann seien ihm die Verhältnisse des Landes bereits bestens vertraut.

Erwartet wird allerdings etwas anderes von der Regierung: Sie sollte schärfer als bisher die Praktiken der Japaner und auch das, was beispielsweise die Australier gemacht haben, brandmarken. Mehr Wettbewerbsgleichheit müsse das Ziel sein. Denn wer zum Beispiel den ersten Teil eines Telefonnetzes baut, hat auch die besten Chancen für die Folgeaufträge. Mithalten, so meinen die Firmen, könnten sie, wenn die Bedingungen nicht verfälscht sind.

# *Die Bankiers in Jeans setzen auf die „Szene"*

**In anderthalb Jahren soll es soweit sein: Mit Geld aus der alternativen Szene will eine sogenannte Ökobank Projekte der alternativen Szene finanzieren. Doch bis dahin ist noch manche Hürde zu überwinden.**

Von O. SCHUMACHER

Abseits der Frankfurter Skyline liegt in dem kleinen Vorort Niederursel die „Krebsmühle", ein alter Gebäudekomplex mit weitläufigen Gärten und Wiesen. Ein Pappschild, von Sträuchern umrankt, weist auf den verwilderten Parkplatz zur Ökobank. Über einen Trampelpfad führt der Weg zu einer neu gegossenen Treppe. Von dort helfen Handwerker weiter zur Geschäftsstelle des geplanten alternativen Kreditinstituts, das Schalter im ganzen Bundesgebiet eröffnen will.

Die Idee, eine Ökobank zu gründen, reifte in der Ökologie- und Friedensbewegung. Die „linke Szene" empört sich seit Jahren lautstark, daß Banken auch mit „ihrem" Geld Rüstungsprojekte und ungeliebte Chemiekonzerne finanzieren. „Für diese umwelt- und menschenfeindlichen Zwecke" wollen die Friedensbewegten jedoch nicht länger Verantwortung mittragen. Also soll eine Bank her, die „das Geld verstärkt in ökologische Zusammenhänge einbindet", wie es in der „Krebsmühle" heißt. In Friedensgruppen, auf Demonstrationen und bei Kneipendiskussionen entstand schließlich eine verschwommene Vision der Ökobank.

Um die buntschillernden Gruppierungen unter einen Hut zu bekommen, gründeten Vertreter aus dem der SPD und den Grünen nahestehenden politischen Spektrum im März letzten Jahres den Verein „Freunde und Förderer der Ökobank e. V." Die heute rund 1600 Vereinsmitglieder haben sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Ende 1986, spätestens im Frühjahr '87 sollen die ersten Kunden aus der „Szene" Geld bei der Ökobank aufnehmen können.

Ihre Klientel haben die Ökobanker fest im Visier: „Wir wollen anfangen, den Finanzbedarf für einige selbstverwaltete und ökologische Projekte zu decken", erklärt Karl Bergmann vom Bundesvorstand des Ökobank-Vereins. Damit sprechen die Initiatoren einen Wirtschaftsbereich an, in dem derzeit Zehntausende von Menschen in der Bundesrepublik „alternativ" arbeiten.

## Steigende Tendenz bei alternativen Projekten

Selbstverwaltete Projekte – so nennen es die Ökobanker lieber – wie Druckereien, Holzwerkstätten, Bioläden oder Umzugsunternehmen haben in den letzten zehn Jahren überall in der Republik neue Märkte erschlossen. Tendenz steigend. Viele dieser grünen Aktivitäten sehen die Ökobank-Macher allerdings gefährdet. „Aus immer mehr Projekten kommt die Klage, daß Banken Kreditansinnen, und seien sie noch so seriös, mißtrauisch ablehnen", berichtet Bergmann.

Daß die meisten Abgewiesenen keine leichtfüßigen Bankrotteure und planlosen Faulenzer sind, davon ist man fest überzeugt. „Über die 35-Stunden-Woche können die Leute in den meisten selbstverwalteten Betrieben nur lachen. Die malochen schwer, schielen nicht auf die Stechuhr und setzen sich ungeheuer für ihre Idee ein", unterstreicht Torsten Martin aus der Niederurseler Geschäftsstelle. Der diplomierte Betriebswirt macht die Erfahrung am eigenen Leib. Fast rund um die Uhr ist er im Einsatz für das Projekt Ökobank.

Kreditsuchende Alternative werden sich jedoch auch bei „ihrer" Bank gefallen lassen müssen, daß sie auf ihre Wirtschaftlichkeit abgeklopft werden. Wenn alle Informationsstränge aus der „Szene" reißen, wollen die Ökobanker notfalls auch einmal die Kredit-Auskunftei Schufa anrufen. Für Torsten Martin steht jedenfalls klipp und klar fest: „Wir sind kein alternatives Sozialamt. Die finanzielle Bonität eines Kunden muß stimmen."

Hat ein Kredithungriger diese Hürde übersprungen, ist er noch lange nicht am Ziel. Denn nun, so ist geplant, steht die „politische Kreditwürdigkeit" des Kunden auf dem Prüfstand. Ist das gesamte Konzept der Ökobank noch unausgereift, in einem Punkt herrscht Klarheit: Geld soll es nur für diejenigen geben, die auf derselben politischen Wellenlänge liegen. „Das geht sicherlich nicht nach dem Parteibuch. Aber die innere Betriebsstruktur muß schon unseren Vorstellungen einer Selbstverwaltung entsprechen", betont Martin.

Jedoch nicht nur alternative Betriebe sollen bei der Ökobank Geld bekommen. Will sich ein Hausbesitzer eine Biogasheizung einbauen lassen, kann er ebenfalls auf einen besonders günstigen Kredit hoffen. Das heutige Modell sieht vor: Wer „politisch sauber" ist, darf auf Konditionen hoffen, die deutlich unter den marktüblichen Bedingungen liegen.

Damit die attraktiven Förderzinsen die Ökobank nicht in die Pleite treiben, vertrauen die Alternativen auf den „solidarischen Geist" ihrer Klientel. Eröffnet ein Kunde ein Sparkonto, hat er drei Möglichkeiten: Entweder läßt er sich die marktüblichen Zinsen gutschreiben, oder er verzichtet ganz oder teilweise zugunsten der „grünen" Bank.

Torsten Martin hofft auf eine ähnliche Entwicklung wie bei einer anderen Alternativbank: der anthroposophischen GLS-Bank in Bochum. Hier verzichtet fast jeder fünfte GLS-Sparer auf seine Zinsen, um Einrichtungen im Sinne Rudolf Steiners zu fördern. An diesem „beeindruckenden Beispiel" wollen sich die Niederurseler orientieren.

Ob das gewagte Konzept eine echte Marktchance hat, steht und fällt für Professor Klaus Mackscheidt, Finanzwissenschaftler an der Uni Köln, im wesentlichen mit der Professionalität der Geschäftsleitung. Im Bereich des Managements müßten die Ökobanker beweisen, ob sie ihre berechtigte Gründungsidee praktisch umsetzen können.

## „Das kriegen wir locker zusammen"

Doch bevor die Banker in Jeans erste Formulare an ihren Schaltern entgegennehmen können, ist es noch ein weiter Weg. So wollen die Initiatoren das „ökologische Kreditinstitut" als Genossenschaftsbank führen. Seit dem Herbst letzten Jahres zeichnet der Verein Anteilsscheine zu 100 Mark. Einer ist das Minimum. 5700 Treugeber, die das Geld auf ein Treuhandkonto überweisen, sind mittlerweile in der Buchhaltung der Ökobank-Geschäftsstelle registriert. Sie brachten bisher 2,5 Millionen Mark zusammen.

Noch fehlt allerdings mehr als die Hälfte der benötigten Summe: Sechs Millionen Mark haftendes Eigenkapital wollen die Genossenschafter in spe aufbringen. Die drei hauptamtlichen Angestellten in Niederursel sind da voller Hoffnung: „Das kriegen wir locker zusammen", lautet der einstimmige Tenor. Bei 50 000 Mark, die angeblich jede Woche hinzukommen, ginge die Rechnung bis zum gesetzten Termin auf.

Ob der angestrebte Betrag ausreicht, damit das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen (BAK) in Berlin grünes Licht gibt, ist noch fraglich. Die Aufseher deuteten gegenüber Vertretern des Ökobank-Vereins an, daß die angepeilten sechs Millionen nicht unbedingt dem entsprechen, was der Gesetzgeber als „ausreichend haftendes Eigenkapital" bezeichnet.

Optimist Torsten Martin glaubt jedoch, daß die Berliner den rot-grünen Bankgründern keinen Strich durch die Rechnung machen werden. „Bei einer anfangs angestrebten Bilanzsumme von 20 Millionen Mark würden wir uns im Rahmen vergleichbarer Kreditinstitute bewegen."

So vertrauen die Niederurseler Handlungsreisenden in Sachen Ökobank auf die finanzielle Unterstützung der „Szene" und die Einsicht der Behörde. Gute Argumente glauben sie auf ihrer Seite zu wissen. „Wenn wir eine Druckerei auf Recycling-Basis finanzieren, schafft das Arbeitsplätze und schont die Umwelt. Somit helfen wir mit, die drängendsten gesellschaftlichen Probleme zu lösen", meint Karl Bergmann.

## Einlagensicherung bleibt noch ungeklärt

Die selbstbewußten Ökobanker mußten jedoch Anfang Juli einen herben Rückschlag einstecken. Damit die alternative Bank auch dem Einlagensicherungsfonds der Genossenschaften angeschlossen wird, fragten die hoffnungsfrohen Newcomer beim Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) an, wie die Ökobank die Verbandsmitgliedschaft erwerben könne. Der BVR zeigte den Niederurselern jedoch die kalte Schulter. Die Geschäftsleitung in der Bonner Zentrale lehnte ein Gespräch mit Vertretern der Ökobank ab.

Während die Alternativen dahinter einen politisch-motivierten Informations- und Gesprächsboykott wittern, versteht BVR-Sprecher Axel Kehl die ganze Aufregung nicht. „Gespräche zum jetzigen Zeitpunkt halten wir für sinnlos", betont er. Der Verband argumentiert: Zuerst sollten die Ökobanker ihren Plan in die Tat umsetzen. Kehl: „Wenn der Laden läuft, können wir immer noch über den Eintritt in den BVR reden."

# *Der stille Kampf um die Freiheit Berlins*

**Die Sowjets haben ihr Ziel, ganz Berlin in den Griff zu bekommen, niemals aufgegeben. Unmittelbar nach Kriegsende waren sie schon nahe daran gewesen. Dann rückten die Westmächte in ihre Sektoren ein und merkten bald, was gespielt wurde. Im August vor 40 Jahren entschlossen sie sich zu ersten Gegenmaßnahmen.**

**Gegenspieler im politischen Kampf um Berlin: Der amerikanische Kommandant Oberst Frank L. Howley (links, Mitte) und Walter Ulbricht** FOTOS: AP/DIE WELT

Von BERNT CONRAD

Sowjetische Truppen unter den Marschällen Schukow und Konjew haben den Ring um Berlin geschlossen. Pausenlos detonieren an diesem 26. April 1945 Granatwerfer- und Artillerie-Geschosse im Stadtgebiet. Fast überall ist die Wasser-, Strom- und Gasversorgung ausgefallen. Im Befehlsbunker unter der Reichskanzlei kommandiert noch schattenhaft Adolf Hitler.

Da geschieht im südwestlichen Stadtbezirk Zehlendorf unmittelbar nach der Eroberung des Rathauses durch die Rote Armee (während in einzelnen Ortsteilen, vor allem an der Wannseebrücke, noch heftig gekämpft wird) etwas Verblüffendes: Der sowjetische Kriegskommandant ernennt den Diplomlandwirt Georg Schulze zum Bezirksbürgermeister. Genauso schnell handeln kurz danach, parallel zum Vorrücken der Roten Armee, die Kommandanten in Mariendorf, Neukölln und Tempelhof.

Offensichtlich lautet ihre Order, ohne Verzug deutsche Verwaltungen auf die Beine zu stellen, um im Chaos des Kriegsendes für Ordnung zu sorgen und in der Reichshauptstadt, die bald in vier Sektoren aufgeteilt werden wird, sofort vollendete Tatsachen zu schaffen. Dabei sind manche Sowjetoffiziere überfordert. Einige ernennen angebliche KZ-Häftlinge oder alte Kommunisten, die sich später als Schwindler entpuppen. Ein Kommandant geht einfach auf die Straße, ruft einen Passanten zu sich und sagt dem verängstigten Mann: „Komm her, du jetzt Bürgermeister."

Immerhin sorgt die Rote Armee für einen in kommunistischer Sicht zuverlässigen Unterbau: Sie ersetzt die Einrichtung der Nazi-Blockwarte durch ein noch dichteres Netz von Block-, Straßen- und Hausvertrauensleuten. Am 2. Mai, als auch im Stadtzentrum die Waffen schweigen, beginnen die ersten Vertrauensleute ihre Arbeit als Hilfsorgane und Spitzel.

Am gleichen Tag aber kommt ein zentral gesteuerter straffer Zug in die bis dahin auf sowjetische Weisung hier und da wie Wildwuchs emporschießenden Kommunalverwaltungen. Denn nun übernimmt die zwei Tage zuvor aus Moskau auf deutschem Boden eingetroffene „Gruppe Ulbricht" – neun emigrierte KPD-Funktionäre unter Führung des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Walter Ulbricht – die Auswahl des Personals.

„Genosse Zelle", dem die Russen blind vertrauen, weiß, wie man die Bezirksverwaltungen und vor allem den jetzt zu bildenden Magistrat von Groß-Berlin in den Griff der KPD bekommen kann: Bürgerliche oder Sozialdemokraten sollen den jeweiligen Bürgermeister stellen und in der Notzeit undankbare Posten wie die Verwaltungen für Wirtschaft, Ernährung und Gesundheitswesen übernehmen.

„Der Erste Stellvertretende Bürgermeister, der Dezernent für Personalfragen und der Dezernent für Volksbildung – das müssen unsere Leute sein. Dann müßt ihr noch einen ganz zuverlässigen Genossen in jedem Bezirk ausfindig machen, den wir für den Aufbau der Polizei brauchen."

Ulbrichts Kommentar: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben." Danach wird strikt verfahren. Als der sowjetische Stadtkommandant, Generaloberst Nikolai Bersarin, am 6. Mai die derart „handverlesenen" neuen Magistratsmitglieder in Augenschein nimmt – die erstaunte Öffentlichkeit soll erst elf Tage später davon erfahren –, präsentiert sich ihm ein perfektes Modell demokratisch getarnter kommunistischer Machtergreifung.

An der Spitze steht der 64jährige ehemalige Regierungsbaumeister Arthur Werner als biederer parteilos-bürgerlicher Oberbürgermeister. „Er soll manchmal nicht mehr ganz richtig im Kopf sein", hat ein KPD-Informant gewarnt. „Das macht nichts, wir haben ja unseren Stellvertreter", erwidert Ulbricht.

Tatsächlich bestimmt eben dieser Stellvertreter künftig weitgehend die Geschicke des Magistrats: Es ist Karl Maron, durchschlagkräftiges Mitglied von Ulbrichts Emigrantengruppe.

Ihm zur Seite stehen, neben vier anderen Genossen, Arthur Pieck, Sohn des KPD-Vorsitzenden Wilhelm Pieck, als Chef der fast allmächtigen Personalverwaltung, der spätere kommunistische Gewerkschaftsboß Hans Jendretzky als Stadtrat für Arbeitseinsatz und Otto Winzer von der Gruppe Ulbricht als Volksbildungsstadtrat.

Für die Öffentlichkeit attraktiver wirken weithin bekannte Persönlichkeiten, die ebenfalls in den Magistrat einziehen: der frühere Reichsminister Andreas Hermes (der bald zu den Mitgründern der CDU gehören wird) als Zweiter Stellvertretender Oberbürgermeister und Leiter des Ernährungswesens, Professor Ferdinand Sauerbruch als Gesundheitsstadtrat und Professor Hans Scharoun als Chef des Bau- und Wohnungswesens.

Doch mit der eigentlichen politischen Macht haben sie nichts zu tun. Die liegt schon eher bei Oberst Paul Markgraf, einem in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft umgeschulten Ritterkreuzträger, der am 19. Mai als Polizeipräsident die Aufgabe übernimmt, eine den Sowjets ergebene Ordnungstruppe, die spätere Volkspolizei, aufzubauen.

So sieht die Machtbasis aus, auf die Amerikaner, Briten und Franzosen stoßen, als sie Anfang Juli – gemäß den interalliierten Vereinbarungen – in die ihnen zugewiesenen Westsektoren Berlins einmarschieren. Mit kommunistischen Praktiken noch nicht vertraut, machen sie gleich am Anfang einen kapitalen Fehler: Auf russisches Drängen stimmen sie in der ersten Sitzung der am 11. Juli gebildeten Alliierten Kommandantur einer Verordnung zu, die alle von der Roten Armee und auf ihre Weisung von deutschen Behörden ausgegebenen Anordnungen ausdrücklich in Kraft läßt.

Der amerikanische Oberst Frank Howley, der die Sowjets während der Blockade Berlins 1948/49 noch besser kennenlernen wird, urteilt nüchtern: „Indem wir dieses Dokument unterzeichneten, fanden wir uns mit der russischen Kontrolle über Berlin ab."

Aber die Westmächte lernen schnell. Besonders das aus den physischen und psychischen Trümmern des „Dritten Reiches" neu erstandene kommunistische Spitzelsystem erregt ihren Abscheu. Als erste handelt die französische Militärregierung. Am 2. August befiehlt sie, von den Verwaltungen der anderen Sektoren fast unbemerkt: „Die Hausobleute und Straßenältesten sind abgeschafft." Am 17. August wendet sich der britische Kommandant des Bezirks Wilmersdorf gegen willkürliche Übergriffe von Obleuten.

Dann schlagen die Amerikaner zu. Am 21. August befehlen sie den sechs Stadtbezirken ihres Sektors zum Erstaunen der aufatmenden Berliner: „Die Stellungen der Straßenobleute, Blockleiter und Hausobleute sind abzuschaffen. Alle Personen, welche die vorgenannten Posten bekleideten, sind sofort zu entlassen."

Die Kommunisten im Magistrat reiben sich die Augen: Das kann doch nicht wahr sein – die Amerikaner wagen es, nachdem sie sich soeben erst in der Alliierten Kommandantur gefügt haben, der siegreichen Sowjetmacht in Berlin Paroli zu bieten. Wütend protestiert Maron in einer Konferenz der Bezirksbürgermeister „gegen die verhängnisvollen Folgen dieser Maßnahme, die sich schon auswirken".

Unverfroren legt Personalstadtrat Pieck kurz darauf ein regelrechtes Statut für die Haus-, Straßen- und Blockobleute vor, das sich der Magistrat zueigen macht, obgleich Kirchenbeirat Heinrich Grüber in der Sitzung mutig von einer Neuauflage der „Treppenterrier der Nazis" spricht.

Als die Drahtzieher der KPD im Rathaus kritische Zeitungsartikel gegen die Haltung der Amerikaner lancieren, befiehlt Oberst Howley, ohne sich um die Russen zu kümmern, dem Oberbürgermeister Werner mit schneidender Schärfe: „Solches Verhalten wird als grobe Beleidigung der Autorität der USA betrachtet. Es ist sofort einzustellen."

Die Kommunisten müssen den ersten Dämpfer hinnehmen. Wie Wetterleuchten am Horizont zeichnen sich von Ferne die Anfänge des Berliner Freiheitskampfes ab.

# *„Um Kranken zu helfen, sind Tierversuche nötig"*

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Etwa 95 Prozent der in der pharmazeutischen Industrie der Bundesrepublik Deutschland in jedem Jahr gebrauchten 2,8 Millionen Versuchstiere sind Ratten und Mäuse; Hunden und Katzen spielen mit insgesamt 0,54 Prozent in der Arzneimittelforschung eine untergeordnete Rolle.

Vor diesem Hintergrund ist der Streit der Tierschützer mit der Kosmetik- und Arzneimittelindustrie in eine neue Phase getreten, vor allem als jetzt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Wolfgang von Geldern (CDU), auf einer Veranstaltung in Paderborn von „perversen Zügen" einer „übertriebenen Tierliebe" gesprochen hatte.

Nachdem vor allem der „Bund der Tierversuchsgegner" mit etwa 30 000 Mitgliedern in der letzten Zeit mehrfach in Briefaktionen an Politiker der Bundesregierung vorgeworfen hatte, sie unternehme nichts, um Tierversuche wirksam einzuschränken und wolle, so der Verbandsvorsitzende Ilja Weiss, selbst die grausamsten Vergiftungsversuche an Tieren nicht abschaffen, hat der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e. V. jetzt eine ähnliche Kampagne gestartet.

Industriemitarbeiter wurden aufgefordert, den zuständigen Bundestags- und Landtagsabgeordneten zu schreiben und die Sicht der Industrie zu diesem Thema darzustellen. Das geschah vor allem auch, nachdem die Fraktion der „Grünen" im Bundestag einen Antrag eingebracht hatte, in dem die vom Pharmaverband genannte 2,8-Millionen-Zahl (nur für Arzneimittel-Versuche) außer Betrachtung gelassen wird.

„Zehn bis 18 Millionen Versuchstiere", so die grüne Fraktion, würden jährlich sinnlos geopfert. Der Antrag verfolgt das Ziel eines Moratoriums, eines vollständigen Versuchstier-Stopps „zumindest bis Ende 1986".

Während die Briefaktionen der Tierschützer bisher nach Feststellung der Pharma-Industrie von niemand beanstandet worden sind, ist die Reaktion der Industrie darauf, so der Bundesverband, „zum Gegenstand von Polemiken geworden". Ilja Weiss nannte sie „ein deutliches Zeichen für das schlechte Gewissen der Branche" und einen „unerträglichen Versuch, Bürger und Politiker unter Druck zu setzen".

In den Protest wurde auch das Vorhaben der österreichischen Bundesregierung eingeschlossen, die Wirkung von Diethylenglykol an Versuchstieren auszuprobieren.

## Tierversuche in der Arzneimittelforschung

Von Professor M. KRAMER

Die experimentelle Arzneimittelforschung ist etwas mehr als hundert Jahre alt. Sie hatte außerordentlich große Erfolge. Die Medikamente, die wir heute zur Verfügung haben, bestehen aus Naturstoffen, abgewandelten Naturstoffen oder völlig neu synthetisierten chemischen Substanzen. Eine große Zahl von Krankheiten kann damit geheilt werden, bei anderen kann man wenigstens die Beschwerden erträglich machen. In vielen Fällen, in denen eine Heilung nicht möglich ist, kann man jedoch das Leben von Patienten verlängern, zum Beispiel bei der Zuckerkrankheit oder dem Bluthochdruck. Große Erfolge waren überall da möglich, wo die Krankheitsursache direkt bekämpft werden konnte. Dies gilt in erster Linie für die Infektionskrankheiten. Die Pest, die Cholera, die Pocken haben heute ihre Schrecken weitgehend verloren, weil sie wirksam bekämpft werden konnten. Dasselbe gilt für Infektionen mit Eitererregern wie Streptokokken, Staphylokokken, Pneumokokken und so weiter, die durch die neuen Antibiotika oder ihre halbsynthetischen Abwandlungsprodukte wirksam behandelt werden können.

Für die Auffindung dieser neuen Medikamente, für die Erklärung ihres Wirkungsbildes, für das Studium der im Körper auftretenden Konzentrationen und ihres Abbaus und schließlich für das Finden von Nebenwirkungen und die Beurteilung des mit ihrer Verwendung verbundenen Risikos waren Tierversuche notwendig. Anders als im Tierversuch hätte man die heute gebräuchlichen neuen Arzneimittel nicht finden können, und wir wären auf vielen Gebieten der medikamentösen Therapie wesentlich schlechter dran, als wir es heute sind.

Die erreichten Erfolge dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß viele Krankheitsursachen heute noch nicht behandelt werden können und daß bei vielen Arzneimitteln eine Verbesserung hinsichtlich Wirksamkeit und Verträglichkeit wünschenswert wäre. Wir wissen kaum etwas über das Zustandekommen von Geisteskrankheiten und haben damit auch keine Möglichkeit, diese uns noch unbekannten Ursachen zu behandeln. Weitere Forschung ist hier dringend nötig. Ähnliches gilt für die Arterienverkalkung und Herz-Kreislauf-Krankheiten, bei denen wir zwar sehr erfolgreich krankhafte Erscheinungen mit Hilfe von Medikamenten normalisieren können, wo aber eine ursächliche Therapie heute noch nicht möglich ist. Schließlich gibt es bei Krankheiten, die durch Erreger hervorgerufen werden, die Entwicklung von Resistenzen gegen ursprünglich wirkende Medikamente, so daß eine ständige Weiterentwicklung der Therapie nötig bleibt.

Gerade in jüngster Zeit beginnen wir, den Mechanismus der Krebsentstehung allmählich zu verstehen, so daß wir auch hier gute Aussichten haben, neue Arzneimittel zur Behandlung von Tumorkrankheiten zu entwickeln.

Ein weiteres Gebiet, in dem Tierversuche unumgänglich sind, ist die Bestimmung des mit dem Umgang von Arzneimitteln, Pflanzenschutzmitteln und anderen Chemkalien verbundenen Risikos. Hier gibt es praktisch nur den Tierversuch für die Risikoabschätzung, da sich toxikologische Versuche am Menschen verbieten. Ein Risiko, welches möglicherweise damit verbunden sein könnte, daß kleine Mengen von Chemikalien mit dem Trinkwasser oder der Nahrung kontinuierlich vom Körper aufgenommen werden, läßt sich ebenfalls gar nicht anders bestimmen.

Ein wichtiger Diskussionspunkt im Zusammenhang mit Tierversuchen sind Ersatz- und Ergänzungsmethoden. Bei der Arzneimittelforschung wird man, je mehr man über Angriffspunkte und Wirkungsweisen von Arzneimitteln weiß, um so eher an das isolierte Organ, die isolierte Zelle, die Zellkultur oder sogar einzelne Enzyme gehen können. Bei toxikologischen Prüfungen benutzt man bereits heute für die Bestimmung eines mutagenen, das heißt die Erbanlage einer Zelle betreffenden Risikos, überwiegend Zellkulturen, Bakterien oder Hefen.

Um kranken Menschen helfen zu können, wird es weiterhin nötig sein, Tierversuche zu machen. Die Tatsache, daß der heutige Arzneimittelschatz fast ausschließlich aus Medikamenten besteht, die im Tierversuch gefunden wurden, widerlegt die Behauptung, Ergebnisse aus Tierversuchen könnten nicht auf den Menschen übertragen werden.

# Rogers kritisiert Zögern bei der Stationierung

geo. Kiel

Der NATO-Oberbefehlshaber in Europa, General Bernhard W. Rogers, hat erstmals öffentlich kritisiert, daß zwischen dem Stationierungsbeschluß von Mittelstreckenraketen und ihrem Aufbau in den NATO-Ländern zu lange Zeit vergangen sei. Im Rahmen eines internationalen Sommerskurses der Christian-Albrechts-Universität in Kiel sagte Rogers, der Zeitraum von vier Jahren habe Moskau zu viel Gelegenheit gegeben, in die Stationierungsdiskussion der westeuropäischen Länder einzugreifen.

In bezug auf die ausstehende Entscheidung der Niederlande, Mittelstreckenwaffen zu stationieren, äußerte er sich optimistisch. Im vergangenen Jahr hatte sich Den Haag dafür ausgesprochen, mit dem Aufbau der Mittelstreckenraketen zu beginnen, sofern die Zahl der auf Westeuropa gerichteten sowjetischen Raketen 378 überschreite. Nach Schätzungen von Experten hat Moskau bis heute sein Potential auf 423 erhöht.

Rogers mahnte die Europäer, ihre begrenzten Ressourcen zu bündeln, um – etwa bei der Produktion modernster Techniken – mit den USA konkurrieren zu können. Damit wäre seiner Meinung nach auch die Voraussetzung für eine Zwei-Bahn-Straße beim Kauf von Waffensystemen gegeben. Zur Zeit würden hingegen Millionen Dollar für Duplikate verschwendet. Die Absicht der Bundesrepublik Deutschland, Großbritanniens und Italiens, gemeinsam für die neunziger Jahre einen Jäger zu bauen, bewertete er positiv. Nach Meinung des NATO-Oberbefehlshabers würde ein wachsender Zusammenschluß Westeuropas in Moskau die Notwendigkeit vergrößern, „uns als Einheit" zu sehen.

# „Lagerung schon im Frieden nicht nötig"

rmc. Bonn

Für die Erhaltung einer wirksamen militärischen Abschreckung ist es nach Ansicht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, nicht erforderlich, daß chemische Waffen in normalen Friedenszeiten in der Bundesrepublik Deutschland gelagert werden. In einer gestern veröffentlichten Erklärung fügte der CDU-Politiker hinzu, für eine Lagerung „schon im Frieden" sprächen „weder militärische noch politische Gründe".

Damit im Zusammenhang bekräftigte Dregger abermals, daß ihm der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger am 5. Juni in Washington erklärt habe, es sei beabsichtigt, alte amerikanische Bestände an chemischen Waffen in der Bundesrepublik zu beseitigen, sobald neue C-Waffen in den USA vorhanden seien. Weinberger hatte diese Erklärung nach Dreggers Worten mit dem Hinweis eingeleitet, es sei nicht vorgesehen, neue chemische Waffen, falls diese in den USA produziert würden, in der Bundesrepublik zu lagern. Für diese „mit Caspar Weinberger besprochene Konzeption" werde er eintreten, sagte Dregger und fügte hinzu, er hoffe, „daß auch Weinberger sich dazu in der Lage sieht". Der US-Verteidigungsminister hatte vergangenen Donnerstag klargestellt, eine bindende Zusage habe er Dregger nicht gegeben.

# Anwalt Vogel macht Einschränkungen

AP, Berlin

Der Ostberliner Rechtsanwalt Wolfgang Vogel wird bei der Zusammenführung von Kindern aus der „DDR" mit ihren Eltern in der Bundesrepublik dann nicht mehr vermitteln, wenn das Erziehungsrecht strittig ist. Dies erklärte der Beauftragte der Ostberliner Regierung für humanitäre Angelegenheiten gestern im Magazin „Kontraste" des Senders Freies Berlin.

Als Anlaß wurde eine Strafanzeige wegen Nötigung und Kindesentzug genannt, die ein geschiedenes Ehepaar gegen Vogel erstattet hätte, weil er sie unter Zwang von ihrer heute noch in der „DDR" lebenden siebenjährigen Tochter getrennt habe. Wie das Magazin schilderte, wurde den Eltern, die im Seitpember 1984 aus „DDR"-Haft in die Bundesrepublik ausreisen durften, vom Kreisgericht Halle das Erziehungsrecht wegen zerrütteter sozialer Verhältnisse aberkannt. Außerdem hätten sie sich wechselseitig das Erziehungsrecht bestritten.

Nach geltendem „DDR"-Recht können Kinder, deren Eltern oder Elternteile in die Bundesrepublik übersiedeln, nur dann mitkommen oder nachkommen, wenn das Erziehungsrecht geklärt ist. Anwalt Vogel hat inzwischen Gegenanzeige wegen Verleumdung und übler Nachrede erstattet, hieß es.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster; send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

# „Spende für SPD sollte über Stiftung erfolgen"

## Vielfältige Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung

PETER PHILIPPS, Bonn

Prinzipiell sind die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung – ebenso wie ihre Cousinen Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU), Hans-Seidel-Stiftung (CSU) und Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP) – „eingetragene Vereine", gemeinnützig, innen- wie außenpolitisch der staatspolitischen Bildung verpflichtet und im wesentlichen über Globalzuwendungen des Bundesinnenministeriums finanziert. Doch dies allein würde weder ihre Größe mit Jahresetats von bis zu 140 Millionen Mark und ihre Bedeutung für die Parteien begründen, auch wenn die Ebert-Stiftung schätzt, mit ihren Veranstaltungen jährlich bis zu 100 000 Menschen zu erreichen.

Seitdem das Bundesverfassungsgericht vor rund 20 Jahren die staatliche Alimentierung der Parteien verboten und nur „Wahlkampfkosten-Erstattungen" zugelassen hat, sind Stipendien und Politik-Seminare noch stärker in den Hintergrund getreten, haben die Stiftungen einige größere Kostenbrocken sogar ganz offen von „ihren" Parteien übernommen – von den Parteiarchiven bis zu handfester Unterstützung der jeweiligen „Schwesterparteien" in der Dritten Welt oder in Staaten, die sich im politischen Umbruch befinden. Der ominöse Geldkoffer, der von Flick via Friedrich-Ebert-Stiftung nach Spanien an Felipe Gonzalez gegangen sein soll, ist ein Beispiel, die gleichzeitige Unterstützung der Sandinisten in Nicaragua wie des dortigen Oppositionsblattes „La Prensa" durch dieselbe Stiftung ein weiteres.

### Keine Erinnerung

Was sich genau hinter den Mauern der Stiftungszentralen abspielt, ist für Außenstehende nur in sehr engen Grenzen erfahrbar. Bereits bei der Frage nach der Herkunft der Finanzmittel werden die Antworten sehr allgemein. In einer von Karl-Dietrich Bracher begleiteten Dissertation über die Partei-Stiftungen (Henning von Vieregge, Nomos-Verlag), die sehr akribisch versucht, der Verquickung von Parteien und Stiftungen nachzugehen, findet sich beispielsweise der Satz, daß „die Friedrich-Ebert-Stiftung besondere Einstiegsschwierigkeiten" bei der Recherche „bot, ein Umstand, der professionelle Informationssammler nicht verwunderte".

Wie groß diese Schwierigkeiten sind, beleuchtet ein Auszug aus dem Vernehmungsprotokoll der staatlichen Ermittlungen gegen Alfred Nau, langjähriger Schatzmeister der Stiftung wie der SPD. „Keine Erinnerung", „daran kann ich mich nicht erinnern", „ich höre dies zum ersten Mal", lauteten die gängigen Antworten. Nur als ihm ein Spendenquittungs-Vermerk mit seiner eigenen Unterschrift vorgelegt wurde, räumte Nau ein, „da mir meine Unterschrift vorgelegt wird, muß wohl die Zahlung erfolgt sein".

Seinem Nachfolger im Amt des Parteikassierers soll Nau nur gesagt haben: „Fritz (Halstenberg), laß man sein, das mach ich schon." Seine Spenden-Akquirierung blieb sein „Berufsgeheimnis", das er mit ins Grab zu nehmen suchte.

### Ohne Banderole

Doch dies scheint auf Dauer nicht zu funktionieren. Um sich selbst zu salvieren, hatte Halstenberg in einem „vertraulichen und persönlichen Vermerk", der später der Staatsanwaltschaft in die Hände fiel, festgehalten, in welchen Einzeltranchen Nau ihm 6,2 Millionen absenderlose Spenden übergab. Und Herwarth Blume, einst Manager im Tabakkonzern Brinkmann, schrieb an die Staatsanwaltschaft, daß „nicht nur Herr Nau, sondern auch andere Herren der SPD, wenn es um Spenden für diese Partei ging, stets den Wunsch geäußert haben, daß die Überweisung an die genannte Stiftung erfolgen solle", an die Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die runden sechs aktenkundigen Millionen sollen nun, wenn die bisherigen Ermittlungen zutreffen, vom Gewerkschaftsbanker Walther Hesselbach – ähnlich verschwiegen wie Nau, aber offenbar nicht ganz so penibel im Vernichten schriftlichen Beweismaterials – über die Ebert-Stiftung und die israelische Fritz-Naphtali-Stiftung (benannt nach dem SPD-Wirtschaftspolitiker der Weimarer Zeit und späterem israelischen Minister) den Weg via Schweizer Konto zur SPD gefunden haben. Für Halstenberg nicht erkennbar, da Nau nach seinen Aussagen sogar die Banderolen um das bar übergebene Geld entfernt hatte.

Zwar hatte Gustav Heinemann einmal über anonyme Spenden gesagt, „wenn ein Geldspender nicht damit einverstanden ist, daß seine Spende genannt wird", dann solle sie zurückgewiesen werden, aber diesen Standpunkt hat sich Nau nie zueigen machen können.

Und wie wertvoll ihm die Stiftung für die SPD-Finanzierung war, könnte sich auch daraus erhellen, daß er nach seinem Rücktritt vom Amt des Partei-Kassierers weiterhin Schatzmeister der Stiftung blieb.

Seite 2: Stiften gegangen

# CDU: SPD soll Finanzierung offenlegen

pp., Bonn

Die etablierten Bonner Parteien reagieren bisher zurückhaltend auf die Vorwürfe, daß die SPD sich auch der Friedrich-Ebert-Stiftung als Spenden-Waschanlage bedient habe. Zwar forderte die – im Amt noch junge – FDP-Schatzmeisterin Irmgard Adam-Schwaetzer die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, doch das Echo blieb in ihrer eigenen Partei wie bei der CDU/CSU erst einmal aus.

Die Staatsanwälte sind im Zusammenhang mit der sogenannten Partei-Spendenaffäre bereits seit langem Stammgäste in den Hauptquartieren der parteinahen Stiftungen. Seit vielen Jahren besteht der Verdacht, daß die Stiftungen auch zur Umweg-Finanzierung parteipolitischer Aktivitäten genutzt werden. Dies räumte auch SPD-Sprecher Clement ein. „Aber es gibt für diese Behauptung keinerlei Beleg, keinerlei Beweis" sagte er im ZDF, um dann gleich einzuschränken, er „hoffe", daß es sich „auch in den Ermittlungen herausstellen wird", daß „diese Mutmaßung ohne jede Grundlage" sei.

Denn in Büros von Walter Hesselbach, des ehemaligen Chefs der gewerkschaftseigenen „Bank für Gemeinwirtschaft" und immer noch amtierenden Kuratoriums-Vorsitzenden der Ebert-Stiftung sind die Beamten offenbar fündig geworden. Bis dahin schienen alle Ermittlungen über Finanzierungspraktiken der SPD entweder haltlose bzw. unbedeutende Vorwürfe zu zeitigen oder an Trickreichtum und Verschwiegenheit des inzwischen verstorbenen Alfred Nau zu scheitern, einst Schatzmeister der Partei wie der Stiftung.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU Rudolf Seiters, warf der SPD gestern vor, „jahrelang mit dem Ausdruck biedermännischer Ahnungslosigkeit auf andere Parteien gezeigt" zu haben. Er forderte, „die Finanzierung der SPD endlich lückenlos offenzulegen". Aber die Forderung nach einem Untersuchungsausschuß griff er nicht auf. Denn entweder müßten die Arbeiten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses wieder aufgenommen und die Staatsanwalts-Akten unter dem Stichwort „Flick" durchgearbeitet werden; dies hätte schmerzliche Ergänzungsanträge der SPD zur Folge. Oder es müßte ein Untersuchungsausschuß eingesetzt werden, der grundsätzlich die Finanzierungsgebaren und Verquickungen zwischen Stiftungen und Parteien untersuchte. Dies könnte, so die in Bonn umgehende Sorge, grundsätzlich an die Existenz der Stiftungen rühren.

# Eine Zeitung von Flüchtlingen für Flüchtlinge

BERND HUMMEL, Eschwege

Durch die Herausgabe einer neuen Zeitschrift mit dem Titel „DDR – heute" will die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) ehemaligen „DDR"-Bewohnern den Neubeginn in der Bundesrepublik Deutschland erleichtern. Gleichzeitig sollen aber auch Besucher des Zonenrandgebiets, die sich im Rahmen von Seminaren mit der Problematik der deutschen Teilung – im Vorjahr knapp 59 000 Jugendliche und Erwachsene – beschäftigen, aktuelle Informationen erhalten. Die Besonderheit: Die Zeitschrift wird von „DDR"-Flüchtlingen und „DDR"-Umsiedlern betreut.

Durch die sechsmalige Erscheinungsweise pro Jahr – künftig sollen die Hefte monatlich herausgegeben werden – hebt sich „DDR – heute" vom üblichen Informationsmaterial, das über Bundesgrenzschutz und Zollgrenzdienst sowie über die Informations- und Betreuungsstellen an Besucher verteilt wird, schon durch seine Aktualität ab. Denn: Die Berichte, Erfahrungen und Kommentare – so der Eigenanspruch – basieren auf Informationen von Flüchtlingen und Umsiedlern, die erst kurz in der Bundesrepublik leben.

Die vier ehrenamtlichen Redakteure – „junge Deutsche aus Mecklenburg, Sachsen und Thüringen" – sind gerade erst ein Jahr im Westen und waren bis dahin allesamt Häftlinge der „DDR". Sie können für sich in Anspruch nehmen, hautnah mit den Verhältnissen drüben vertraut zu sein, denn das beweisen schon die Personalien.

Hilmar Helmecke – 35 Jahre alt – Holzfacharbeiter aus Dolle im Bezirk Magdeburg, der zuletzt zu fünf Jahren und zwei Monaten Haft in der „DDR" wegen „staatsfeindlicher Hetze" verurteilt wurde, gehört ebenso dazu wie der 35 Jahre alte Diplomingenieur Manfred Jope aus Riesa in Sachsen, der in der „DDR" wegen Wehrdienstverweigerung sechs Monate einsaß. Zur Redaktion gehört auch Mathias Brandt, der 30jährige Elektriker aus Oemmerda, der seine Kinder nicht im Geiste der „Wehrerziehung" ausbilden lassen wollte und noch vor einer drohenden Freiheitsstrafe ausreisen durfte, wie schließlich Nikolaus Fleck – 35 Jahre alt und Diplomingenieur aus Leipzig –, der wegen seiner – abweichenden – politischen Überzeugung zu 33 Monaten Haft verurteilt wurde.

# Vor Gericht hat es die Umwelt nicht immer leicht

## Neues Buch berichtet über 200 Prozesse / Leitfaden für Zukunft?

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Darf ein Mensch einen Berg abtragen? Trotz aller Umweltgesetzes: Er darf, wenn er „ein entsprechendes gewerbliches Interesse hat" und dazu die Genehmigung der zuständigen Behörde. Im Falle der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (AZ: 4 C 17.81) ging es um den Besitzer eines Kiesbau-Unternehmens, der vulkanisches Gestein aus einem Gemenge von Plagisglas und Augit abbauen wollte. Der Berg verschwindet, obwohl die zuständige Behörde mit Vorbringen verschiedener Umweltschutzgründe den schweren Eingriff in die Natur verhindern wollte.

Zweihundert Fälle „Umwelt vor Gericht" hat der frühere Geschäftsführer des Deutschen Heimatbundes, Otto Blessing, in einem Buch vereinigt, das möglicherweise Leitfaden für einschlägige und verwandte Prozesse der nahen Zukunft werden wird (Verlag Deutscher Heimatbund, Bonn, 270 Seiten, 14,80 Mark). Denn es wird hier auch aufgeführt, welche öffentlichen Belange ein Unternehmer zur Zeit noch als „nicht vorrangig" ansehen kann. Im Falle der Bergabtragung waren dies: seltene Pflanzen, Verunstaltung des Landschaftsbildes, natürliche Eigenart der Landschaft und schädliche Umwelteinwirkungen.

Tröstlich wirkt dagegen, daß das Reichsgericht in Berlin 1904 einem prozessierenden Bürger recht gab, der eine Behörde wegen Lärmstörungen durch ein damals noch revolutionär neues Straßenbahndepot verklagte.

### Tennis und Hundegebell

In der Urteilsbegründung findet sich der weise Spruch, „daß derartig große und gemeinnützige Unternehmungen auch Mittel und Wege finden müssen und werden, wobei sie ihren Betrieb ohne besondere Störungen von Grundstücksnachbarn ausüben können".

Schon 1964 gab das Landgericht Hamburg einem klagenden Bauern recht, der Schadenersatz von einer nahegelegenen Kupfer- und Bleihütte verlangte. Die Hütte mußte schließen. Wie schwierig erwies sich dagegen die Klage eines Lärmgestörten, der sich gegen immerwährendes Hundegebell wandte. Erst in zweiter Instanz bekam er recht, denn hier wurde erst richtig aufgeblättert, daß das Gesetz zwischen der Eignung der Belästigung der „Nachbarschaft" und der Eignung der Gesundheitsschädigung „eines anderen" unterscheidet. Die Belästigung eines einzelnen Nachbarn hätte nicht ausgereicht, zwei Nachbarn wären schon eine „Nachbarschaft", und in diesem Fall kamen vier Hundegebell-Gegner zusammen (Bayeriches Oberlandesgericht vom 8. 5. 1981, AZ: 3 Ob OWi 61/81).

Das vielfach zitierte berühmte Tennis-Urteil des Bundesgerichtshofs von 1982 (AZ: VZR 55/82 OLG Frankfurt) wird in dem Blessing-Buch noch einmal populär dargestellt. Nach vergeblichen Verhandlungen mit dem Betreiber einer Tennisanlage hat die Eigentümerin eines Wohngrundstücks in der Nähe in allen Instanzen gewonnen.

### Thema Waldsterben

Ein wichtiger Satz im Urteil lautet, daß die „Impulshaftigkeit", das Schlagen der Bälle und der Aufprall auf den Boden bereits „besonders auffällig und lästig" sein könnten, eine physische und psychische Anpassung daran sei besonders schwierig.

Eine Lawine von Gerichtsverfahren könnte entstehen, wenn endgültig über einen Umwelt-Fall entschieden wird, der noch „zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung zurückgestellt ist", wie Blessing schreibt. Es geht um die Auswirkungen von Fluorabgasen eines Ziegelwerkes auf nahgelegene Nadelhölzer. Der Forstwirt hat die sichtliche Wachstumshemmung seiner Bäume auf diese Industrie zurückgeführt.

Die Ziegelei lehnte die Forderung des Klägers auf Schadenersatz ab. Das Landgericht gab der Klage statt. Das Berufungsgericht wies die Klage als „unbegründet" ab. Der Bundesgerichtshof hob das Urteil des Berufungsgerichts auf und verwies die Sache eben an die „anderweitige Verhandlung".

Verfassungsbeschwerde wegen Waldsterben? Das Bundesverfassungsgericht hat 1983 den so gezielten Antrag einer Bürgerinitiative unter Hinweis auf die Masse der Maßnahmen des Gesetzgebers abgewiesen. Aus der Begründung: „Gegen allgemeine Verwaltungsvorchriften kann keine Verfassungsbeschwerde erhoben werden."

# *Wer den privaten Rundfunk will, muß seine Existenzfähigkeit garantieren*

Der Aufbruch in das Zeitalter des Kabel- und Satellitenrundfunks hat stattgefunden. Private Anbieter spielen in dem neuen Medienkonzert mit. Diese Entwicklung macht einen medienpolitischen und medienrechtlichen Umdenkungsprozeß notwendig, den die Verantwortlichen vorerst offenbar nur zögernd nachvollziehen: Es fragt sich nicht mehr in erster Linie, was der Staat tun kann, um privaten Rundfunk zu gestatten, sondern was er tun muß, um ihn zu fördern.

Von REINHART RICKER

Mit der einmal erfolgten Grundentscheidung für die Privatisierung des Mediums ist das Jedermannsrecht auf Zugang zum Rundfunk eröffnet. Wenn auf diese Weise Rundfunkfreiheit eine private Freiheit geworden ist, dann steht sie prinzipiell allen zu, das heißt auch der Presse. Das Jedermannsrecht steht dann aber nicht mehr zur freien Disposition des Gesetzgebers. Vor allem kann er es nicht mehr beliebig weit einschränken, um bestimmte öffentliche Interessen, etwa Wettbewerbsgesichtspunkte, zu wahren. Hierin liegt ein fundamentaler Unterschied zwischen privater Rundfunkfreiheit und öffentlich-rechtlichen Gestaltungsformen. Denn der prinzipiell gleiche Zugangsanspruch aller zum privaten Rundfunk ist ein grundrechtlich geschützter Anspruch. Seine Einschränkung ist eine Grundrechtsbeschränkung. Dies darf aber nur im Rahmen einer Güterabwägung erfolgen, sofern diese Einschränkung zum Schutz anderer Rechtsgüter erforderlich und geeignet ist.

Die private Rundfunkkonkurrenz ist im Regelfall ein werbefinanziertes Programm. Da aber Presse und Rundfunk als Werbeträger zumindest teilweise in substitutiver Beziehung stehen, das heißt einander als Werbeträger ersetzen können, entstehen erhebliche Gefahren für das Anzeigenaufkommen der Presse. Nachdem die Verlage sich im Durchschnitt zu zwei Dritteln aus dem Inseratengeschäft finanzieren, würde eine Stagnation oder gar Schmälerung des Werbeaufkommens die Ertragssituation verschlechtern. Die Folge wäre der Zwang, redaktionelle Leistungen zu reduzieren. Das verursacht Akzeptanzverluste des Blattes, die das Werbeaufkommen weiter verringern werden. Es beginnt eine Spirale des Niedergangs, die durch das Auftauchen weiterer „neuer Medien" wie Bildschirmtext, Kabeltext oder ähnliches zusätzliche Beschleunigung erfährt.

Wie aber ist dem Einwand zu begegnen, daß dadurch die Meinungsvielfalt zumindest dann gefährdet würde, wenn der funk-interessierte Presseverlag in seinem angestammten Verbreitungsgebiet bereits eine marktbeherrschende oder gar Alleinstellung innehat? – Hiermit ist für viele Medienpolitiker der neuralgische Punkt getroffen. Den Disput um das sogenannte Doppelmonopol zu beginnen, bedeutet einen Stich ins Wespennest.

Zweifellos ist dies ein Problem, das der Rundfunkgesetzgeber ernsthaft würdigen muß. Denn der Meinungsmarkt, dessen Freiheit zu gewährleisten ist, kann nicht in einer künstlich auf einzelne Medien isolierten Sicht betrachtet werden. Vielmehr basiert die Meinungsvielfalt auch auf dem inter-mediären Wettbewerb, an dem unter anderem die Presse teilnimmt. Entscheidende Frage ist aber, welche Maßnahme geeignet ist, die Meinungsvielfalt im Programm zu sichern und dabei zugleich die geringste Belastung für das Grundrecht auf Zugang darstellt.

Was den Werbeanteil am Programm angeht, so gilt folgender Grundsatz: Der Umstand, daß private Veranstalter in besonderem Maße auf Werbeeinnahmen angewiesen sind, spricht für eine möglichst freizügige Regelung. Andererseits birgt ein Übermaß an Werbung auch Probleme: Es kann zum einen die Informationsfreiheit des Rezipienten gefährden. Denn die Informationsaufnahme wird durch häufige Werbeeinblendungen gestört. Ein Mißverhältnis zwischen Werbung und redaktionell gestalteten Teilen kann darüber hinaus aber auch zu erheblichen Gefahren für die wirtschaftliche Existenz bestehender Medien, insbesondere der Presse, führen. Es gilt zu verhindern, daß der Rundfunksender zum „elektronischen Anzeigenblatt" wird. Deshalb ist der Werbeanteil auf das für eine ausschließliche Finanzierung aus Werbeeinnahmen ausreichende Maß zu begrenzen.

Was aber ist als ausreichend anzusehen? Für den Berliner Versuch sind 15 Prozent das Maximum an Werbesendungen. Dies mag noch als ausreichend angesehen werden. Schwierige Probleme ergeben sich jedoch, wenn es um die Einspeisung herangeführter Programme in das Berliner Kabelnetz geht: Hier muß der Werbeanteil durch Ausblendungen auf das in Berlin zulässige Maß zurechtgestutzt werden. Diese Regelung kann allenfalls im Hinblick auf den Versuchscharakter toleriert werden, der dem Gesetzgeber einen gewissen Spielraum eröffnet. Für eine endgültige Regelung sollte Berlin aber der bundesweiten Mehrheit beitreten und 20 Prozent zulassen.

Ein zweiter Problemkomplex, um den vor allem von den Kirchen und einigen Abgeordneten heftig gestritten wird, ist die Sonn- und Feiertagswerbung. Nach dem Grundgesetz ist es Aufgabe des Staates, die Sonn- und Feiertage als Tage der Arbeitsruhe und der geistigen Erhebung zu schützen. Ohne weiteres wird klar, daß die Sonn- und Feiertagswerbung im Rundfunk die Arbeitsruhe nicht stört. Aber auch Gefahren für die sonntägliche seelische Erhebung sind nicht ersichtlich. Denn niemand ist gezwungen, von den Werbesendungen Notiz zu nehmen. Da im übrigen einheitlich das Gebot der Blockwerbung in allen Landesmediengesetzen verankert ist, besteht auch nicht die Gefahr, daß der in sonntägliche Stimmung versetzte Rezipient unerwarteten gewerblichen „Immissionen" in das Programm ausgesetzt ist. Die beeinträchtigenden Effekte sind also minimal.

Unterbrechungen stören die Rezeption des redaktionell verantworteten Programms und beeinträchtigen damit die Informationsfreiheit des Einzelnen. Diese Beeinträchtigung ist aber gering. Gegenüber der eher geringen Gefahrenintensität ist festzuhalten, daß die privaten Anbieter in starkem Maße gerade auf neue Formen angewiesen sind, um als Werbeträger attraktiv zu werden.

Lassen Sie mich nach diesem Streifzug durch das vielgestaltige Gebiet der Mediengesetzgebung im Bundesstaat mit folgendem Resümee abschließen: Der private Rundfunk begegnet in seiner jetzigen Startphase vielerlei Hindernissen faktischer, vor allem wirtschaftlicher, aber auch rechtlicher Art. Wer privaten Rundfunk will, muß auch seine Existenzfähigkeit garantieren. Sie ist Basis der privaten Freiheit und damit Bestandteil der Garantenpflicht des Staates.

Dr. Reinhart Ricker ist Professor für Publizistik an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

# Militärrat in Sudan zerstritten

## Vier Monate nach Numeiris Sturz neue Putschgefahr / Der Einfluß Libyens nimmt zu

PETER M. RANKE, Kairo

Mit einem neuen Militärputsch in Sudan sei jederzeit zu rechnen, sagen ägyptische Regierungskreise in Kairo. In diplomatischen Berichten aus Khartum ist von Differenzen im Militärrat unter General Suwar el-Dahab die Rede, auch von Kompetenzgerangel zwischen Militärrat und der Zivilregierung unter Gazouli Dafallah. Vier Monate nach dem Putsch hat sich die Lage nicht verbessert.

Als „starker Mann" tritt immer mehr Verteidigungsminister General Osman Abdallah Mohammed hervor, der als einziger dem Militärrat und dem Kabinett angehört. Er drohte schon mehrfach mit Rücktritt, um Entscheidungen zu erzwingen. Der General hat, wie jetzt verlautet, das Militärprotokoll mit Libyen Anfang Juli auf eigene Faust geschlossen und erst nachträglich die Billigung des Militärrats erhalten. Er gilt als Sprecher der jüngeren Offiziere.

Libyens Revolutionschef Khadhafi hat den Militärs zugesichert, er unterstütze nicht mehr die Rebellen von Oberst Garang in Südsudan und wolle Verhandlungen vermitteln. Aber der Bürgerkrieg geht weiter.

Khadhafi hat Sudan für drei Monate lebenswichtige Öllieferungen und Waffen zugesichert. Er erreichte damit, daß Sudan nicht mehr an Manövern mit US-Truppen teilnimmt wie Ägypten. Das hat Washington verärgert, das mit weiterer Militär- und Wirtschaftshilfe zögert. US-Militärs sind besonders besorgt über die angekündigte „Ausbildungshilfe" Libyens für die sudanesische Armee.

In Kairo wird aufmerksam registriert, wie jüngere Offiziere mit prolibyschen und sozialistischen Vorstellungen der Baath-Partei in Khartum nach vorne drängen und eine Aussöhnung mit den südsudanesischen Rebellen versprechen. Zwei dieser Offiziere, General Hussein Saleh und Brigadier Osman, Chef der Militär-Akademie, wurden wegen angeblicher Putsch-Absichten festgenommen.

Die neue libysche Botschaft in Khartum ist äußerst aktiv und verteilt Khadhafis „Grünes Buch" an Studenten. Ein Ableger der libyschen Staatsbank wurde kürzlich eröffnet, ebenso eine direkte Luftlinie Khartum–Tripolis. Libysches Geld fließt vor allem an Saddiq el-Mahdi und seine Ansar-Sekte, die sich aber politisch noch zurückhält.

Während der Streit mit dem Internationalen Währungsfonds über neue Kredite noch nicht gelöst ist, wachsen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Versorgungslage hat sich nicht gebessert.

Als Freundschaftsgeste gegenüber Äthiopien hat die sudanesische Regierung zugesagt, daß keine Lebensmittel-Lieferungen für die Hungernden in Tigre und Wollo mehr über sudanesisches Gebiet geleitet werden. Damit bricht möglicherweise auch die Versorgung der Aufständischen in diesen äthiopischen Hungerprovinzen zusammen – was Addis Abeba bezweckt.

Die für Südsudan ernannte Interimsregierung, die von Juba aus die frühere Autonomie wiederherstellen soll, hat ihre Arbeit noch immer nicht aufgenommen. Auch die Einführung der islamischen Scharia-Gesetze, die der gestürzte Numeiri angeordnet hatte, ist bisher nicht zurückgenommen, lediglich die Anwendung gemildert worden. Als es Mitte Juli in Khartum zu Demonstrationen gegen hohe Preise und niedrige Löhne kam, setzte der Militärrat die Polizei ebenso brutal ein wie Numeiri. „Was ist eigentlich besser geworden?" fragen sich viele Sudanesen. (SAD)

Diplomatisches Pokerspiel zwischen Washington und Pretoria / Reagan unter Sanktionsdruck des Kongresses

# Die USA erwarten Reform der Rassenpolitik

FRITZ WIRTH, Washington

Das Wiener Treffen zwischen dem südafrikanischen Außenminister „Pik" Botha und dem amerikanischen Sicherheitsberater Robert McFarlane war das Ergebnis eines diplomatischen Pokerspiels zwischen beiden Regierungen. Pretoria hatte bereits vor knapp drei Wochen um ein solches Treffen gebeten, hatte jedoch von Washington einen Korb erhalten.

Beim zweiten Gesprächsersuchen in der letzten Woche entdeckte man in Washington mehr Dringlichkeit und eine größere Reformbereitschaft auf südafrikanischer Seite. Daß McFarlane und nicht Shultz die Delegation leitete, hat vor allem politisch-psychologische Gründe: Die Reagan-Administration wollte bewußt und demonstrativ das Krisenmanagement im Weißen Haus ansiedeln und damit deutlich machen, daß das Problem mehr als nur außenpolitische Dimensionen hat.

Es zeichnet sich hier ein Konflikt zwischen Weißem Haus und Kongreß ab. Der Präsident befindet sich durch den Kongreß unter Sanktionsdruck. Washington ist entschlossen, der südafrikanischen Regierung den Umfang und die Gefahren dieses Druckes spürbar zu machen und sie in Zugzwang zu bringen. Motto: Wenn Pretoria weiterhin auf Präsident Reagan als politischen Partner einer Politik der Dialoge und des „konstruktiven Engagements" rechnen will, müssen Signale aus Pretoria kommen, die auf greifbare Erfolge dieser Politik hindeuten.

McFarlane hat sich dabei gegenüber den Südafrikanern offenbar einer sehr direkten Sprache bedient und sie mit dem innenpolitischen Frontenverlauf dieser Südafrika-Debatte in den USA vertraut gemacht. „Wir haben die Realitäten dieser Situation verdeutlicht", sagte Larry Speakes, der Sprecher des Weißen Hauses, vor Journalisten, die Reagan auf seiner Urlaubsreise nach Kalifornien begleiteten.

Speakes ließ durchblicken, daß McFarlane die südafrikanische Delegation in Wien unmißverständlich gewarnt habe, daß Reagan kaum ein Veto gegen die Sanktionsbeschlüsse des Kongresses, die ihm im Herbst vorgelegt werden, einlegen könne, wenn bis dahin keine Reformen der südafrikanischen Rassenpolitik eingeleitet worden seien.

Soweit in Washington zu erfahren ist, hat die amerikanische Delegation die Südafrikaner mit zwei Hauptforderungen konfrontiert: dem Ende des Ausnahmezustands und dem Beginn eines ernstgemeinten und weitreichenden politischen Dialogs mit der farbigen Mehrheit.

Das Reformpaket, das angeblich vom südafrikanischen Präsidenten Pieter Botha am Donnerstag vorgelegt werden soll, ist noch ein eher spekulatives Ereignis. Speakes mochte sich dazu nicht äußern und stellte lediglich fest, daß die südafrikanische Regierung bei ihrem Kurs „sowohl die eigene innenpolitische Situation wie auch die internationale Meinung im Auge haben wird".

Eine nicht zu unterschätzende Rolle hat in der Südafrika-Debatte in Washington der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Senats, Richard Lugar, gespielt. Er forderte Shultz auf, seinen Einfluß auf den Präsidenten geltend zu machen, die Sanktionen des Kongresses gegen Südafrika nicht durch ein Veto zu stoppen. Lugar sprach später öffentlich über das Treffen mit Shultz, der Sanktionen gegen Südafrika strikt ablehnt. Es war ein taktischer Schachzug, dessen Signale in Wirklichkeit in Richtung Pretoria gingen.

Diese Sanktionen müssen im September noch vom Senat gebilligt werden. Trotz des Widerstandes des konservativen republikanischen Flügels um Senator Helms besteht daran kaum ein Zweifel. Reagan selbst hat sich wiederholt gegen Sanktionen ausgesprochen, weil sie die Farbigen in Südafrika mehr treffen würden als die Weißen.

Dennoch könnte er die zunächst relativ milden Sanktionsbeschlüsse des Kongresses unterschreiben, ohne sein Gesicht zu verlieren. Lugar wies darauf hin, daß es sich dabei in erster Linie um Maßnahmen handelt, die die südafrikanische Regierung und nicht direkt die farbigen Bürger treffen würden, als da sind: Importverbot für Krügerrand in die USA, Stopp von neuen Bankanleihen und dem Transfer von Nuklear-Technologie und Computern an südafrikanische Regierungs- und Verwaltungsstellen.

# Libanon: Dschumblatt gegen Dialog

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Bei den seit drei Tagen andauernden heftigen Artilleriegefechten in Beirut zwischen Drusen und Schiiten einerseits und den christlichen Forces Libanaises andererseits sind mehr als 30 Menschen getötet und etwa 80 verletzt worden. Waffenstillstandsabkommen werden immer wieder durch neue Schußwechsel an der Demarkationslinie, die den muslimischen Westteil der libanesischen Hauptstadt vom christlichen Ostteil trennt, gebrochen. Insbesondere in der Nacht zum Montag durchlebten die Bewohner der Christenviertel Aschrafieh, Hadet, Ain Rommaneh und Dora nach Augenzeugenberichten ein „wahres Inferno".

Über die Motive für die meist von schiitischen und drusischen Stellungen ausgehenden Beschießungen herrscht Unklarheit. Spekulationen in Zeitungsberichten mutmaßen, daß Drusenführer Dchumblatt und Schiitenchef Berri die Bildung einer neuen Regierung verhindern wollen. Präsident Gemayel trägt sich nach seinem achten Besuch in Damaskus innerhalb eines Jahres offenbar ernsthaft mit diesem Gedanken. Die neue Regierung solle auch über eine Reform der libanesischen Verfassung beraten sowie des (ungeschriebenen) Nationalpakts von 1943. Ziel ist eine Angleichung der Institutionen an die heute gegebenen Machtverhältnisse. Dschumblatt und Berri sind an einer Teilung der Macht mit den Christen wenig interessiert. In wütenden Vorwürfen gegen die jetzige Regierung spricht Dschumblatt, der selbst Minister im Kabinett Gemayel ist, davon, „die libanesische Flagge zerreißen und verbrennen" zu wollen und „bald durch das Emblem der PSP überall in Libanon" zu ersetzen.

Die sozialistische Fortschrittspartei (PSP) Dschumblatts hat jüngst mit der schiitischen Amal Berris, der libanesischen kommunistischen Partei und einigen kleineren Gruppierungen eine „nationale Einheitsfront" gegründet, die schon wegen der engen Kontakte ihrer führenden Mitgliedsparteien mit Moskau den Charakter einer marxistischen Volksfront nicht zu verbergen vermag. Diese Volksfront ist zu einem Dialog mit den Christen, den einzigen demokratisch gesinnten Kräften Libanons, nicht bereit. Die Forces Libanaises haben sich inzwischen mit dem ehemaligen Präsidenten Frandschieh verständigt, was nur mit syrischer Zustimmung möglich war. Bisher haben alle politischen Gruppierungen Libanons ihre Politik mit Damaskus abgestimmt – nur die Forces Libanaises noch nicht.

Die syrische Position in Libanon gibt angesichts der jüngsten Kämpfe wieder Rätsel auf. Für eine Entfremdung zwischen Damaskus und Drusen und Schiiten oder gar einen Wechsel der Allianzen gibt es jedoch noch keine Anhaltspunkte. Fest steht, daß Präsident Gemayel zunehmend in die Isolation gerät und auch in Damaskus nicht mehr als so nützlich wie bisher angesehen wird.

# Botha erwägt weitgehende Zugeständnisse

M. GERMANI, Johannesburg

Auf dem Kongreß der Nationalen Partei der kleinsten südafrikanischen Provinz, Natal, dessen weiße Bevölkerung traditionell den liberalsten Flügel des Landes vertritt, wird erwartet, daß Staatspräsident Pieter Willem Botha neue entscheidende Schritte seiner Reformpolitik verkünden wird. Im Zusammenhang mit den immer stärker werdenden internationalen Druck westlicher Länder, besonders aber auch im Hinblick auf die drohenden Wirtschaftssanktionen, die Präsident Reagan wegen der Beschlüsse im US-Senat und Kongreß möglicherweise doch noch unterschreiben wird, aber auch in der Hoffnung, die explosive Lage im Innern Südafrikas zu entspannen, sind weiterreichende Änderungen bestehender Gesetze in der Diskussion.

Aus den Spekulationen läßt sich herausfiltern:

Es soll eine einheitliche Staatsbürgerschaft für alle Bevölkerungsteile Südafrikas, ohne Rücksicht auf ihren ethnischen Ursprung geben. Die Beteiligung der Vertreter der schwarzen Völker an der derzeitigen Regierung, die entsprechend der seit September 1984 in Kraft getretenen neuen Verfassung bisher nur aus Weißen, Kap-Farbigen und Indern besteht, soll beschlossen werden. Auf welcher Basis diese Machtteilung in die Praxis umgesetzt werden kann, ist unklar. Doch wird von informierten Kreisen davon gesprochen, daß Vertreter der Schwarzen in den Präsidentschaftsrat einbezogen werden könnten, in den verschiedenen Kabinett-Komitees ebenfalls Sitz und Stimme bekommen, dann schließlich im Kabinett selbst vertreten sein würden.

Gespräche zwischen der Regierung und schwarzen Führern haben bereits hinter geschlossenen Türen stattgefunden. Der Minister für Verfassungsfragen, Chris Heunis, deutete in der vergangenen Woche eine solche Entwicklung an, als er die Bildung eines Forums zur Diskussion für die politische Zukunft der städtischen Schwarzen verkündete.

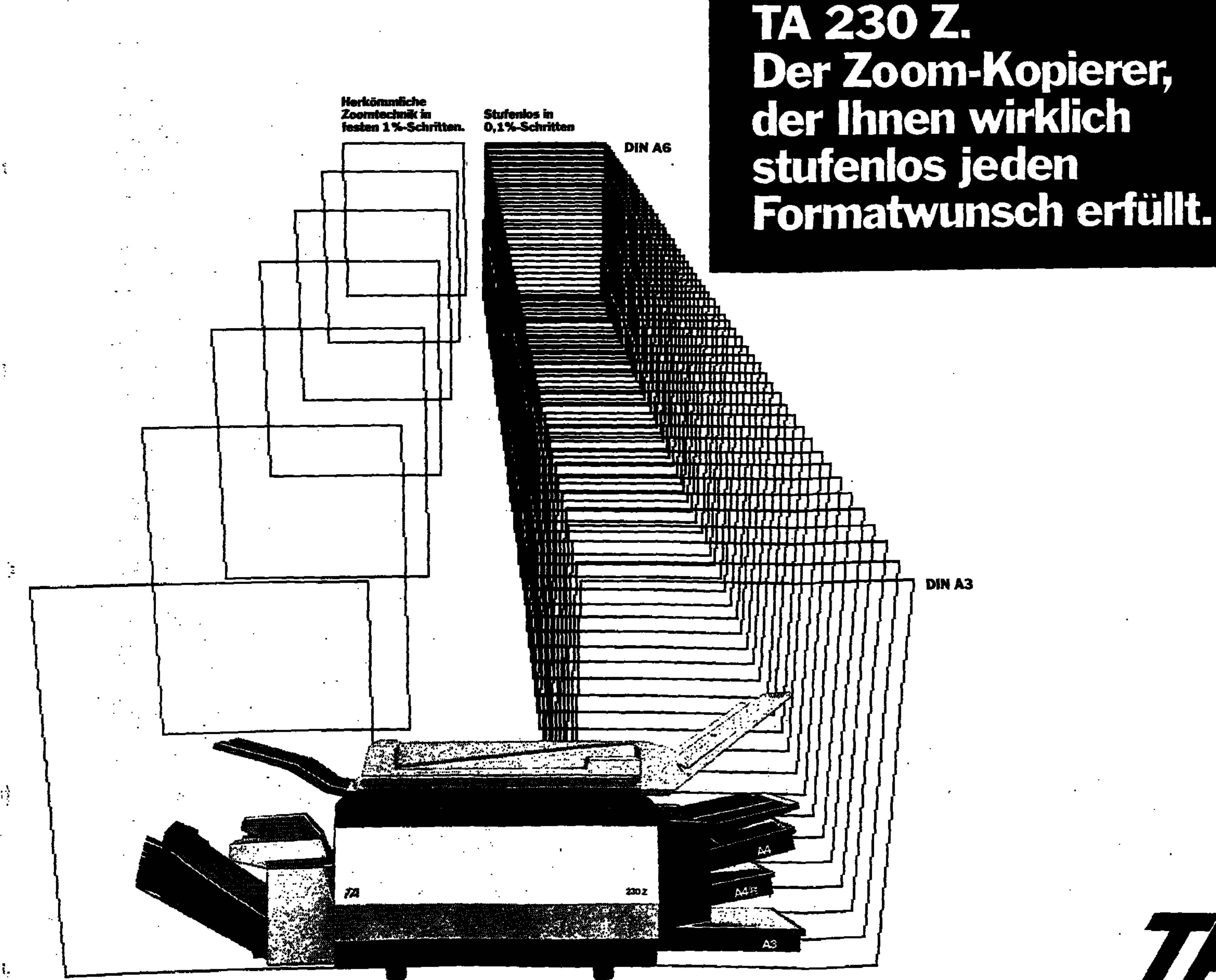
Darüber hinaus dürfte die Aufhebung des sogenannten „Influx-Control" erfolgen, also die Einführung des Rechts auf Freizügigkeit für Schwarze innerhalb des ganzen Landes. Damit verbunden wäre auch eine wenigstens partielle Aufhebung des Gesetzes, das jeden Schwarzen verpflichtet, ständig seine persönlichen Dokumente bei sich zu tragen, um beweisen zu können, daß er sich legal in der jeweiligen Gegend aufhält.

Diese Gesetze waren bisher als das größte Hindernis bei der Abschaffung der Apartheidspolitik angesehen worden.

Es wird erwartet, daß Botha am Donnerstag diese Änderungen in den Grundzügen verkündet. Die genauen Details würden dann weiteren Verhandlungen unterliegen.

Eine weitere Frage, deren Antwort die Reformpolitik der derzeitigen Regierung für das Ausland und die revolutionären Kräfte im Inneren des Landes glaubwürdiger machen würde, ist die Entlassung des ANC-Führers Nelson Mandela. Sie gilt als sicher. Unbekannt ist bisher jedoch der Zeitpunkt. Wie Außenminister Roelof Botha am Samstag auf einer Pressekonferenz nach seiner Rückkehr aus Europa erklärte, träten verschiedene Mitglieder der Regierung für einen solchen Schritt ein.

Botha verteidigte jedoch den bisherigen Standpunkt der Regierung, indem er betont, Mandela verhindere letztlich selbst seine Freilassung, da er im Januar der Aufforderung des Staatspräsidenten, der Gewalt zu entsagen, nicht nachkommen wolle.




NUTZEN SIE DIE INTELLIGENZ EINER NEUEN KOPIERER-GENERATION.

Der TA 230 Z ist ein Kopierer, der stufenloses Format zeigt. Mit 0,1%-Schritten ermöglicht er die Zoom-Technik umfassend zu nutzen. Beispielsweise, um Bilder und Texte in Arbeitsvorlagen paßgenau einzufügen. Das gilt im gesamten Wiedergabebereich von 64-141%. 7 verschiedene Abbildungsmaßstäbe sind fest programmiert. 4 weitere können individuell eingegeben werden. Ein vollautomatischer Dokumentenschnelleinzug und ein Sortierer ergänzen das System. 30 Kopien pro Minute und Kopien von DIN A 6 bis DIN A 3 zeigen das Leistungsspektrum des Gerätes. Perfekte Technik zur Systemkontrolle und Fehlerdiagnose demonstrieren den neuesten Stand der Mikro-Elektronik. Für jeden Mengen- und Leistungsbedarf bietet TA den richtigen Kopierer. Über 150 Vertriebs- und Servicestellen in der Bundesrepublik und ein erstklassig ausgebildetes Personal gewährleisten ein umfassendes Kundendienst-Angebot.

TA – KOMPETENZ IN ALLEN BEREICHEN DER INFORMATIONS-TECHNOLOGIE.

TA – der Name steht für ein breites Programm umfassender Bürokommunikation. Von der Schreibmaschine über Personal-, Text- und Büro-Computer bis hin zu multifunktionalen Mehrplatz-Rechnersystemen und Kopierern.

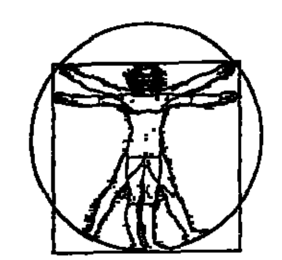
TA Triumph-Adler Aktiengesellschaft
für Büro- und Informationstechnik
Fürther Straße 212 · D-8500 Nürnberg 80
Tel. (0911) 322-0 · Telex 6-23295
Teletex 9118203 TAtele

TA TRIUMPH-ADLER

## NOTIZEN

### Kopien per Satellit

**Paris (DW.)** – Die EG-Kommission und die Europäische Raumfahrtbehörde (ESA) haben eine Vereinbarung für ein System zur elektronischen Zustellung von Schriftstücken (Faksimiles) über digitale Nachrichtensatelliten unterzeichnet. Dieses sogenannte Apollo-Projekt könnte nach Ansicht der Kommission eine Infrastruktur für einen Dienstleistungsmarkt bilden, der in fünf Jahren ein Volumen von etwa 660 Millionen DM erreichen könnte. In einem Pilotprojekt soll ein



breit gestreuter Kreis von Benutzern zunächst über Fernmeldeeinrichtungen Informationen bei einer beschränkten Zahl von Informationsanbietern abrufen können, die über Satelliten der EUTELSAT 1-Serie übertragen werden.

### Linsen aus Pressglas

**Hamburg/Tokio (DW.)** – Ein Verfahren zur Pressung asphärischer Linsen aus Glas hat jetzt die Firma Olympus entwickelt. Nach Angaben des Herstellers sind sie eine konkurrenzfähige Alternative zu den herkömmlichen Schleifverfahren für optische Linsen. Pressglas soll – bei gleicher Widerstandsfähigkeit gegen Temperaturen und Luftfeuchte – leistungsfähiger und billiger sein als geschliffenes Glas und auch Kunststofflinsen übertreffen.

Der bislang größte Forschungsatellit Europas, das Infrarot-Observatorium ISO (Infrared Space Observatory), hat eine entscheidende Hürde genommen: Die Europäische Weltraumbehörde ESA hat jetzt vier Wissenschaftler aus Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland benannt, unter deren Leitung international zusammengesetzte Arbeitsgruppen die Meßgeräte für ISO entwickeln sollen, dessen Start für 1992 geplant ist.

# Europas Astronomen suchen die Kerze im glühenden Ofen

Von EUGEN HINTSCHES

Mit dem Weltraum-Observatorium wollen die europäischen Astronomen die kosmische Wärmestrahlung untersuchen, die ein auf minus 260 Grad Celsius Temperatur gekühltes 60-Zentimeter-Teleskop an Bord des europäischen Infrarot-Satelliten sammelt. Bei dem Projekt arbeiten mehr als 60 überwiegend europäische Wissenschaftler zusammen, darunter Forscher aus den Instituten für Astronomie, extraterrestrische Physik, Kernphysik und Radioastronomie der Max-Planck-Gesellschaft.

Eine europäische Ariane-4-Rakete soll das 1,8 Tonnen schwere und mehr als fünf Meter hohe Infrarot-Observatorium voraussichtlich im Jahr 1992 auf eine langgestreckte, bis auf 39 000 Kilometer Abstand von der Erde reichende Bahn in den Weltraum befördern. Von dort aus sind jeweils bis zu zehn Stunden lang ununterbrochene Beobachtungen möglich.

Der Einsatz der Infrarot-Sternwarte im All ist auf mindestens 18 Monate festgelegt, begrenzt durch den Vorrat an Kühlflüssigkeiten. „Nachdem das amerikanische Konkurrenz-Unternehmen SIRTF (= Space InfraRed Telescope Facility) noch nicht finanziert ist und wahrscheinlich mit der Raumstation gekoppelt werden soll, haben wir Europäer gute Aussichten, in diesem wissenschaftlich und technologisch bedeutungsvollen Bereich der Infrarot-Astronomie eine Spitzenposition einzunehmen", meint Prof. Dietrich Lemke vom Max-Planck-Institut für Astronomie in Heidelberg, einer der vier von der ESA benannten Wissenschaftler. Den direkt beteiligten Arbeitsgruppen wird zusammen ein Viertel der Beobachtungszeit des Satelliten garantiert. Ungefähr zwei Drittel der Zeit soll das ISO-Observatorium jedoch grundsätzlich allen Astronomen offenstehen.

Das europäische Observatorium soll einen breiten Teil der „Infrarot-Lücke" schließen, die zwischen dem sichtbaren Licht (Wellenlängen zwischen 0,4 bis 0,8 Mikrometer = tausendstel Millimeter) und dem Radiobereich (Wellenlänge größer als 2000 Mikrometer) klafft: ISO ist für den Beobachtungsbetrieb zwischen zwei und ungefähr 200 Mikrometer ausgelegt.

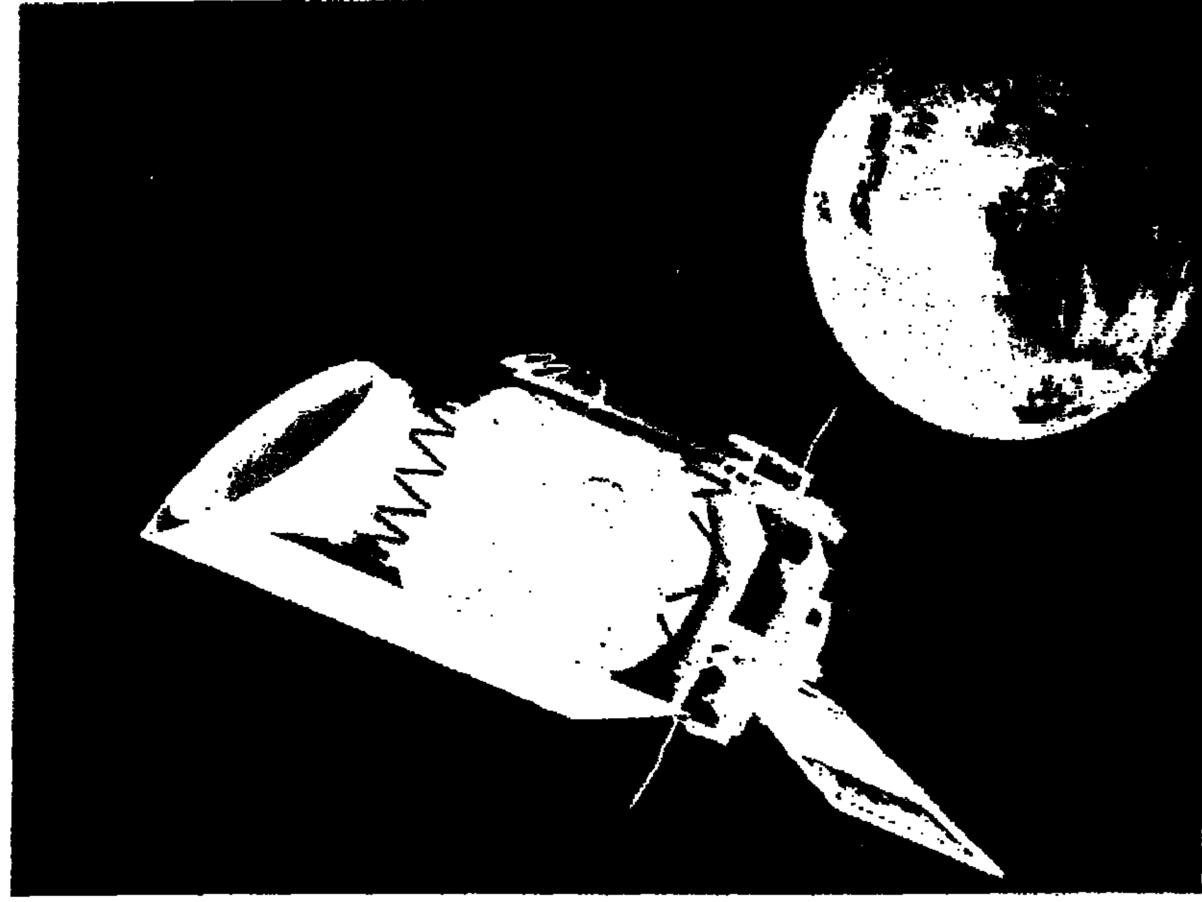
Zwar ist die Infrarotstrahlung für das menschliche Auge unsichtbar, aber dennoch als Wärmestrahlung allgegenwärtig. Je niedriger die Temperatur eines Körpers ist, desto größer ist der Anteil seiner Energie, den er im Infraroten abstrahlt. Wenn sich ein Körper zunehmend erwärmt, sendet er Infrarotstrahlung mit einer entsprechend kleineren Wellenlänge aus, bis er schließlich zu glühen und so auch im sichtbaren Licht zu leuchten beginnt. Die Infrafrot-Astronomie bietet demnach – weil sie kühle Körper überhaupt erst erkennbar macht – bevorzugt Einblicke in den „kalten Kosmos", die sonst mit keiner anderen Methode möglich sind.

Am Anfang der Infrarot-Astronomie steht eine grundsätzliche Hürde: Die unsichtbare Infrarotstrahlung muß umgesetzt werden, damit sie für den Menschen erkennbar wird. Das geschieht in Detektoren. Im Prinzip registrieren sie die Wäremestrahlung und formen sie in elektrische Signale um, die verstärkt werden und sich zu „Bildern" zusammensetzen lassen. Dank intensiver Grundlagenforschung an Kristallen gelangen den Festkörperforschern auch in Europa während der letzten Jahre auf diesem Gebiet gewaltige Leistungssprünge: Je nach Wellenlänge können noch unvorstellbar winzige Leistungen von $1/10^{17}$ Watt registriert werden.

Solche zum Beispiel vom Frankfurter Battelle-Institut entwickelten, extrem scharfen „Infrarot-Augen" bestehen aus sehr reinen Halbleiter-Kristallen, etwa Silizium oder Germanium, in die gezielt fremde Atome, zum Beispiel Gallium oder Antimon, eingebaut wurden. Trifft eines der sehr schwachen Infrarot-Lichtteilchen auf einen solchen „Störstellen-Kristall", dann erhöht es darin geringfügig die elektrische Leitfähigkeit.

Es „bemerkt" die angelegte Spannung und liefert einen winzigen Strom-Impuls, der zu einem Signal weiterverarbeitet werden kann. Will man jedoch die außergewöhnliche Nachweisempfindlichkeit moderner Infrarot-Detektoren nutzen, so entsteht ein anderes Problem: Die Strahlungsempfänger müssen sehr sorgfältig von allen Wärmequellen der Umgebung abgeschirmt werden.

Die Astronomen vergleichen ihre Situation gerne mit der Beobachtung einer schwach leuchtenden Kerze in einem weißglühenden Ofen. Weil bei Zimmertemperatur der größte Teil der Wärmestrahlung im infraroten Bereich freigesetzt wird, „sieht" der Infrarot-Astronom natürlich auch sein handwarmes Fernrohr „hell erleuchtet" – meistens so stark, daß er schwächere Beobachtungsobjekte nicht mehr erkennen kann, weil sie „überstrahlt" werden. „Gegen die warme Umgebungsstrahlung hilft nur eins: Man muß sein Teleskop einschließlich aller Analyse-Geräte und Detektoren kaltmachen", bekräftigt Prof. Lemke.



Ein Modell des Infrarot-Observatoriums ISO, des bislang größten europäischen Forschungssatelliten Zeichnung: ESA

„Bei Zimmertemperatur hat man im Infraroten eine ständige Störstrahlung – ein Rauschen – in der Größenordnung von einem zehnmillionstel Watt auf dem Detektor. Das ist zwar ein winziger Wert, jedoch für uns Infrarot-Astronomen untragbar, denn wir wollen im Kosmos noch millionenfach schwächere Signale messen." Oder, um beim Bild zu bleiben: Soll die Kerze wieder sichtbar werden, muß der Ofen eben dunkler, sprich kühler sein.

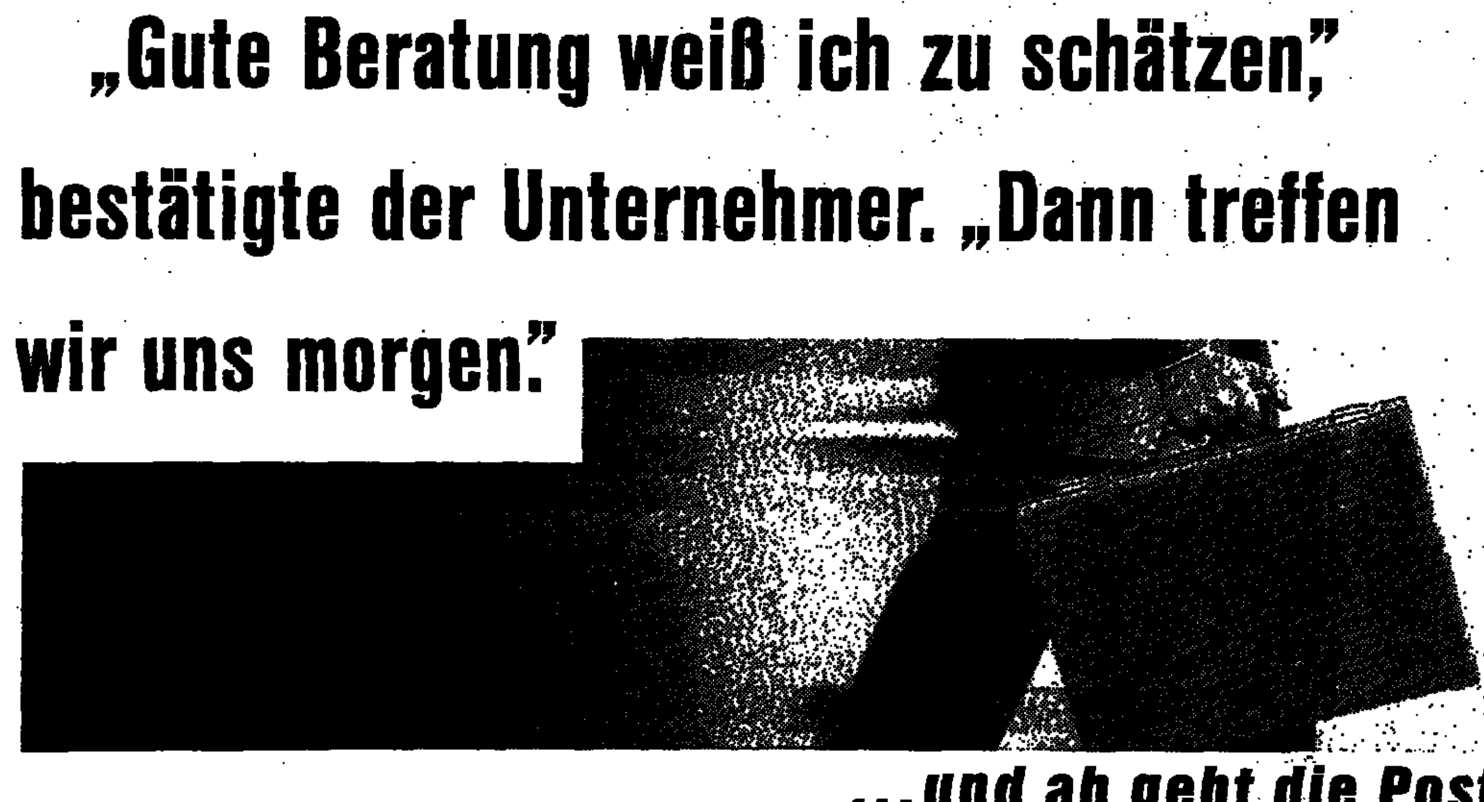
Bei Infrarot-Beobachtungen vom Erdboden aus erweist sich zudem die Lufthülle als ständiges Hindernis: Zum einen lassen Wasserdampf und Kohlendioxid in der Atmosphäre nur schmale Bereiche der kosmischen Infrarotstrahlung durch. Zum anderen sammeln sich auf den tiefgekühlten Teilen von Infrarot-Beobachtungsinstrumenten die Gase der Atmosphäre ebenso wie Feuchtigkeit, frieren dort aus und „blenden" die Optik des Teleskops.

Auch wenn die Infrarot-Astronomen auf Berge klettern oder ihre Geräte am Rand der Atmosphäre in Flugzeugen oder in Ballons einsetzen, um solche Störungen möglichst klein zu halten, es bleibt doch immer eine Restwärme – die infrarote Hintergrundstrahlung – der Lufthülle.

„Der einfachste Weg, all diese Widrigkeiten hinter sich zu lassen, ist, in den Weltraum auszuweichen und das Teleskop so stark wie möglich zu kühlen", stellt Prof. Lemke dazu fest. „Weil es dort kaum Gase oder Wärme aus der Umgebung gibt, kann man, sofern das Gerät vor direkter Sonneneinstrahlung geschützt ist, die störende Untergrundstrahlung nahezu vollständig beseitigen."

„Immer häufiger sind meine 517 Kollegen und ich als 'Unternehmensberater, Fachgebiet Logistik' tätig," sagte Jakob Daum, Kundenberater der Post.

„Gute Beratung weiß ich zu schätzen," bestätigte der Unternehmer. „Dann treffen wir uns morgen."



...und ab geht die Post

Die Lösung logistischer Probleme hilft Zeit und Kosten sparen – und die Service-Leistungen für die Kunden optimieren. Sie wissen das. Kundenberater der Post helfen tagtäglich bei ganz unterschiedlichen Unternehmens-Engpässen. Beim Thema Paketabholung aus den Geschäftsräumen zum Beispiel. Oder dem rationellen Haus-Haus-Versand. Der Nutzung schnellster und doch preisgünstiger nationaler und internationaler Postkurierdienste. Oder dem Einsatz der EDV für den Paketversand. Und vielem mehr.

Wann haben Sie zuletzt mit Ihrem Kundenberater der Post gesprochen? Er bietet Ihnen möglicherweise Lösungen, die Sie bisher noch nicht in Erwägung gezogen haben. Sein „unternehmerischer" Rat kostet nichts, könnte aber viel einbringen.

Nur wer die Wege und vielfältigen Angebote der Post kennt, kann sie optimal nutzen. Mehr sagt Ihnen unser Kundenberater, den Sie im Telefonbuch unter Post finden.

Post




# Ein Berliner Medium geht um die Welt

## Vor 50 Jahren revolutionierte die Erfindung des Tonbandgerätes die Datenspeicherung

Von HEINZ THIELE

In diesem Monat feiert das Magnettonbandgerät seinen 50. Geburtstag. An der Entwicklung dieses Gerätes, das erstmals eine rationelle Informationsspeicherung ermöglichte, war die Berliner Elektroindustrie führend beteiligt, vor allem der Ingenieur Fritz Pfleumer und die AEG.

Das Prinzip der magnetischen Speicherung, wie sie dem Magnetophon zugrunde liegt, wurde erstmalig vom Amerikaner Smith im Jahre 1888 erwähnt. Unabhängig von ihm erfand der Däne Poulsen 1898 das „Telegraphon", welches ab 1900 bei der Berliner Firma Mix & Genest hergestellt wurde. In diesem Gerät und seinen Nachfolgern läuft ein magnetisierbares Material, zunächst Stahl in Draht- oder Bandform, während der Aufnahme an den Polen eines Elektromagneten vorbei, dessen Spule von dem aufzunehmendem Signalstrom durchflossen wird.

Die entstehenden Magnetfelder bewirken in dem Speicher eine dem Signal entsprechende dauerhafte Magnetisierung. Für die Wiedergabe wird dann der Speicher an den Polen eines weiteren Elektromagneten vorbeigeführt, wobei die im Speicher fixierten Felder Spannungen in der Spule des Magneten auslösen, die dem Aufzeichnungssignal wieder entsprechen. Die Information kann so ohne Qualitätsverlust praktisch beliebig oft zeit- und ortsunabhängig zurückgewonnen werden.

Mix und Genest sowie weitere Berliner Firmen, die sich mit Magnetton befaßten, blieb der wirtschaftliche Erfolg versagt, obwohl nach Erfindung der Elektronenröhre die Wiedergabequalität Ende der zwanziger Jahre etwa einer damaligen Schallplatte entsprach. Handicaps waren neben Preis und Bedienungsschwierigkeiten vor allem die mit dem homogenem Stahl verbundenen Unzulänglichkeiten, besonders die fehlende Möglichkeiten zum Schneiden des Bandmaterials.

Erst nachdem Pfleumer 1928 das Magnetband erfunden hatte, indem er magnetisierbare Partikel in Lack einbrachte und mit dieser Suspension einen Papierstreifen beschichtete, stand ein Speichermedium mit günstigen Eigenschaften zur Verfügung: Leicht, billig herzustellen und in einfacher Weise zu bearbeiten.

Pfleumer interessierte die AEG für sein Magnetband und dort begann 1932 die Geräteentwicklung im Kabelwerk Oberspree. Als Ergebnis entstand 1935 das Magnetophon K1, gedacht zunächst für die Aufnahme von Sprache. Die Vorstellung in der Öffentlichkeit anläßlich der Berliner Funkausstellung im August 1935 war ein sensationeller Erfolg.

Bald interessierte sich neben vielen Anwendern auch die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft für die neuartigen Geräte, die in den folgenden Jahren laufend verbessert wurden. 1943 wurde die Entwicklung durch die erste Magnetton-Stereo-Apparatur gekrönt. Bis 1945 war Magnettontechnik eine rein deutsche Angelegenheit, nach Kriegsende stand das Knowhow auch den Siegermächten zur Verfügung. In den westlichen Staaten setzte bald eine rege Entwicklungstätigkeit für elektro-akustische Geräte ein.

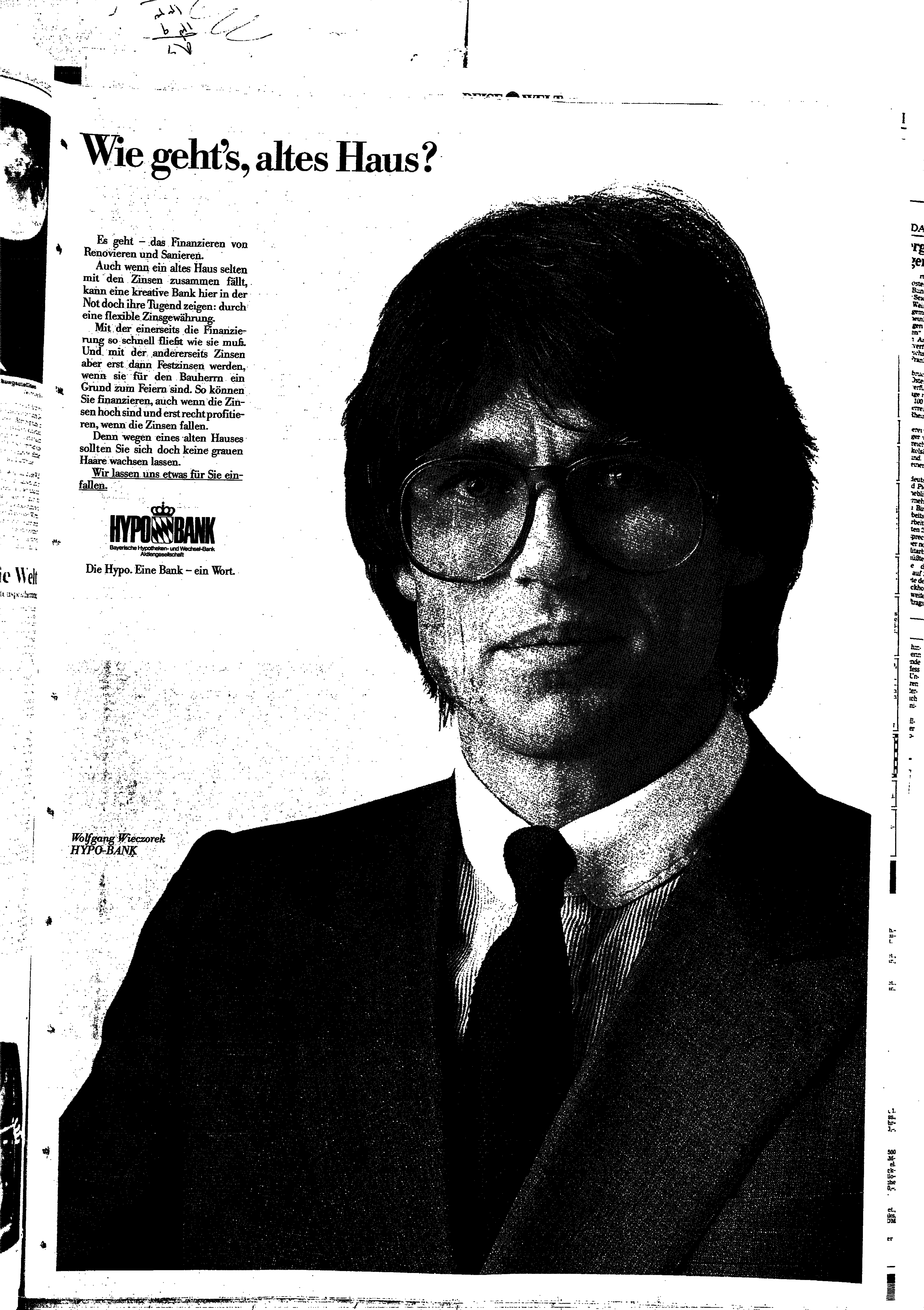
Zunächst war das Magnetophon ein Studio-Gerät. In der zweiten Hälfte der vierziger Jahre entstanden zusätzlich Geräte für Amateure. Den Durchbruch zum Massenartikel brachte 1963 die auf die Firma Philips zurückgehende Compact Cassette. Heute sind viele Millionen Ton- und Videorecorder sowie Datenspeicher im Betrieb, Milliarden von Tonbändern und Kassetten speichern eine unfaßbare Fülle von Informationen – Abkömmlinge jenes „Berliner Mediums" aus dem Jahre 1935.

Das K1 war mit zwei Verstärker- und einer Gleichrichterröhre bestückt. Je Sekunde Speicherzeit benötigte man 1935 1 m Tonband in einer Breite von 6,5 mm. Heute enthält ein Heimtonbandgerät mittlerer Preislage Chips mit tausenden von Verstärkerfunktionen. Dieser Aufwand dient in erster Linie dem Bedienungskomfort, zum Beispiel dem Suchlauf, und nur zum Teil einer Verbesserung der Tonqualität. Wegen der enorm gesteigerten Speicherfähigkeit moderner Tonbänder sind gegenwärtig für vier Spuren pro Sekunde lediglich 4,76 cm auf einem nur 3,81 mm breitem Band erforderlich, und dennoch entspricht die erzielbare Qualität bezüglich Frequenzgang, Rauschen und nichtlinearer Verzerrungen den hohen Anforderungen der HiFi-Wiedergabe.

Der bevorstehende Übergang von analoger zu digitaler Speicherung bringt weitere Verbesserungen und beseitigt etwa den Einfluß von Gleichlaufschwankungen beim Bandtransport auf die Tonqualität. Die noch nicht abzusehende ständige Weiterentwicklung der Chips läßt erwarten, daß in Zukunft der Datenfluß auch stundenlanger Ton- und Video-Ereignisse in Festkörperspeichern, d. h. ohne Band und damit ohne jede Mechanik, möglich sein wird. Damit zeichnet sich das Ende der Magnetband-Epoche ab – aber das dauert noch eine Weile.



Fritz Pfleumer, der Erfinder des Magnetbandes, vor einer Demonstrationsapparatur FOTO: BASF


Wie geht's, altes Haus?
Es geht – das Finanzieren von Renovieren und Sanieren.
Auch wenn ein altes Haus selten mit den Zinsen zusammen fällt, kann eine kreative Bank hier in der Not doch ihre Tugend zeigen: durch eine flexible Zinsgewährung.
Mit der einerseits die Finanzierung so schnell fließt wie sie muß. Und mit der andererseits Zinsen aber erst dann Festzinsen werden, wenn sie für den Bauherrn ein Grund zum Feiern sind. So können Sie finanzieren, auch wenn die Zinsen hoch sind und erst recht profitieren, wenn die Zinsen fallen.
Denn wegen eines alten Hauses sollten Sie sich doch keine grauen Haare wachsen lassen.
Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.
HYPO BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Die Hypo. Eine Bank – ein Wort.
Wolfgang Wieczorek
HYPO-BANK

## ZAHLEN

**GOLF**

**Preis von Refrath.** Ranglisten-Wettspiel des Deutschen Golf-Verbandes (Standard und Par 72): Herren: 1. Strüver (Hamburg-Hittfeld) 70+72+75=217 Schläge, 2. Hübner (Hubbelrath) 79+70+74=223, 3. Reiter (Braunschweig) 74+80+71=225. – Damen: 1. Bockelmann (Frankfurt) 76+80+76=232, 2. Koch (Hannover) 75+82+78=235, 3. Ruland (Bad Wörrishofen) 81+80+78=239.

**TENNIS**

**Grand-Prix-Turnier** in Stratton Mountain/Vermont, Endspiel, Einzel: McEnroe (USA) – Lendl (CSSR) 7:6, 6:2. – **Bundesliga,** Gruppe 1: München – Hannover 6:3, Neuss – Hamburg 7:2, Leverkusen – Ravensburg 4:5. – Gruppe 2: Karlsruhe-Rüppur – Großhesselohe 8:1, Essen – Waldau-Stuttgart 5:4, Bamberg – Amberg 4:5.

**MOTOR**

**1000-km-Rennen** in Mosport/Kanada, sechster von zehn Läufen zur Endurance-Fahrer-WM, fünfter von acht Läufen zur Team-WM: 1. Stuck/Bell (Deutschland/England) Porsche 962 5:55:41,988 Std., 2. Ickx/Mass (Belgien/Monaco) Porsche 962 5:57:06,848, 19 Rd. zur.: 3. Heyer/Schlesser (Deutschland/Frankreich) Jaguar XJRG6. – Stand in der Fahrer-WM: 1. Stuck, Bell je 82 Punkte, 3. Ickx, Mass je 66. – Stand in der Team-WM: 1. Porsche-Werk 92, 2. Lancia, Joest-Porsche je 38.

**GEWINNZAHLEN**

**Auswahlwette** „6 aus 45": 9, 21, 23, 26, 28, 43, Zusatzzahl: 37. – **Rennquintett:** Rennen A: 8, 9, 1. – Rennen B: 28, 23, 21. (Ohne Gewähr).

## SPORT-NACHRICHTEN

### Silber für Lackner

**Rieti** (sid) – Peter Lackner (Mutlangen) gewann bei den Segelflug-Weltmeisterschaften bei Rieti (Italien) hinter dem Italiener Briglidori die Silbermedaille in der Standardklasse.

### 7:7 gegen Belgien

**Oslo** (sid) – Bei der ersten Frauen-Europameisterschaft im Wasserball in Oslo kam die bundesdeutsche Mannschaft zu einem 7:7 gegen Belgien. Favorit Holland besiegte Frankreich 26:0.

### Tödlich verunglückt

**Piestany** (sid) – Der 37jährige Janos Drapal, einer der erfolgreichsten ungarischen Motorrad-Rennfahrer, verunglückte beim Grand Prix von Piestany (CSSR) tödlich.

### Langer auf Platz 32

**Denver** (sid) – Mit einem Preisgeld von 3408 Dollar und Platz 32 mußte sich der deutsche Golf-Profi Bernhard Langer bei den 67. PGA-Championships in Denver begnügen.

### Ersatz-Wettbewerb

**London** (sid) – Die sechs englischen Fußball-Klubs, die nach der Tragödie von Brüssel auf unbestimmte Zeit von allen europäischen Pokalwettbewerben ausgeschlossen wurden, werden einen nationalen Wettbewerb durchführen.

### Sechs Monate Pause

**Stuttgart** (sid) – Gut verlaufen ist die Knie-Operation für den früheren Fußball-Nationalspieler Bernd Förster (VfB Stuttgart). Er hatte sich gegen Mönchengladbach einen Bänder- und Kreuzbandriß zugezogen und muß fünf bis sechs Monate pausieren.

### Deutsche Yachten führen

**Plymouth** (sid) – Achtzig Seemeilen vor dem Fastnet Rock liegen die deutschen Yachten „Outsider" (Kiel) und „Rubin VIII" (Hamburg) bei der abschließenden Wettfahrt zum Admiral's Cup in Front. Die „Diva" (Lübeck) fiel auf Rang 18 zurück.

### Hoher Wettumsatz

**Neuss** (kgö) – 753 000 Mark wurden am Sonntag auf der Neusser Galopprennbahn an den Wettschaltern umgesetzt. Im Herbststuten-Preis siegte die englische Stute Swift and Sure mit Jockey Brent Thomson vor Miss Saint Cloud und Romana.

TENNIS

## Kohde erst im Endspiel besiegt

sid, Toronto

Erst die Weltranglisten-Erste Chris Evert-Lloyd (USA) konnte den Siegeszug (neun Siege in Folge) der Saarbrückerin Claudia Kohde stoppen. Im Endspiel der Tennis-Meisterschaften von Konada in Toronto siegte die Amerikanerin mit 6:2, 6:4 und zeigte Mitgefühl mit der Deutschen: „Claudia war ziemlich K. o., sie hatte es weitaus schwerer als ich, hier ins Endspiel zu kommen."

Claudia Kohde hatte schon vor dem Finale gesagt: „Eigentlich fühle ich mich prima, aber ich spüre meine Beine kaum noch." Nach der Niederlage, für die sie immerhin noch 20 000 Dollar erhielt, war sie nicht enttäuscht: „Gegen Chris ist alles weitaus schwerer, als gegen alle anderen. Sie hat mich nach wirklich guten Angriffsschlägen noch passiert. Daraufhin riskiert man zwangsläufig noch mehr, und dann kommen leider auch die Fehler."

Ein großer Erfolg gelang Claudia Kohde im Viertelfinale, als sie die Wimbledonsiegerin Martina Navratilova überraschend mit 3:6, 6:4, 6:3 ausschaltete.

MOTORSPORT

## Winkelhock in Lebensgefahr

sid, Toronto

Der Waiblinger Manfred Winkelhock schwebt nach einem schweren Unfall beim 1000-km-Rennen in Mosport (Kanada) in Lebensgefahr. „Sein Zustand ist sehr kritisch," sagte ein Sprecher des Krankenhauses in Toronto nach einer dreistündigen Operation, bei der ein Blutgerinsel im Hirn entfernt wurde. Winkelhock erlitt schwere Kopfverletzungen und mehrere Brüche an den Beinen.

In einer abfallenden Linkskurve kam Winkelhock aus bisher ungeklärten Gründen von der Strecke. Sein 600 PS starker Kremer-Porsche prallte mit hoher Geschwindigkeit gegen eine Begrenzungsmauer. Erst nach 25 Minuten konnten die Rettungsmannschaften den Schwaben, der bewußtlos in den Sicherheitsgurten hing, mit Schweißgeräten aus dem Wrack befreien. Mit einem Hubschrauber wurde Winkelhock nach Toronto geflogen.

Über die Unfallursache wird gerätselt. Willi Kauhsen, früher in der Formel 1 engagiert, war Augenzeuge: „Er fuhr ohne ersichtlichen Grund in die Mauer."

## STAND ● PUNKT / *Vorschlag*

Der Start der Fußball-Bundesliga in die neue Meisterschafts-Saison ist in der Bewertung der Fans und der Medien wirklich nicht besonders gut weggekommen. Die Betroffenen mögen sich darüber ärgern, wundern sollten sie sich nicht. Denn tatsächlich wurde zum Auftakt bis auf ganz wenige Ausnahmen nur fader Eintopf serviert.

Die Vereinskassierer haben am Wochenende besonders lange Gesichter gezogen. Nur knapp über 211 000 Zuschauer hatten Interesse an den neuen Auftaktspielen – so wenig wie seit zwölf Jahren nicht mehr. Es gab mal eine Zeit, da wurden die Stadien nach der Sommerpause von weit über 300 000 Besuchern gestürmt. Lang, lang ist's her.

Nun hat sich Werder Bremens Trainer Otto Rehhagel Gedanken darüber gemacht, wie die Fans zur Saisonpremiere in die Stadien gelockt werden könnten. Dabei herausgekommen ist dieser Vorschlag: Nach Meinung von Rehhagel sollte Bundesliga-Spielleiter Hermann Schmaul den Spielplan dahingehend beeinflußen, daß er gleich zum Auftakt regionale Schlagerpaarungen ansetzt. Spiele wie zum Beispiel: Borussia Dortmund gegen Schalke 04, Hamburg gegen Werder Bremen, 1. FC Köln gegen Borussia Mönchengladbach oder 1. FC Nürnberg gegen Bayern München. Rehhagel: „Solche Knaller zum Beginn würden das Interesse ganz eindeutig forcieren und sicherlich auch die Leistungen. Um das Publikum wieder richtig neugierig auf die Bundesliga zu machen, müssen wir den Mut haben, neue Wege zu beschreiten."

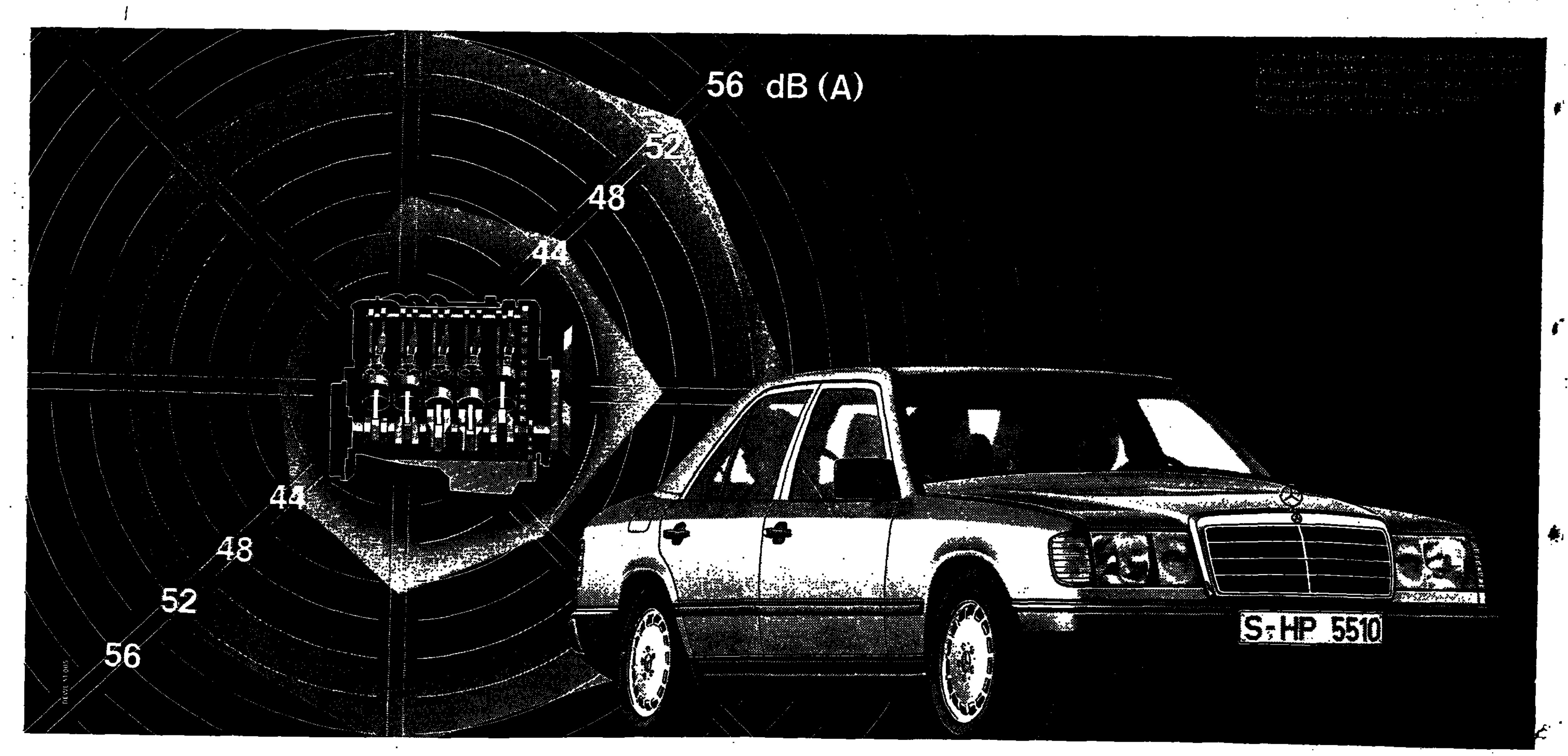
Der Bremer Trainer hat sofort einen prominenten Mitstreiter für seine Idee gefunden: Nationalmannschafts-Teamchef Franz Beckenbauer hat sie „ohne jede Einschränkung" als positiv bezeichnet. Sogar beim Deutschen Fußball-Bund, der sich manchmal schwer tut, Neuerungen zu beschließen, ist der Vorschlag bei einigen Leuten sehr gut angekommen. Was also sollte Hermann Schmaul daran hindern, ihn ab der kommenden Saison zu realisieren? Die Zeit für Reformen ist allemal reif.

BERND WEBER

Mercedes-Benz Diesel:
schadstoffarm * und steuerbefreit

Die neue Mittlere Mercedes-Klasse.

# Die neue Diesel-Fahrkultur.




## Umfassender Fortschritt schafft die neue Diesel-Ära.

Alle klassischen Vorzüge der Mercedes-Diesel sind erhalten geblieben oder wurden gesteigert. Alles andere wurde völlig neu konzipiert. Kaum hörbares aber deutliches Merkmal dieser Fahrkultur: Das leise Rundumgeräusch der neuen Motoren. Auch durch die Triebwerkskapselung liegt es um 40 % niedriger als bei allen Dieselfahrzeugen anderer Marken. Aktive Umweltentlastung – zusätzlich zu der Tatsache, daß alle Dieselmodelle von Mercedes als »schadstoffarm« im Sinne des Gesetzes anerkannt sind und damit auch steuerlich in vollem Umfang gefördert werden.

Gesunde Dynamik der völlig neuen 4-, 5- und 6-Zylinder-Triebwerke schon in den unteren Drehzahlbereichen. Bereits beim Start spontane Leistungsentfaltung. Runder ruhiger Lauf sogar bei starker Kälte – unter anderem durch automatische Anhebung der Leerlaufdrehzahl.

Dazu überlegene Fahrqualität und -sicherheit durch das Fahrwerk mit der Raumlenker-Hinterachse: Weltweit technisches Vorbild. Und im Sinne des dynamischen Konzepts: 15-Zoll-Räder mit Niederquerschnitt-Reifen.

Für das gesamte Fahrzeug gelten neue Werte: Die Aerodynamik mit dem Spitzenwert von $c_w$ 0,29. Deutliche Gewichtsreduzierungen. Beides Gründe für bis zu 30 % mehr Beschleunigung und einen Verbrauch des 200 D bei Stadtzyklus 7,9 l; bei 90 km/h 5,3 l; bei 120 km/h 7,0 l/100 km (nach 80/1268/EWG).

Aber Fahrkultur ist hier mehr als Dynamik und Wirtschaftlichkeit: Hochstabile Leichtbauweise mit weitergesteigerter Sicherheit und Wertbeständigkeit. Großzügiger Raumkomfort mit einer Vielzahl neuer begeisternder Details – von den serienmäßigen elektronisch gesteuerten Gurtstraffern über den Panoramawischer mit 86 % Wischfeld bis zur elektronischen Heizregelung. Kontrollanzeigen für den Füllstand von Motoröl, Kühlmittel, Scheibenwaschwasser und die Funktion der gesamten Außenbeleuchtung. Neue und bessere Lösungen überall – verbunden mit der »natürlichen« Umweltfreundlichkeit des Dieselprinzips.

Der Diesel-Fortschritt, der den Abstand deutlich macht.

Ein weiterer entscheidender Mercedes-Vorzug ist die Freiheit der individuellen Wahl – gerade bei einem Fahrzeugkonzept, das ganz auf höchsten Gesamtnutzen zugeschnitten ist und genau zu den Wünschen seines Fahrers passen soll. Dazu gehört auch, daß Sie bei der Mittleren Mercedes-Klasse zwischen drei verschiedenen Diesel-Modellen wählen können.



Mercedes-Benz.
Ihr guter Stern auf allen Straßen.

LEICHTATHLETIK / Zweifel am Hochsprung-Weltrekord von 2,40 m des Sowjetrussen Powarnizin



**Der hohe Sprung von Donezk: Rudolf Powarnizin floppt über die Weltrekordhöhe von 2,40 Meter.** FOTO: TASS

**Jubelpose eines Weltrekordlers: Rudolf Powarnizin, der bislang ein international Unbekannter war.** FOTO: TASS

# Olympiasieger Mögenburg: „So etwas ist eine sportliche Ungerechtigkeit"

KLAUS BLUME, Bonn

2,40 Meter – Traumgrenze im Hochsprung, eine neue Qualität für diejenigen, die ohne Hilfsmittel in die Luft gehen. Wer kann sie überwinden? Zhu Jianhua aus Shanghai vielleicht. Wahrscheinlich Patrik Sjöberg aus Göteborg oder Dietmar Mögenburg aus Köln, der Olympiasieger. Keiner von ihnen wird jedoch als erster in die Rekord-Annalen kommen. Dort steht seit dem späten Sonntagnachmittag der Name Rudolf Powarnizin, ein junger Mann aus Kiew. Dietmar Mögenburg zur WELT: „Ich finde, das ist eine sportliche Ungerechtigkeit. Da springe ich 41mal über 2,30 Meter und über alles, was so richtig gut und hoch ist – und dann passiert so etwas." Rudolf Powarnizin, 23 Jahre alt, 2,01 m groß, hatte bisher eine Bestleistung von 2,26 m, gesprungen beim Snamenski-Memorial in Moskau. Eine Höhe, die ihn allenfalls als zweitklassig auswies.

Für den Sonntag nachmittag in Donezk hatte sich Powarnizin 2,32 m vorgenommen. Als ihm aber mit 2,35 m ein neuer ukrainischer Rekord gelang, besprach er sich mit seinem Trainer Wladimir Kiba. Nebenan versuchte Stabhochsprung-Weltrekordler Sergej Bubka die Kampfrichter davon zu überzeugen, daß es bei ihm nicht um normale, sondern um „kosmische Höhen" (so Powarnizin) gehe. Powarnizin dachte sich: Wenn man in Donezk so denkt und springt, kann ich es nicht bei 2,37 m oder 2,38 m belassen. Er verlangte die Weltrekordhöhe – 2,40 Meter! Im dritten Versuch klappte es.

Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass gab danach über den neuen Weltrekordler bekannt: Geboren ist Rudolf Powarnizin in Wotkinsk in der Udmurtischen Autonomen Sowjetrepublik. Mit 12 Jahren war er bereits 1,70 m groß und ein begabter Basketballspieler. 1976 überquerte er im Schersprung 1,35 m. Der Hochsprungtrainer Wladimir Reut überredete ihn zum Hochsprung und stellte ihn auf den Fosbury-Flop um. Das Ergebnis: Powarnizin sprang 15 Zentimeter höher. 1980 übersiedelte er nach Kiew, steigerte sich auf 2,21 m und stagnierte. Er wollte mit dem Hochsprung aufhören, doch Trainer Wladimir Kiba überredete ihn, weiterzumachen. Er habe die Fähigkeiten, irgendwann einmal an die Erfolge der einstigen sowjetischen Weltrekordler Walerij Brumel und Wladimir Jaschtschenko anzuknüpfen.

Nach dem Weltrekordsprung von Donezk sagte Wladimir Kiba: „Rudolf ist zur Zeit ungeheuer konzentriert, weil er vor seinen ersten Aufnahmeprüfungen am Kiewer Sport-Institut steht." Die Prüfungen begannen gestern.

Dragan Tancic, vor 48 Jahren in Serbien geboren, seit 1974 deutscher Staatsangehöriger, seit 1976 Bundestrainer für Hochsprung, gilt als einer der führenden internationalen Fachleute der Branche. Tancic studierte an der Lomonossow-Universität in Moskau und in Belgrad, wo er den Titel „Professor des Sports" verliehen bekam. Die WELT sprach nach Powarnizins sensationellem Weltrekord mit ihm.

**WELT:** 2,40 m durch einen Unbekannten ...

**Tancic:** Das war ein Schock für mich. Ich habe am Morgen danach versucht zu frühstücken, doch es ging nicht.

**WELT:** Powarnizin hat sich um 14 Zentimeter gesteigert. Geht das überhaupt?

**Tancic:** Es erscheint unwahrscheinlich. Ich kenne in meiner Trainerlaufbahn niemanden, der das konnte.

**WELT:** Also gibt es keine Erklärung?

**Tancic:** Dieser Mensch, dieser Powarnizin, kann doch überhaupt keine Nerven haben, wenn er so etwas tut. Das ist doch so, als würde ein 100-m-Läufer mit einer Bestzeit von elf Sekunden auf einmal 9,60 Sekunden laufen. Das ist undenkbar.

**WELT:** Sie suchen nach Erklärungen?

**Tancic:** Ich kann mir nur eines vorstellen: Man kann mit vielen anderen Mitteln auf diesen Höhepunkt hinarbeiten. Sie wissen, was ich so meine. Danach können die Leute, die so etwas erreicht haben, wieder verschwinden oder man kann sie auch verschwinden lassen. Aber das ist nur so eine Theorie.

**WELT:** Sie kennen die sowjetische Hochsprungszene. Kannten Sie Powarnizin wirklich nicht?

**Tancic:** Weder von den sowjetischen Wissenschaftlern, noch von den Trainern und auch nicht von den Springern wurde jemals ein Wort über – Powarnizin heißt er? – verloren. Ich weiß aber, daß man in Donezk sehr hoch springen kann, die Anlage ist sehr gut. Jaschtschenko schaffte dort schon 2,35 m.

**WELT:** Was kommt nach diesem Sprung?

**Tancic:** Die Sowjets müssen eine Korrektur ihrer Europacup-Mannschaft vornehmen und Powarnizin aufstellen. Wenn nicht, wird die Unglaubwürdigkeit erhöht, entstehen große Zweifel an dieser Leistung. Denn der neue Weltrekordler ist ja nicht nur 14 Zentimeter höher gesprungen als sonst. Es war weitaus mehr.

**WELT:** Wie meinen sie das?

**Tancic:** Die Steigerung verläuft im Grunde progessiv: Von 2,10 m bis 2,20 m entspricht ein Zentimeter Steigerung auch wirklich einem Zentimeter. Von 2,30 m bis 2,35 m entspricht ein Zentimeter der doppelten Steigerung, ab 2,35 m braucht man für jeden Zentimeter die Technik und Kraft für drei Zentimeter.

**WELT:** Am Samstag findet beim Europacup in Moskau der Hochsprung der Männer statt ...

**Tancic:** Da wird es in Richtung 2,40 m gehen. Die Großen müssen beweisen, daß sie es wirklich können. Die können nicht 2,30 m überspringen und dann Feierabend machen. Das ist jetzt vorbei.

FUSSBALL / Unvorstellbare Resonanz der Zuschauer bei der Junioren-Weltmeisterschaft in China

# 80000 im Stadion, 600 Millionen am Fernseher

PETER MORITZ, Peking

„Wir kehren zwar nicht als Weltmeister heim, aber die Jungens waren hervorragende Botschafter unseres Landes." Helmut Beyer, der Präsident des Fußball-Bundesligaklubs Borussia Mönchengladbach und zwei Wochen lang Equipe-Chef der deutschen Junioren-Nationalelf, war trotz der Endspielniederlage zufrieden. Ausgerechnet im Jubiläumsländerspiel blieb dem Nachwuchs des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) im Finale der Junioren-Weltmeisterschaft der große Erfolg versagt.

Mit 0:2 (0:1) unterlag die deutsche Elf vor 80 000 Zuschauern im Pekinger Arbeiter-Stadion der Auswahl Nigerias. „Ich bin natürlich enttäuscht, daß wir hier in unserem 50. Länderspiel nicht Sieger geworden sind. Doch für meine Spieler war es ein ganz großes Erlebnis", relativierte DFB-Trainer Horst Köppel die sportliche Bedeutung des Weltturniers, an dem der DFB ursprünglich gar nicht teilnehmen wollte. DFB-Funktionäre äußerten Bedenken am sportlichen Wert der Veranstaltung, entschlossen sich aber zur Teilnahme, um politische Mißverständnisse zu vermeiden.

Die Reise hat sich gelohnt. Sie wurde für alle Beteiligten zu einem großen Erlebnis. 16 Mannschaften nahmen an dieser erstmals ausgespielten Weltmeisterschaft für Jugendliche unter 16 Jahren teil. In den vier chinesischen Fußball-Metropolen Peking, Shanghai, Dalian und Tianjin kannte die Begeisterung kaum Grenzen. Die Eintrittskarten waren innerhalb weniger Stunden vergriffen, die Stadien fast immer bis auf den letzten Platz gefüllt und an den Fernsehschirmen verfolgten rund 600 Millionen Menschen die Spiele.

Publikumsliebling wurde der mit acht Treffern erfolgreichste Stürmer Marcel Witecek vom deutschen Pokalsieger Bayer Uerdingen, der den Argentinier Hugo Hernan Maradonna, Bruder des Superstars Diego Maradonna, weit in den Schatten stellte. Während Maradonna mit seiner Mannschaft ebenso früh ausschied wie der Nachwuchs der renommierten Verbände aus Italien und Ungarn, steigerte sich die deutsche Elf nach schwachem Start zu unverhofft starker Form.

Sie fand sich im ungewohnten Klima mit extremen Temperaturen und erdrückender Luftfeuchtigkeit erstaunlich gut zurecht. Doch der Spielplan machte kontinuierlich gute Leistungen unter solchen Bedingungen fast unmöglich: „Die erst 16 Jahre alten Jungen wurden einem hochgradigen Leistungsstreß mit sechs Spielen in zwölf Tagen unterzogen", kritisierte Trainer Horst Köppel, und Kapitän Martin Schneider vom FC Bayern München ergänzte: „Die Spiele bei diesen Temperaturen schlauchen so sehr, daß man froh ist, wenn man an den spielfreien Tagen etwas Ruhe bekommt."

Mit viel Schlaf und vitaminreicher Kost wurde der Substanzverlust ausgeglichen. Mit Ausnahme eines Besuches an der historischen chinesischen Mauer blieb wenig Gelegenheit, um das Land kennenzulernen. Statt dessen versuchten Trainer Köppel und Delegationsleiter Beyer, die Jugendlichen mit Video-Filmen wie „Karate-Kid" und „Conan, der Barbar" bei Laune zu halten.

Elf Tage lang hatte das Rezept Erfolg, doch im Finale erlebten die jungen Deutschen den Einbruch: „Im sechsten Spiel eines schweren Turniers fehlte am Ende doch die Kraft", meinte Horst Köppel. Trotz eines Platzverweises für Nigeria gewannen die technisch brillanten Afrikaner das Endspiel völlig verdient. Allerdings zweifelte DFB-Trainer Köppel das Alter der Nigerianer an: „Sie sahen viel älter aus als meine Schützlinge."

Zweifel über die Zukunft der erstmals durchgeführten Junioren-Weltmeisterschaft bestehen nach dem großen Erfolg in China nicht mehr: „Nach all den Tragödien im Fußball der letzten Monate war das Turnier eine herzerfrischende Sache und Werbung für den Fußball in aller Welt", erklärte Sepp Blatter, der Generalsekretär des Welt-Verbandes (FIFA), der für die Veranstaltung rund 1,2 Mill. Dollar ausgab. 500 000 Dollar zahlte ein Fotokonzern, der dem Pokal den Namen gab. Einnahmen wurden kaum verzeichnet, weil die meisten Besucher-Brigaden freien Eintritt hatten.

# *Bei Staffeln findet Einzelgänger Groß Geborgenheit*

Über keine Goldmedaille hat sich Michael Groß bei den Europameisterschaften in Sofia so gefreut, wie über seine sechste mit der 4 x 100-m-Lagen-Staffel (3:43,59 Minuten). Damit hatten die Herren des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV) alle drei Staffeln gewonnen, zuvor schon die 4 x 100 (3:22,18) und 4 x 200 m Freistil (7:19,23).

Michael Groß hat einmal gesagt, ohne das Staffelschwimmen mit und für die Mannschaft seien weder Training noch Wettkampf auf Dauer geistig allein auszuhalten. Auf dieser Erkenntnis gründet eine erfolgreiche Tradition, die mit Rekordjäger Groß fortgesetzt wurde.

Besonders der nach außen oft schroffe Einzelgänger Groß findet hier Bestätigung in einer Geborgenheit, die er offenbar sucht und braucht. Die Analyse seines angepaßten Verhaltens im Team steht in einem interessanten Widerspruch zu seinen häufig gekünstelten Verletzungen seiner Umwelt, die ihm dann als Arroganz ausgelegt werden müssen. In Sofia ist er endgültig zum Mannschaftsschwimmer geworden.

Möglicherweise hat der Superstar im Schutz der Mitschwimmer, die auffallend häufig einen nach außen geschlossenen Kreis bilden, eine Nische gefunden, in der er sich „natürlich" bewegen und äußern kann. Als Einzelschwimmer ist sein Image des bärbeißigen, kurz angebundenen, unhöflich-schnoddrigen Gesprächspartners längst so verfestigt, daß er ihm nicht mehr entfliehen kann.

Fast scheint er froh darüber zu sein, daß er in Sofia nicht die entscheidende Rolle im Kampf um die Siege übernehmen mußte. 1984 in Los Angeles hatte er dieser olympischen Nervenbelastung nicht standgehalten, als der Amerikaner Bruce Hayes über 4 x 200 m Freistil den taktisch falsch schwimmenden Groß in einem Rennen ohnegleichen mit 4 Hundertstel noch bezwang, obwohl der Offenbacher beim letzten Wechsel an Hayes vorbeigezogen war.

In Sofia waren es die Ersatzschwimmer und nicht der Star, die die wesentliche Verantwortung trugen. Weil der „DDR"-Flüchtling und deutsche Meister über die Rücken-Distanzen, Bernd Hoffmeister, die Reise nach Bulgarien nicht gewagt hatte, sprang der Darmstädter Thomas Lebherz ein und schwamm gegen den Weltrekordler und Europameister Igor Poljanski (UdSSR) ein großartiges Rennen. Weil Stammschwimmer Dirk Korthals mit einer Darminfektion ausfiel, sprang über 4 x 100 m Freistil André Schadt (Darmstadt) ein und verlor keinen Zentimeter.

Die DSV-Mannschaften hielten in Sofia zusammen wie Pech und Schwefel und trieben derart Schabernack, daß sie stets in bester Laune ins Wasser sprangen. Der Hamburger Alexander Schowtka hatte sich einen grimmig blickenden Hai auf die Brust malen lassen, Michael Groß und Rolf Beab trugen das FRG für Bundesrepublik Deutschland.

Alle hatten sie schwarze Ränder um die Augen geschminkt. Furchterregend einerseits, zum Lachen andererseits. Groß platzte heraus: „Das ist der tiefere Sinn des Lebens, und daß es wirkt, hat man ja gesehen." Brustschwimmer Rolf Beab hatte sein Baby nach der Lagenstaffel nicht mit auf das Medaillen-Treppchen genommen. „Den Sprößling nehme ich zur Musik nur bei Einzelrennen mit, bei Staffeln wird er unruhig wegen der vielen Leute auf dem Podest", scherzte er.

In Anbetracht der Erfolge in Sofia, mit 13 Medaillen (sechs Gold, drei Silber und vier Bronze) und 36 Finalplätzen aus 30 Wettbewerben, kommt nur ungeteilte Freude auf. Präsident Harm Beyer: „An diesem Erfolg gibt es gar nichts zu rütteln. Und ich freue mich riesig, daß meine persönlichen Erwartungen bei weitem übertroffen worden sind." Schwimmwart Jürgen Kozel sieht sich in seiner Planung bestätigt – durch Sofia und auch vorher schon durch die Jugend-Europameisterschaft in Genf. „Um unseren Schwimmsport, auch im Juniorenbereich, ist es besser bestellt, als selbst ich es für eine nacholympische Saison erwartet habe."

(sid/dpa)

Kabarettist und Kinderonkel vom Dienst: Der Schauspieler Klaus Havenstein

# Aus dem Krieg in die „Kleine Freiheit"

Zum Theater zog's ihn schon immer, aber damals, nach dem Krieg, war an so etwas nicht zu denken, da ging es erst einmal um Butter und Backsteine. Die aus der Gefangenschaft zurückgekehrten Mimen suchten Arbeit wie alle anderen auch und fanden – wenn sie Glück hatten – die großen Bretter, die die Welt bedeuten, oder ein kleines „Brettl", das eine kleine Welt bedeutete. Klaus Havenstein, Jahrgang 1922, hatte Glück: er fand zwei Tage nach seiner Entlassung aus der Gefangenschaft in Garmisch-Partenkirchen eine Anstellung am dortigen Theater.

Er hatte zwar auf Wunsch der Eltern Einzelhandelskaufmann gelernt, neben dem Beruf aber eine private Schauspielausbildung absolviert. Doch der Krieg machte dem Eleven Havenstein, Mitglied des Harburger Stadttheaters, zunächst einmal einen Strich durch die Rechnung, nachdem er gerade zuvor die Kaufmannsschürze mit dem Bühnenleben vertauscht hatte.

„Wenn ich ehrlich bin, war ich zunächst glücklich, Soldat zu werden. Ich war ein Junge, der begeistert war vom ganzen Drum und Dran. Ich bin dann während des Krieges eines Besseren belehrt worden, weil ich nämlich keinen bequemen, sondern einen knallharten Posten hatte: Ich war vorgeschobener Beobachter bei einer Artillerie-Einheit. Die Menschen meiner Generation sind aufgewachsen unter vollkommen falschen Voraussetzungen. Man hat alles, was an uns herangetragen wurde, geglaubt. Erst an der Front habe ich gelernt, was Menschen mitmachen müssen und was sie nicht mitmachen dürfen."

Diese Kriegserlebnisse erklären, warum sich Havenstein nach anfänglichen Film- und Theatererfolgen vom Brettl-Milieu angezogen fühlte. Er wollte seine leidvollen Erfahrungen an Otto Normalverbraucher weitergeben. „Ich spielte zunächst am Kabarett die ‚Kleine Freiheit' bei Trude Kollman. Klauspeter Schreiner und Dieter Hildebrandt hatten mit Sammy Drechsel das Münchner Studentenkabarett ‚Die Namenlosen' gegründet, das 1956 nach einem Eklat die Pforten schloß. Sammy wollte aber in dieser Richtung weiterarbeiten. Ihm schwebte ein Kabarett der

**Die Montagsmaler – ARD, 20.15 Uhr**

großen vier ‚Hs' vor: Ursula Herking, Dieter Hildebrandt, Oliver Hassencamp und Klaus Havenstein. Doch die Herking und Hassencamp wollten zunächst nicht mitmachen. Ich hatte der ‚Kleinen Freiheit' gerade ade gesagt und wollte wieder Theater spielen. Da hat der Sammy uns alle dermaßen beschwätzt nach dem Motto: Wenn du mitspielst, spielt auch die Herking mit und umgekehrt, daß ich gesagt habe, na gut, die drei Wochen die das neue Kabarett ‚Lach- & Schießgesellschaft' besteht, ehe es pleite macht, also die halte ich auch noch durch".

**Vom Kaufmann zum Kabarettisten: Klaus Havenstein** FOTO: F. TIMPE

Hier irrte Havenstein. Aus den drei Wochen wurden 16 Jahre. Ihr Stilvorbild des quasi privaten Understatements auf der Bühne wirkte spürbar erfrischend auf das Publikum. Und durch das inzwischen eingebürgerte Fernsehen erlebten die „Lach & Schießer" eine bis dahin unbekannte Breitenwirkung.

1972 löste sich die „L & S"-Truppe auf, weil man erkannt hatte, daß man im gesetzten Alter gewissermaßen zum Establishment gehört und keine harte Sozialkritik mehr verkaufen kann. „Wir hörten auf, weil wir alle Formen, die wir typenbezogen darstellen konnten, schon gespielt hatten. Jeder von uns hat seinen eigenen Weg gefunden."

Havenstein fühlte sich damals wie heute dem Theaterspiel zugeneigt. Deshalb unterbrach er auch als einziges „L & S"-Mitglied für zwei Jahre die Kabarettlaufbahn. Neben Fernseh- und Kinofilmen sah und hörte man ihn als Kinderonkel vom Dienst seit 1950 beim Bayerischen Rundfunk. „Sport, Spiel, Spannung", 250 Folgen „Eremias Schumpelhut" und die Tatsache, daß er seit 15 Jahren die Kinderseite einer Programmzeitschrift betreut, zeigt, wie sehr ihn nicht nur der eigene Nachwuchs am Herzen liegt.

Für Unicef nimmt er heute an der „Montagsmaler"-Runde von Sigi Harreis teil und wird bei der ins Haus stehenden Funkausstellung mit einem Doppeldeckerbus fürs Kinderprogramm durch die ARD-Lande fahren, allen Theaterverpflichtungen zum Trotz. Havenstein hat vielleicht gerade deshalb ein Herz für Kinder, weil er selbst eine zerbombte Jugend erleben und erleiden mußte.

ROLF PETERS

## KRITIK

### *Verschwiegene Seltsamkeiten*

Die gewohnte Mischung aus Schlampigkeit und Voreingenommenheit prägte die ARD-Sendung **Verrat ohne Verräter**. Strauß stand im Vordergrund und die Frage, ob er Rache geübt habe wegen der jahrelangen „Spiegel"-Kampagne gegen ihn. Nur am äußersten Rande wurde kurz angedeutet, daß die Bundesanwaltschaft 1962 das „Spiegel"-Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet hatte; völlig ohne jede Einflußnahme von Strauß.

Unerwähnt blieben Seltsamkeiten wie etwa der Meinungswandel des Senatspräsidenten am Bundesgerichtshof, Heinrich Jagusch, nachdem von „Spiegel"-Seite nach seiner NS-Vergangenheit angefragt worden war. Das Scheitern des Justizministers Stammberger kam zur Sprache, aber ohne Hinweis auf die ihn belastenden Akten, die zur Umgehung Stammbergers führten – man hatte befürchtet, er werde aus Angst vor dem „Spiegel" diesen warnen.

Über die beim „Spiegel" gefundenen Dokumente erfuhr man auch nichts. Dafür gab es Klagen, daß heute Blätter wie „Spiegel" und „Stern" unangetastet blieben, die „Kleinen" dagegen (linksextreme Stadtzeitungen usw.) noch mit Durchsuchungen und Beschlagnahmen rechnen müßten. Aber auch das war damals nicht anders. Als vor zwei Jahrzehnten in Berlin die Polizei ein Wochenblatt stürmte, weil es Peinliches über die Vergangenheit des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt enthüllte, regte sich kaum jemand auf.

ENNO v. LOEWENSTERN

### *Jeder kriegt sein Fett ab*

Ciao, ciao, Eckernföööhrde", barmt die Tingelband; der Drummer hat sich in sein Schweigegelübde verkrochen, bis der große Starerfolg kommt. Sein Kumpel, der Keyboarder, hat ständig dämliche Sprüche drauf, sieht aus wie ein Schmerbauch-Buffalo-Bill und gerät mit Trommler Bum-Bum in ein Tohuwabohu mit den zum Teil ulkigsten Verwicklungen. Drei Musiker der „Diamonds"-Band knacken eine Bank und verstauen die Beute in Bum-Bums (Tilo Prückner) Baßtrommel, ohne daß der's weiß. Tilo und Keyboard-Kumpel Diether Krebs werden gekündigt, landen frustriert am Bodensee in einem heruntergekommenen Hotel, wo sie einen Marathon-Musikrekord brechen sollen und die Moneten unterm Trommelfell entdecken ...

**Sterne fallen nicht vom Himmel** hieß Walter Kärgers ZDF-Blödelorgie, in der jede Menge TV-Größen ihr Fett abkriegten. Kurt Weinzierl mimt hier einen belämmerten Kellner, Uwe Dallmayr als göttlich dröger Zimmerwirt schmeißt das Trio musicale 'raus, und am Ende landet ein eitler Ronnie von der Pop-Show mitten im Bodensee.

Ralph Siegel, Hugo Marschall, Sammy Davis und Vico Torriani – hier wird das ganze Showbusiness so überdreht veralbert, daß kein Auge trocken bleibt. Wer Klamauk wollte, bekam ihn, aber schön durchsetzt mit jeder Menge flotter Gags.

ALEXANDER SCHMITZ





III.

## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

**10.00 heute**
**10.05 U 4000 – Panik unter dem Ozean**
**11.35 Es ist angerichtet (10)**
**12.10 Kontraste**
**12.55 Presseschau**
**13.00 heute**

### ARD

**15.00 Fury**
**15.25 Fauna Iberica**
**15.50 Wolff und Rüffel**
**16.00 Tagesschau**
**16.10 Doctora**
Als Ärztin bei den Indianern in Bolivien
**16.55 Spaß am Dienstag**
**17.20 Da schau her!**
**17.50 Tagesschau**
Dazw. Regionalprogramme
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Die Montagsmaler**
**21.00 Report**
Keine Arbeitskräfte trotz Arbeitslosigkeit – Die vergeblichen Bemühungen des Betonunternehmers S. / Kleine Schritte – Eine deutschlandpolitische Bilanz am 13. August / 400 000 „Brüder" – Die sowjetischen Streitkräfte in der „DDR" / Hundekämpfe in Deutschland
Moderation: Günther von Lojewski
**21.45 Magnum**
Schwarzer Spiegel (2)
**22.30 Tagesthemen**
**23.00 Kulturwelt**
So machen's nicht alle ...
Ruth Berghaus inszeniert „Cosi fan tutte"
**0.00 Tagesschau**

### ZDF

**15.00 heute**
**15.05 Fenn – Hong Kong Pfui**
**15.30 Ferienkalender**
**16.05 Anna und der König von Siam**
**16.30 Der Wunschfilm für Kinder**
**17.00 heute / Aus den Ländern**
**17.15 Tele-Illustrierte**
**17.50 Das Haus am Eaton Place**
Dazw. heute-Schlagzeilen
**19.00 heute**
**19.30 Schatten des Ruhmes**
Fernsehfilm von Léonard Keigel
**21.00 Tierporträt**
**21.15 WISO**
EG-Agrarpolitik: Warum britische Bauern lieben, was deutsche ärgert / Arzneimittel-Therapie: Preisgünstig und trotzdem gut – Modellversuch „Wirkstoffe" im Landkreis Northeim / Tip: Nach dem Schlußverkauf – Umtausch wirklich ausgeschlossen?
Moderation: Hans-Ulrich Spree
**21.45 heute-journal**
**22.05 Filme von Frauen**
Die Kraft der Liebe
Belgisch-schweizerischer Spielfilm (1981)
**23.20 Ratschlag für Kinogänger**
„Susan ... verzweifelt gesucht"
**23.25 Zeugen des Jahrhunderts**
Ernst von Siemens
**0.25 heute**

### III.

**WEST**
**18.30 Das feuerrote Spielmobil**
6. Ich bring' den Karl mal mit!
**19.00 Aktuelle Stunde**
**19.45 Fensterprogramme der Landesstudios**

**NORD**
**18.30 Das feuerrote Spielmobil**
**19.00 Rockpalast**
Mit den „Dissidenten" und dem Duo Stanley Clarke/Miroslav Vitous

**HESSEN**
**18.30 Das feuerrote Spielmobil**
**19.00 Nirgendwo ist Poenichen (21)**
1946/47 – Abschied von Eyckel
**19.30 Nirgendwo ist Poenichen (22)**
1947/48 – Lenchen Priebe von Jadow

*Gemeinschaftsprogramm:*

**WEST / NORD / HESSEN**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Wanderungen durch die DDR**
Die Insel Rügen
**21.00 Rückblende**
Seit 25 Jahren auf dem Markt: Die Pille
**21.15 Und er nahm mich bei der Hand**
Fernsehfilm nach dem Roman „Among the cinders" von Maurice Shadbolt
**22.55 Reisewege zur Kunst**
Türkei (1)
**23.40 199. NDR-Jazzkonzert**
Mit der Jazz-Sängerin Betty Carter
**0.30 Letzte Nachrichten**

**SÜDWEST**
**19.25 Nachrichten**
**19.30 Die Sprechstunde**
**20.15 Von Menschen und Steinen**
Walter Ott und der Judenfriedhof von Buttenhausen
**21.00 Der Fall Paradin**
Amerikanischer Spielfilm (1947)
**22.50 Christliche Kunstwerke in Baden-Württemberg**
**23.05 Nachrichten**

**BAYERN**
**18.45 Rundschau**
**19.00 Keine Schonzeit für Blondinen**
Italienischer Spielfilm (1957)
**20.35 Die schönsten Fabeln der Welt**
**20.45 Die Sprechstunde**
**21.30 Rundschau**
**21.45 Vergiftete Stadt: Bhopal**
Filmtagebuch einer Katastrophe
**22.30 Z. E. N.**
**22.35 Im Gespräch**
Wem die Überstunde schlägt
**23.20 Rundschau**

### SAT 1

**13.30 Solid Gold**
**14.00 Big Valley**
**15.00 Black Beauty**
**15.30 Musicbox**
**16.30 Marco**
**17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch**
**18.00 Alle meine Lieben**
oder Regionalprogramm
**18.30 APF blick**
**18.45 Ein Herr aus besten Kreisen**
Französischer Spielfilm (1962)
Mit Jean Gabin u. a.
**20.30 Kulturmagazin**
Kino – Der letzte Ort der Freiheit / Kinokrise – nicht für alle Kinos / Bericht von den 12. Hamburger Kinotagen
**21.30 APF blick**
**22.15 Die siebente Nacht**
Amerikanischer Spielfilm (1954)
**23.45 APF blick:**
Letzte Nachrichten

### 3SAT

**18.00 Bilder aus der Schweiz**
**19.00 heute**
**19.30 Verlust der Tradition: Die Gründerzeit**
**20.30 Alle Hunde lieben Theobald**
**21.15 Zeit im Bild 2**
**21.45 Club 2**
Anschl. 3SAT-Nachrichten

# Reagan will auch über Menschenrechte sprechen

## Washington und Moskau stimmen Genfer Themen ab

FRITZ WIRTH, Washington

Washington und Moskau haben sich auf eine vorläufige Tagesordnung für das Treffen zwischen Kreml-Chef Michail Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan im November in Genf geeinigt. Das gab der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, auf dem Flug des Präsidenten zu seinem Urlaubsort in Kalifornien bekannt.

Hauptthemen werden dabei, wie erwartet, die Rüstungskontrolle, die bilateralen Beziehungen und regionale Probleme wie Afghanistan, die Lage im Nahen Osten und in Mittelamerika sowie die Situation in Südafrika sein. Speakes kündigte an, daß Reagan entschlossen sei, die Verletzung der Menschenrechte und vor allem die Behandlung der Juden und Dissidenten in der Sowjetunion zu einem Thema zu machen, obwohl Moskau sich mit hoher Wahrscheinlichkeit weigern wird, dies als offiziellen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Insgesamt sind an den beiden Konferenztagen neun Stunden für direkte Gespräche vorgesehen. Dazu wird es mehrere Begegnungen und Gesprächschancen der beiden Regierungschefs bei offiziellen Empfängen und Abendessen geben. Die vorläufige Tagesordnung für Genf ist kürzlich von den Außenministern George Shultz und Eduard Schewardnadse in Helsinki vereinbart worden.

Reagan und Gorbatschow werden die Gespräche in Genf am 19. November mit einem allgemeinen Meinungsaustausch beginnen. Wie aus dem Weißen Haus zu erfahren ist, will der Präsident die Gelegenheit nutzen, den Kreml-Chef zu überzeugen, daß die USA keine feindseligen Gefühle und Absichten gegenüber der Sowjetunion hegen. Die Sowjetunion sei eine große Macht und brauche nicht zu fürchten, daß die Vereinigten Staaten versuchten, das zu ändern, sie zu stürzen oder ihr System grundsätzlich zu verändern. Zugleich beabsichtige Reagan jedoch, auf die Gefahren und Risiken des unverändert andauernden direkten und indirekten sowjetischen Expansionismus in Asien, Mittelamerika und Afrika hinzuweisen.

Auf die Frage, ob die Sowjets dieses Treffen zu einem politischen Public-Relations-Unternehmen machen könnten, antwortete Speakes: „Das Treffen ist viel zu wichtig und ernst, um es für solche Tricks zu mißbrauchen."

Es fällt auf, daß die amerikanische Seite bei der Beschreibung des Genfer Treffens bisher den Terminus „Gipfel" sorgfältig vermieden hat. Das läßt den Schluß zu, daß Washington dieser Begegnung zwar große Bedeutung beimißt, in den entscheidenden Fragen aber noch keine Durchbrüche oder entscheidungsreife Abmachungen erwartet. Die USA betrachten Genf offensichtlich als eines von mehreren Treffen zwischen den beiden Regierungschefs und hoffen, daß das Treffen dazu dient, das Eis für einen mehr oder minder regelmäßigen Dialog zu brechen. „Wir fahren nach Genf, um eine Tagesordnung für die Zukunft zu finden, in der unsere beiden Länder zusammen arbeiten und leben können", erklärte Speakes.

Präsident Reagan betrachtet dies als das zentrale außenpolitische Thema und Ziel seiner zweiten Amtszeit. Von seinen Beratern hat er umfangreiche Unterlagen in seinen 23tägigen Urlaub, den er am Sonntag in Kalifornien angetreten hat, erhalten, um sich auf das Genfer Treffen vorzubereiten.

# Ministerpräsident González sorgt für Konflikte mit seiner eigenen Partei

## Ferienfahrt auf Franco-Yacht kommt Ideologen gelegen / Beliebtheitskurve gesunken

ROLF GÖRTZ, Madrid

Spaniens Sozialisten rütteln an ihrer Galionsfigur, Kabinetts- und Parteichef Felipe González. Trotz schärfster Kritik aus den eigenen Reihen schiffte sich González mit seiner Familie zu Ferienbeginn auf der Staatsyacht „Azor" ein, einst ein Symbol der Franco-Ära. In der Zeitung „El Pais", gewöhnlich der sozialistischen Regierung nahestehend, genauer besehen aber nur mit dessen linkem Flügel verwandt, erschien eine bissige Karikatur: Ein Schiff nähert sich dem Hafen. Auf der Pier wartet ein Bischof in vollem Ornat, hinter sich ein von Meßdienern getragener Baldachin. Nicht einmal der Name des Schiffes steht auf dem Bug. Und trotzdem weiß jeder, daß die „Azor" gemeint ist, die Staatsyacht des vor zehn Jahren verstorbenen Diktators Franco.

### Höhepunkt des Felipismo

Jetzt fehlt nur noch, daß González, wie früher der Diktator, unter einem Baldachin in die Kathedrale einzieht, will die Karikatur sagen. Eine mittelmeerische Polit-Tragödie bahnt sich an, in Anlage- und Konfliktentfaltung den klassischen Stoffen nicht unähnlich. Felipe González, der sozialistische Regierungs- und Parteichef, wollte seinen Anhängern und Gegnern nur anzeigen: Jetzt bin ich der Herr im Hause, und dazu gehört auch eben die Staatsyacht. Höhepunkt des Felipismo. Spaniens Sozialisten – wohlgemerkt nicht die 110 000 in Staat, Ländern und Gemeinden aufgerückten „hohen Autoritäten", wie sich auch die Amtsträger aus den Reihen der PSOE nennen lassen –, sondern die Ideologen und das nicht am Kuchen beteiligte Parteivolk sehen in derartigen Gesten einen Verrat an ihren Idealen, zu denen noch bis vor kurzem der Klassenkampf gehörte. Noch nie war die Beliebtheitskurve dieses Chefs so tief gesunken wie jetzt.

González und ein Teil seiner Führungsmannschaft wußten schon vor ihrer Wahl, daß ihre marxistischen Ideale sich in der Regierungspraxis als hoffnungslos utopisch erweisen. „Die kapitalistische Marktwirtschaft ist immer noch das geringere Übel", meinte González. Tatsächlich unterscheidet sich die von ihm unterstützte Wirtschaftspolitik in ihren monetären Hauptlinien nicht von der einer konservativen Regierung. Allerdings, als jetzt der Unternehmerdachverband (zwei Millionen Mitglieder) verlangte, in der gleichen Weise wie die sozialistischen Gewerkschaften an der Vorbereitung zum EG-Beitritt beteiligt zu werden – schließlich wurde hierzu der Wirtschafts- und Sozialpakt geschaffen –, gab González schroff zurück: Die Unternehmer sollen keine Politik machen.

### Eigene Unfehlbarkeit

„Das ist der Stil südamerikanischer Bananenrepubliken", konterte Verbandschef Cuevas und traf mit diesem gewiß übertriebenen Vergleich einen Wesenskern der sozialistischen Regierungsführung. Welcher Kurs auch anliegt, er wird kraft eigener Machtentfaltung gesteuert. Nicht eine Meile will man dem freien Spiel jener Kräfte überlassen, wie sie in älteren Demokratien Westeuropas zusammen- und gegeneinander wirken.

In der Meinung von der Unfehlbarkeit ihrer Entscheidungen ähnelt die sozialistische Regierung durchaus dem autoritären Stil der Vergangenheit. Das krasseste Beispiel dafür lieferte die Schulreform mit dem marxistisch orientierten Ziel, den Einfluß der Religion auf die Erziehung abzubauen. Der wahrlich massenhafte Protest der Eltern einer immerhin zu 90 Prozent katholischen Bevölkerung wurde mit dem einzigen Argument ignoriert: „Hier gibt es keine andere Mehrheit als die der Sozialisten im Parlament!"

### Wirtschaft verunsichert

Nach der jüngsten Regierungsumbildung aber mehren sich die Anzeichen, wonach man auch auf anderen Gebieten mehr „Sozialistisches" vorweisen möchte, selbst gegenüber der bisher von González abgeschirmten, nach dem Rückzug des Superministers Boyer aber geschwächten Wirtschaftspolitik. Cuevas sprach es offen aus: Felipe González, der an bisherigen Zielen der Wirtschaftspolitik festhalten will, soll von der linken Parteihälfte isoliert werden. Und der „Azor"-Trip kommt den Ideologen durchaus gelegen.

1986 ist Wahljahr, und was die Sozialisten offenbar am meisten fürchten, ist nicht so sehr der Verlust der absoluten Mehrheit im Parlament – dagegen baut man seinen liberalen Partner Adolfo Suárez auf. Vielmehr fürchtet man offensichtlich den Vorsprung der kommunistischen Gewerkschaften Comisiones Obrera bei den Syndikatswahlen. Die Rivalität zwischen kommunistischen und sozialistischen Gewerkschaften aber verunsichert wiederum die Wirtschaft, hält sie von der so sehr von der Regierung erhofften Investition ab – Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen für das inzwischen auf drei Millionen angewachsene Heer der Arbeitslosen. (SAD)

# „DDR"-Sperriegel bleibt weiter kaum überwindbar

## Neuer Grenzraum kann auch nicht „untergraben" werden

F. DIEDERICHS, Berlin

Seit dem Mauerbau am 13. August 1961 haben 184 Deutsche ihr Leben bei dem Versuch verloren, in den freien Teil Deutschlands zu fliehen. In einer Pressekonferenz anläßlich des 24. Jahrestages des Mauerbaus teilte die „Arbeitsgemeinschaft 13. August" gestern in Berlin mit, das „DDR"-Grenzsicherungssystem zur Bundesrepublik sei trotz des vollständigen Abbaus aller Selbstschußanlagen weiter perfektioniert worden. Auch habe weiterhin der Schießbefehl an die Grenzsoldaten Bestand, nach der „Grenzverletzer aufzuspüren, festzunehmen oder zu vernichten" seien.

Der 165 Kilometer lange Sperriegel zu West-Berlin und das „DDR"-Grenzsicherungssystem zum übrigen Bundesgebiet gilt nach Berichten von geflüchteten „DDR"-Volksarmisten insbesondere auch durch die Installation eines neuen Grenzsignalzauns weiterhin als kaum überwindbar. Der neu entwickelte Grenzzaun mit der Bezeichnung „GSSZ 80" sei mit Betonplatten im Boden verankert und könne kaum untergraben werden. Jedes Berühren des Zauns löse sofort Alarm aus, so daß die Überwindung des Hindernisses schneller geschehen muß als das Herannahen der Grenzposten. Der Abbau der Selbstschußanlagen ist nach Berichten geflüchteter „DDR"-Grenzsoldaten im Schulungsunterricht für die „Nationale Volksarmee" damit begründet worden, es handele sich „um ein Zugeständnis der DDR gegenüber der Weltöffentlichkeit", auch im Hinblick auf die KSZE-Konferenz. Bis heute sei deshalb auch ein Großteil der Minen aus dem „Todesstreifen" an der innerdeutschen Grenze entfernt worden.

Seit dem 13. August 1961 gelang bis zum heutigen Tag 197 142 Personen die Flucht. Darunter befanden sich 38 920 sogenannte „Sperrbrecher", die die Grenzanlagen unter Gefahr für Leib und Leben überwinden konnten. Die Zahl der politisch Verurteilten in der „DDR", die später von der Bundesrepublik freigekauft wurden, ist in den ersten sieben Monaten dieses Jahres weiter gestiegen. So wurden 1282 politische Gefangene freigekauft, während es im Vorjahreszeitraum 1234 Personen waren. 1983 hatte diese Zahl lediglich 504 Personen betragen. Die Zahl der politischen Häftlinge in der „DDR" ist nach westlichen Erkenntnissen in den letzten zwei Jahren von 5000 auf rund 9000 gestiegen.

Legal ausgesiedelt wurden seit dem Mauerbau 312 393 Personen, davon 8438 in den ersten sieben Monaten dieses Jahres. Diese Zahl bedeutet gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1973 bis 1983 nahezu eine Verdoppelung. Wie 1984, wo insgesamt 34 982 „DDR"-Bewohner in den freien Westen übersiedeln konnten, kamen in diesem Jahr größtenteils jüngere und qualifizierte Personen in den Westen, die zuvor jahrelang auf ihre Ausreise gewartet hatten.

Wie konsequent die „DDR"-Grenztruppen den Schießbefehl immer noch anwenden, dokumentiert die Flucht des 18jährigen Georg-Stephan Schmutzenhofer, der vor vier Wochen (die WELT berichtete) nach West-Berlin fliehen konnte. Er schilderte gestern Einzelheiten seines dramatischen Unternehmens und betonte, „DDR"-Grenzsoldaten hätten zweimal auf ihn ohne Anruf gefeuert, nachdem er bereits das letzte Grenzhindernis erreicht hatte.



**Sie suchen neue Märkte. Wir helfen Ihnen dabei.**

Neue Märkte sind oft komplizierte Märkte, da sie eigenen Gesetzen unterliegen. Wir wollen Ihnen dabei helfen, alle Chancen auszunutzen, die Export- und Importgeschäfte bieten. Wir verfügen nicht nur über eine jahrzehntelange Erfahrung auf diesem Gebiet, sondern wir waren auch bei der Gründung von SWIFT – dem weltweiten EDV-Zahlungssystem – dabei. In aller Welt sind unsere Korrespondenzbanken anzutreffen. Unsere Erfahrung reicht von der Vermittlung geeigneter Handelspartner über Export- und Importfinanzierungen bis hin zur intensiven Beratung bei Fragen der Zahlungssicherung und -abwicklung. Nutzen Sie deshalb die Marktkenntnisse der Sparkassen und Landesbanken. Fordern Sie uns – weltweit.

Sprechen Sie mit unserem Geldberater über Ihre Chancen im Außenhandel.






# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## *Klare Tendenz*

„Bürgerliche Gesittetheit"; WELT vom 2. August

*Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,*

beim Lesen der zaghaft-optimistischen Beurteilungen der Reaktionen des DGB durch Sie drängt sich immer wieder der Gedanke auf, daß hier sprichwörtlich der „Wunsch der Vater des Gedankens" ist.

Ich möchte einmal behaupten, daß dies eintreten wird, was allgemein befürchtet wird, und nicht dies, was gehofft wird. Der DGB wird im Herbst dieses Jahres zu massiven Aktionen gegen die Bundesregierung aufrufen und schlimmer, er wird im nächsten Jahr mit der Parole „wählt einen besseren Bundestag" marschieren.

Wir können und dürfen doch nicht einfach aus dem Zusammenhang genommene Sätze einzelner Funktionäre nehmen, um etwas Positives zu entdecken. Im Zusammenhang ist es doch wesentlich klarer: Der DGB hat der „Wenderegierung" den Kampf angesagt.

Sie können nicht erwarten, daß eine aus SPD-Mitgliedern bestehende Führungselite des DGB vergißt, daß DGB und SPD als „Kinder einer Mutter" auch eine gemeinsame Aufgabe haben.

*Mit freundlichem Gruß*
*Detlef Lutz,*
*stellv. Bundesvorsitzender, Christl. Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie*
*Essen*

## *Ohne Regeln*

„Das Märchen von der Legasthenie"; WELT vom 27. Juli

Die Feststellungen von Frau Dehn bedürfen meines Erachtens der Erklärung, daß heutige Schüler, besonders Grundschüler, zum Wort (als geistiger Gegebenheit) überhaupt kein Verhältnis mehr haben. Sie lehnen es ab, überhaupt über die Rechtschreibung nachzudenken, wenn sie schreiben, und dies wiederum erfolgt durch das viele Fernsehen.

Die Aufforderung: „Du darfst nicht schreiben, wie du sprichst" ist sinnlos, wenn keine Regeln gelernt werden. In den 30er und 40er Jahren wurde die Generalregel nach meiner Erinnerung vom Lehrer nie in den Mund genommen.

*W. R. Thorwirth,*
*Gummersbach*

## *Falscher Name*

„Die Rache des texanischen Millionärs"; WELT vom 6. August

Die größte Fälschung des angeblichen Elmyr de Hory war seine erfundene, zusammengebastelte, usurpierte Identität, da er weder ein „Hory", noch ein „de", noch weniger ein „Elmyr" war. In Ungarn gibt es keinen Vornamen „Elmyr", höchstens nur einen schlichten „Elemér".

Mir ist es vollkommen unverständlich, warum der zweifellos geniale Bildrestaurator Elemér Hoffmann ein internationaler Hochstapler und Schwindler geworden ist. Ein derart talentierter Maler, der ein Bild von Picasso, Modigliani, Degas usw. so täuschend nachahmen konnte, daß zum Beispiel Picasso einmal, als ihm zwei Dutzend „Picassos" vorgelegt worden sind, seine echten Arbeiten von den Fälschungen nicht einwandfrei trennen konnte.

Fehlte Hoffmann eventuell der Mut zur Originalität?

Was mich irritiert: Warum wird ein großer, internationaler Gauner, der enthüllt wurde, weiterhin mit dem Namen einer anständigen Familie dekoriert und aufgewertet? Auch in Ihrer Zeitung?

*Ladislaus Hory,*
*Innsbruck*

## *Im alten Saft?*

„Fusionspläne in NRW grenzen an Wahnwitz"; WELT vom 7. August

Die Fusion muß kommen, und dies möglichst schnell, damit die CDU sich endlich den Inhalten zuwenden kann. Es bremsen einige Funktionäre, die um ihre Posten in Bonn bangen (Reserveliste für 1987!), geführt von einigen Hauptamtlichen der Parteibürokratie.

Herr Vogt (CDA-Vorsitzender in der CDU Rheinland) hat seine persönliche Meinung geäußert. Dies kann nicht die Meinung des Landesvorstandes der CDA sein, denn der tagt erst Ende August 1985 – und dies in einer so wichtigen Frage!

Eine „Konföderation" von Rheinland und Westfalen hat es bereits gegeben – sogar mit eigener Geschäftsstelle. Sie ist gescheitert. In Wirklichkeit will man im alten Saft weiter vor sich hin schmoren.

Wie soll es unterhalb der Landesebene aussehen? Es ist doch erstaunlich, daß es für die CDU in Deutschland überall dort bessere Wahlergebnisse gibt, wo die Vereinigungen nicht so dominant sind wie im Rheinland, und überall dort, wo die Bezirke nicht so stark sind wie in Westfalen.

Wer darüber hinaus die Reibungsverluste zwischen den beiden CDU-Parteien in NRW in den letzten zehn Jahren erlebt hat, wer weiß, daß die CDU-Landesfraktion nach der Wahlniederlage vom 12. Mai neben dem Vorsitzenden zunächst einen rheinischen und einen westfälischen Sprecher gewählt hat, wer weiß, daß die CDU aus NRW auf Bundesparteitagen 40 Prozent der Delegierten stellt und, weil gespalten, kaum Verhandlungspartner ist, wer weiß, daß die NRW-Bundestagsabgeordneten der CDU in Bonn zwei Gruppen bilden (und dort deshalb ebenfalls praktisch keine Rolle spielen), der muß sich über die Serie von Niederlagen der CDU in NRW seit 20 Jahren nicht verwundern.

*Klaus Möltgen, CDA-Mitglied*
*Kreisvorsitzender der CDU Mülheim-Ruhr*
*Mülheim*

## Wort des Tages

» Es macht den Wert und das Glück des Lebens aus, in etwas Größerem aufzugehen, als man selbst ist. «

Teilhard de Chardin; franz. Theologe und Wissenschaftler (1881–1955)

# Personalien

## GEBURTSTAG

Der evangelische Theologe und Publizist **Eberhard Stammler** feiert morgen in Stuttgart seinen 70. Geburtstag. Bis 1983 war Stammler Chefredakteur der in Stuttgart erscheinenden Monatszeitschrift „Evangelische Kommentare". Er ist Mitglied des epd-Kuratoriums sowie des Vorstandes des Gemeinschaftswerkes der Evangelischen Publizistik in Frankfurt am Main und gehört zu den Gründern der Christlichen Presse-Akademie. Der in Ulm geborene Publizist war außerdem Sprecher des Beirates für Innere Führung beim Bundesverteidigungsministerium und 14 Jahre lang Vorsitzender der „Selbstkontrolle der illustrierten Zeitschriften".

## AUSZEICHNUNG

Der Generaldirektor und Vorstandsvorsitzende der Continental-Versicherungsgruppe und der Europa-Versicherungen, Dr. **Heinz Bach** aus Dortmund, ist in Anerkennung der von ihm erbrachten besonderen Leistungen in der Versicherungswirtschaft mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident **Johannes Rau** würdigte bei der Überreichung der Auszeichnung vor allem die Verdienste, die sich Bach um die private Krankenversicherung, und dort insbesondere bei der Verabschiedung der neuen Gebührenordnung für Ärzte, erworben hat.

## STIPENDIUM

Das diesjährige Albert-Steeger-Stipendium, das an den früheren Leiter des Landschaftsmuseums Burg Linn in Krefeld erinnert, hat der Kulturausschuß des Landschaftsverbandes Rheinland Dr. **Georg Cornelissen** (30) aus Bonn zuerkannt. Cornelissen, der die niederrheinischen Sprachverhältnisse in den vergangenen zwei Jahrhunderten zwischen der niederländischen und deutschen Hochsprache erforscht hat, teilt sich das mit insgesamt 10 000 Mark dotierte Stipendium mit dem Krefelder Naturforscher Dr. **Josef Klostermann** (34). Der Krefelder widmete sich der Entstehung und Gliederung geologischer Schichten am Niederrhein.

## UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Klemens Heumann**, Professor für das Fachgebiet Grundlagen der Elektrotechnik – Leistungselektronik im Fachbereich 19 Elektrotechnik der TU Berlin, ist auf einer Tagung der Power Electronics Specialists Conference in Toulouse der William E. Newell Power Electronics Award verliehen worden. Professor Heumann ist der erste Europäer, der diesen Preis, der jährlich für überragende Leistungen und Verdienste auf dem Gebiet der Leistungselektronik verliehen wird, erhalten hat.

## Goldrausch-Kater

**Wb.** – Der Kontrast sticht ins Auge: Während weite Teile der amerikanischen Mikrocomputer-Industrie mit Kurzarbeit, Werksschließungen und wachsenden Quartalsverlusten Schlagzeilen machen, gibt es in derselben Branche Unternehmen, deren Umsatz- und Gewinnkurven weiter steil steigen. Das deutet schon darauf hin: Die Computer-Krise trifft nicht alle Marktsegmente gleichermaßen.

Ein dicker Strich durch die Rechnung wurde vor allem jenen Unternehmen gemacht, die sich im reinsten Goldrausch auf den scheinbar boomenden Markt der Personal-Computer stürzten. Ihre Strategen starrten wie gebannt nur auf die steilen Absatzkurven der Startphase und extrapolierten sie bedenkenlos und ohne den Markt tiefer zu ergründen.

Hunderte kleiner Unternehmen – ein guter Teil des hierzulande so gern als Musterbeispiel präsentierten Silicon Valley – versuchten, sich ihr Stück vom großen Kuchen zu sichern. Aber auch alteingesessene Großfirmen setzten voll auf Expansion. Gewaltige Kapazitäten waren die Folge. Und dem Goldrausch folgte der Kater, als das Wachstum den Prognosen nicht mehr folgen mochte, weil der Verbraucher des neuen Spielzeugs schon müde wurde.

Besser haben diejenigen abgeschnitten, die ihre Märkte sorgsam aussuchten. Im professionellen Geschäft der kommerziellen Computer rund um die IBM-Welt gab es zwar kein so steiles, aber ein einigermaßen stetiges Wachstum, das auch noch anhalten soll. Hier geht es nach wie vor normal zu – die Krise der anderen ist nichts als eine Rückkehr zur Normalität.

## Symbolisch

**J. Sch.** (Paris) – Daß ein Staatsunternehmen ein anderes vor den Kadi zitiert, hat Frankreich bisher wohl noch nicht erlebt. Notfalls wandte man sich an die Regierung. Aber die Carbonnages de France (CdF) scheint in ihrem Konflikt mit der Electricité de France (EdF) an einem Schiedsspruch des Industrieministeriums gar nicht interessiert zu sein. Mit ihrer Forderung auf Neuindexierung des Kohlenpreises für die Lieferungen an die Elektrizitätswerke wendet sie sich direkt an das Pariser Handelsgericht. Nachdem die Importkohlenreferenz wegen der abgewerteten südafrikanischen Kohlenlieferungen nach unten gerutscht ist, müßte die EdF zwar weniger bezahlen. Aber schließlich müssen Verträge auch zwischen Staatsgesellschaften eingehalten werden. Abgesehen davon entspricht der Vorteil der EdF dem Nachteil der CdF. Das Problem ließe sich also über die Staatskasse bereinigen. So fragt man sich, ob die spektakuläre Aktion der CdF nur symbolisch gemeint ist – zur Beruhigung der Bergarbeiter.

FRANKREICH / OECD empfiehlt Paris Fortsetzung der Stabilisierungspolitik

# Kritik an Einkommensteuer-Senkung Wichtiger ist Abbau der Sozialkosten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

**Die Erfolge Frankreichs mit seiner strengen Sanierungspolitik der vergangenen Jahre stehen nach Ansicht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) noch auf schwachen Füßen. Die OECD warnt Frankreich besonders vor einem weiteren Ansteigen der ohnehin hohen Arbeitslosigkeit.**

Die französische Regierung hat auf dem von ihr Anfang 1983 eingeschlagenen Weg der Sanierung Fortschritte gemacht. Aber die in den vorangegangenen Jahren entstandenen wirtschaftlichen Ungleichgewichte sind noch nicht voll überwunden. „Weitere Fortschritte müssen erzielt werden, ehe die Lage als befriedigend bezeichnet werden kann", heißt es im OECD-Bericht. Die Organisation empfiehlt Paris, den Restriktionskurs „noch längere Zeit" fortzusetzen.

Positiv wird in dem Bericht insbesondere vermerkt, daß sich die Inflationsrate zwischen 1982 und Anfang 1985 um die Hälfte auf 6,5 Prozent – das niedrigste Niveau seit dem ersten Ölschock – vermindert hat. Noch stärker wurde der Lohnanstieg nach dem Abbau der Preisindexierung reduziert. Gegenüber den wichtigsten Handelspartnern, insbesondere der Bundesrepublik, bleibe der Rückstand aber immer noch bedeutend. Insoweit erwartet die OECD unter der Voraussetzung unveränderter Währungsparitäten auch für das nächste Jahr eine weitere Verschlechterung der französischen Wettbewerbsposition. (Die Inflationsraten in Frankreich und der Bundesrepublik werden auf 4,6 und 2,3 Prozent veranschlagt.)

Immerhin aber hat Frankreich alle Chancen, die durchschnittliche OECD-Teuerungsrate nicht mehr zu übertreffen und von der internationalen Konjunkturbelebung stärker zu profitieren. Andererseits wird die Inlandsnachfrage schwach bleiben (plus 1,6 Prozent 1986 nach 0,6 Prozent 1985), so daß das Defizit der Handelsbilanz von 3,2 Mrd. Dollar 1985 auf 0,5 Mrd. Dollar 1986 reduziert werden kann, und die Leistungsbilanz mit einem Überschuß von 2,2 Mrd. Dollar (nach einem Fehlbetrag von 0,4 Mrd. Dollar 1985) abschließt.

Im Unterschied zu der für die OECD-Zone im nächsten Jahr erwarteten Abschwächung des Wirtschaftswachstums dürfte die Zunahme des französischen Bruttosozialprodukts von 0,6 Prozent 1985 (nach minus 0,1 im letzten Jahr) auf 1,6 Prozent ansteigen. Das würde aber immer noch erheblich weniger sein als der OECD-Durchschnitt von 2,8 Prozent.

So bleibt das Risiko eines weiteren Beschäftigungsrückgangs sehr groß, heißt es in dem OECD-Bericht. Zwar könne das Arbeitslosenproblem durch soziale Maßnahmen gemildert werden. Aber die Manövriermarge der Regierung sei nur noch klein, nachdem die meisten Möglichkeiten (vorzeitige Pensionierungen usw.) bereits ausgeschöpft sind. Die französische Arbeitslosenquote, die von 9,7 1984 auf 10,5 in diesem Jahr gestiegen ist, dürfte 1986 elf Prozent erreichen.

Die zur Sanierung des französischen Haushalts ergriffenen Maßnahmen werden von der OECD begrüßt. Jedoch hält sie die von der Regierung für 1986 geplante neue Einkommensteuersenkung angesichts der bereits sehr geringen direkten Steuerbelastung nicht für opportun. Vielmehr sollten die sehr hohen sozialen Lasten ermäßigt werden. Denn sie und die Starrheit des Arbeitsmarktes behindern die für ein ausgeglichenes Wirtschaftswachstum erforderlichen Investitionen.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

# Handelskammer zeichnet helleres Konjunkturbild

GEORG BAUER, Kiel

Ein relativ günstiges Bild von der konjunkturellen Entwicklung des Bundeslandes Schleswig-Holstein hat die Industrie- und Handelskammer des Landes auf der Grundlage einer Umfrage bei rund 1500 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, des Handels und des Bauhauptgewerbes gezeichnet. In Kiel sagte der IHK-Vorsitzende Fritz Süverkrüp, im Dreijahresvergleich bewege sich das Geschäftsklima unter Schwankungen nach oben. Besonders im Maschinenbau und bei den Herstellern von feinmechanischen und optischen Geräten habe sich die Lage deutlich verbessert. In der elektrotechnischen Industrie, die lange Zeit an der Spitze des Konjunkturzyklus stand, sei hingegen die Stimmungslage ebenso, allerdings nur geringfügig gesunken wie bei der chemischen Industrie. Hier handele es sich jedoch um Seitwärtsbewegungen auf relativ hohem Niveau.

Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe sind in den ersten fünf Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum unverändert stark von der Entwicklung der Auslandsaufträge abhängig, sagte Süverkrüp. Einem Minus von acht Prozent bei den Inlandsaufträgen im Vergleich zum Fünfmonatszeitraum 1984 stehe ein Plus von fast 37 Prozent beim Auftragseingang aus dem Ausland gegenüber.

Auch die Beschäftigungslage hat sich in den ersten fünf Monaten 1985 um 1,4 Prozent, im Kammerbezirk Lübeck sogar um 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresabschnitt erhöht. Besonders im Maschinenbau, in der feinmechanischen und optischen so wie – etwas zurückhaltender – in der elektrotechnischen Industrie hält der Trend zur Einstellung von mehr Arbeitskräften an. Daß diese Entwicklung sich nicht positiv auf den Arbeitsmarkt niederschlägt, hängt nach Ansicht der IHK mit dem hohen Anteil der Jugendlichen zusammen, die auf Grund eines Wohnungswechsels von Hamburg nach Schleswig-Holstein auf den Arbeitsmarkt drängen.

Außerdem planten zur Jahresmitte wieder mehr Unternehmen ihre Beschäftigungszahl zu verringern (15 Prozent) als aufzustocken (zehn Prozent). 75 Prozent hingegen wollten ihre Belegschaft in den nächsten Monaten auf ihrem heutigen Niveau halten. Die Kammer beklagte in diesem Zusammenhang, daß eine wachsende Zahl von Gewerbebetrieben inzwischen vergeblich nach Facharbeitern suchten.

## Etikettenschwindel

Von GERD BRÜGGEMANN

Nach verschiedenen Landesregierungen, die als Folge des österreichischen Weinskandals Initiativen zur Novellierung des deutschen Weingesetzes gefordert haben, hat sich nun auch Bundeskanzler Helmut Kohl zu diesem Thema geäußert. Im österreichischen Rundfunk sprach er von der Notwendigkeit, das Weingesetz zu „verschärfen".

Gemeinsam ist diesen Äußerungen die Hoffnung, durch veränderte gesetzliche Regelungen ließen sich künftig Vorfälle wie die burgenländische Giftmischerei verhindern oder zumindest eher aufdecken. Dies ist indes wenig aussichtsreich, weil Betrug und unerlaubte Beimischungen immer nur zufällig entdeckt werden können.

Dennoch rücken solche Überlegungen nun das deutsche Weingesetz ins Blickfeld, das, wenn auch aus völlig anderen Gründen, dringend einer Neufassung bedarf, obwohl es erst seit 1971 in Kraft ist und seither mehrfach novelliert wurde. Dieses Gesetz hat ohne Zweifel die in es gesetzten Erwartungen, nämlich auch dürftigen Weinen noch eine Absatzchance zu eröffnen und so bäuerliche Einkommen zu sichern, nicht erfüllen können. Da die Gesetzesmacher nicht in der Lage waren, den Winzern auch eine staatliche Abnahmegarantie zu Mindestpreisen zu gewähren, traten die Gesetze des Marktes in Kraft und ließen die Preise für diese Art Wein verfallen.

Schlimmer aber war, daß sich als direkte Folge des Gesetzes die Qualität nach unten anpaßte. Vor allem die fatale Vorschrift, daß sogenannte Qualitätsweine mit Prädikat (mit Ausnahme von Franken) in beliebiger Weise mit Traubenmost gesüßt werden dürfen, führte zu einer nachhaltigen Schädigung des Ansehens deutscher Weine und veränderte den Charakter mancher Weingebiete völlig. Deutsche Weine, die von Natur aus schlank, frisch und säuerlich sind, wurden süß, schwer und pappig.

Der große Ruf des deutschen Weißweines, den die einschlägige Werbung generell und damit unzutreffend als „einzig unter den Weinen" bezeichnet, gründet sich auf die Rieslingweine und die für sie typische Balance von Fruchtsäure und Süße. In guten Jahren sind diese Weine in der Tat unvergleichlich. Der untaugliche Versuch des Weingesetzes, an diesem Glanz auch zweifelhafte Produkte teilhaben zu lassen, läßt sich mit Aussicht auf dauerhaften Erfolg nicht mehr fortsetzen. Die möglicherweise gute Absicht des Gesetzgebers hat so dem Etikettenschwindel Vorschub geleistet.

Die Gründe liegen auf der Hand. Der Geist des Weingesetzes stimmt nicht. Der Begriff Qualität im Sinne von Sicherung und Steigerung kommt darin ebensowenig vor wie die Notwendigkeit einer Aufklärung der Verbraucher über den Gehalt des Weines. Es ist völlig auf die vermeintlichen Interessen der Erzeuger und Vermarkter abgestellt.

In diesem Zusammenhang ist die Beobachtung interessant, daß alle Weingüter und Winzer, die sich den Versuchungen des Weingesetzes entziehen und sich weiterhin um hohe Qualität bemühen und auf den Einsatz ertragreicher aber geschmacksarmer Neuzüchtungen verzichten, bessere Preise erzielen und ihren Kundenkreis behalten und vergrößern können, als ihre Kollegen, die ihre Weine mit hoher Restsüsse vermarkten. Es ist kein Wunder, daß die Käufer in den Supermärkten für solche Getränke nicht mehr als 3,50 Mark bezahlen wollen, auch wenn das nicht die Kosten der Hersteller decken sollte. Aber Kosten interessieren den Markt nur wenig.

Ließe sich nun diesem Zustand abhelfen durch ein anderes Gesetz? Ein Gesetz, das den Qualitätsbegriff zum einzig sinnvollen Maßstab nähme? Ein Gesetz, das unter den Qualitätsweinen genügend Raum gäbe für sorten- und gebietstypische Tischweine? Ein Gesetz, das aufräumte mit den falschen Qualitätsweinen, den unehrlichen Spät- und sonstigen Lesen? Möglich wäre das schon, aber der Preis wäre hoch, weil wohl ein beträchtlicher Teil des Gebietes, auf dem heute Wein angebaut wird, wieder zu dem werden müßte, was es auch früher schon war, Rüben- oder Kartoffelacker in der Pfalz, in Rheinhessen, teilweise in Franken, Wald und nasse Wiese im Gebiet der Mosel.

Es ist klar, daß gegen solche Pläne erheblicher Widerstand mobilisiert werden würde. Ein anderes, ein besseres Weingesetz ist natürlich immer auch ein Stück Agrarpolitik, und da ist die Vernunft noch selten zum Zuge gekommen in den vergangenen Jahrzehnten. Es ist zweifelhaft, ob der Bundeskanzler solche Änderungen meinte, als er im österreichischen Rundfunk eine Verschärfung des Weingesetzes forderte. Eher wohl nicht. Schade.

## AUF EIN WORT



„Die Erhaltung des Lebensstandards bedeutet Innovation, bedeutet Ersatz alter Produkte durch neue, bedeutet Rationalisierung. Wenn man an diesem Punkte bremst, dann wird unausweichlich unser Lebensstandard bedroht."

Dr. Gert Lorenz, Vorstandsvorsitzender der Philips Kommunikationsindustrie AG, Nürnberg. FOTO: DIE WELT

WOHNUNGSMARKT

## Gute Konditionen für den Erwerb

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die schwierige Lage der Bauwirtschaft kommt jetzt Kapitalanlegern und Eigennutzern beim Ewerb von Wohneigentum zugute. Der Vorsitzende des Verbandes der Freien Wohnungsunternehmen in Nordrhein-Westfalen, Emil Bast, spricht in diesem Zusammenhang von „Traumkonditionen". Einmal würden inzwischen Bauleistungen zu Selbstkostenpreisen erbracht, zum anderen erleichterten gute steuerliche Rahmenbedingungen die Finanzierung der Objekte. Schließlich böten die Kreditinstitute die günstigsten Hypothekenzinsen seit sechs Jahren an.

Auch die Bandbreite der Preise ist sowohl beim Angebot an Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen als auch bei Mietwohnungen erheblich größer geworden, was den qualitativ sehr unterschiedlichen Angeboten entspricht. Nach Aussage der Freien Wohnungsunternehmen als größter Anbietergruppe von Eigenheimen und Eigentumswohnungen ist der Leerstand von Wohnungen viel geringer, als heute vielfach behauptet wird. Tatsächlich liege er bei ein bis zwei Prozent. Örtliche Abweichungen seien aber möglich und nicht selten beachtlich. Bast wies darauf hin, daß in Zukunft rund 300 000 Neubauwohnungen jährlich benötigt werden.

ROHÖL

## Preise bleiben unter Druck

dpa/VWD, Hamburg

Die Rohölpreise auf dem Weltmarkt stehen trotz geringerer Fördermengen der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) weiter unter Druck. Der Ölverbrauch geht weiter zurück, die Marktanteile der Opec schrumpfen, und das Angebot bleibt reichlich, faßt das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, die Lage auf dem Welt-Erdölmarkt zusammen. Seit Januar 1985 hätten die Spotpreise auf Dollarbasis durchschnittlich um rund fünf Prozent nachgegeben.

Die Spotmärkte, auf denen gegenwärtig 30 bis 50 Prozent des internationalen Ölhandels abgewickelt werden, bestimmen in steigendem Maße auch die Preise bei anderen Öltransaktionen. Zu den offiziellen Opec-Verkaufspreisen dürfte mittlerweile, so das HWWA, nur noch etwa ein Viertel des Rohöls gehandelt werden.

Die Entscheidung des Nichtmitglieds Mexiko, die Preise angesichts fallender Exporte zurückzunehmen, sowie die Preissenkungen anderer Länder (UdSSR, China, Oman, Großbritannien und Norwegen) stellen eine zusätzliche Belastung für die Opec dar. Der Anteil der Organisation am Welt-Rohölmarkt, die zum Zeitpunkt der ersten Ölpreisexplosion fast 90 Prozent betragen hatte, dürfte 1985 auf rund 55 Prozent sinken.

ARBEITSMARKT / Institut der Deutschen Wirtschaft befragt Unternehmen

# Gute Chancen für Fachhochschüler

PETER JENTSCH, Bonn

Die Chancen für Absolventen von Fachhochschulen, einen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz zu finden, stehen nicht schlecht. Mehr als die Hälfte der in der privaten Wirtschaft beschäftigten Hochschulabsolventen kommt von einer Fachhochschule. Und von den 40 000 Absolventen, die jährlich die Fachhochschulen verlassen, finden 85 Prozent direkt eine Beschäftigung, die restlichen 15 Prozent setzen ihr Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule fort. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in einer Umfrage bei 108 Wirtschaftsunternehmen.

Gut die Hälfte der Fachhochschulabsolventen übt einen technischen Beruf aus, und zwar vornehmlich in den Wirtschaftszweigen Elektrotechnik, Maschinenbau und Baugewerbe. Dies entspricht auch den während des Studiums belegten Fächern: Rund 50 Prozent studieren Ingenieurwissenschaften, etwa jeder neunte Betriebswirtschaft.

Berufsforscher bescheinigen den Fachhochschulabsolventen ein „erhebliches Flexibilitätspotential". Eine Befragung von 2239 ehemaligen Studenten der Fachhochschule Hagen ergab, daß 36 Prozent im lokalen, 34 Prozent im regionalen Bereich und 17 Prozent im weiteren Nordrhein-Westfalen beschäftigt sind. Die restlichen 13 Prozent haben im übrigen Bundesgebiet Arbeit gefunden.

Bei der Suche nach geeigneten Mitarbeitern mit abgeschlossener Fachhochschulausbildung, so stellt das IW weiter fest, legen private Unternehmen besonderen Wert auf Persönlichkeit, Qualifikation und Berufserfahrung. Das mit Abstand wichtigste Kriterium ist jedoch der absolvierte Studiengang bzw. die Fachrichtung des Bewerbers. Daneben sind das persönliche Auftreten der Absolventen, die Abschlußnoten und die betriebliche Berufsausbildung (Lehre) für eine erfolgreiche Bewerbung entscheidend.

Die Auswahlkriterien der Unternehmen hängen laut IW auch deutlich vom Einsatzbereich des künftigen Mitarbeiters ab. Für den Sektor Forschung und Entwicklung werden u. a. Zielstrebigkeit, Sorgfalt, Ideenreichtum und Teamgeist verlangt. Bei Bewerbern für das Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung werden Abstraktionsvermögen, logisches Denken und eine besondere Konzentrationsfähigkeit vorausgesetzt.

Bei der Auswahl unter den Bewerbern spielen auch Unternehmensgröße und Qualifikationsstruktur des Betriebes eine Rolle. Darüber hinaus muß der „Neue" in das soziale Umfeld der vakanten Position passen.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Umweltoffensive zur 51. IAA

**Düsseldorf** (Py.) – Mit einem breiten Angebot schadstoffarmer Autos wird die deutsche Autoindustrie auf der diesjährigen Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in Frankfurt (12. bis 22. 9.) zu einer Umweltoffensive antreten. Nach Verbandsangaben wird der Anteil schadstoffarmer Pkw an den Zulassungen 1985 mindestens 25 Prozent, 1986 50 und 1987 75 Prozent betragen. In diesen Prozentsätzen sind die Diesel-Fahrzeuge enthalten.

### Auto-Garantie EG-weit

**Düsseldorf** (Py.) – Autokäufer können ab sofort die Hersteller-Garantie für ihren Wagen in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft nutzen. Nach Mitteilung des Deutschen Kraftfahrzeug-Überwachungsvereins (Dekra) ist diese neue Regelung am 1. Juli in Kraft getreten. Danach können sich Autohalter die günstigsten Wartungs- und Reparaturangebote in den 10 EG-Ländern aussuchen.

### Nachforderungen

**Bonn** (AP) – Die Betriebsprüfer der Finanzverwaltung haben im letzten Jahr aufgrund von Steuerprüfungen Nachforderungen in Höhe von 9,3 Milliarden Mark festgesetzt. Wie das Bundesfinanzministerium gestern mitteilte, fielen 80 Prozent dieser Summe bei Betriebsprüfungen in Großunternehmen an. Von den 3,03 Millionen Betrieben wurden im letzten Jahr 178 819 überprüft. 1983 hatten Betriebsprüfungen Nachforderungen in Höhe von 7,8 Milliarden Mark ergeben.

### Fleisch soll teurer werden

**Bonn** (dpa/VWD) – Fleischwaren sollen teurer werden. Nach Mitteilung des Bundesverbandes der Fleischwarenindustrie, Bonn, sind die Abgabepreise nicht mehr zu halten. Angesichts des weiter zunehmenden Kostendrucks seien Preiserhöhungen um vier bis fünf Prozent in nächster Zeit zu erwarten. Diese Maßnahme sei für den Fortbestand der 292 Unternehmen und der 40 000 Arbeitsplätze unvermeidbar, wenn langfristig weitere Firmenzusammenbrüche vermieden werden sollen, erklärt der Verband.

### Baukonjunktur im Keller

**Wiesbaden** (dpa/vwd) – Die Konjunktur im Baubereich bleibt offenbar im Keller. Das Volumen der Baugenehmigungen habe in der 1. Jahreshälfte 1985 rund 121 Millionen Kubikmeter betragen gegenüber noch 143 Millionen Kubikmetern im vergleichbaren Vorjahreszeitraum, heißt es in einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden vom Montag. In den ersten sechs Monaten 1985 sei das Halbjahresergebnis von 1984 im Wohnbau um 26 Prozent unterschritten worden, während der Nichtwohnbau annähernd den Vorjahresstand erreicht habe.

### Plus für deutsche Seehäfen

**Hamburg** (dpa/vwd) – Der Güterumschlag in den 13 größten Seehäfen der Bundesrepublik ist im 1. Halbjahr 1985 im Vergleich zu den ersten sechs Monaten des Vorjahres um 6,3 Prozent auf 70,27 Millionen Tonnen gestiegen. Wie die Abteilung Seeverkehr im Bundesverkehrsministerium gestern in Hamburg mitteilte, erreichte davon der Massengutumschlag 46,59 Millionen Tonnen (plus 7,9 Prozent). Der Sack- und Stückgutumschlag nahm um 3,4 Prozent auf 23,69 Millionen Tonnen zu.

### „Existenzgründungswelle"

**Bonn** (dpa/vwd) – Seit etwa zwei Jahren ist in der Bundesrepublik nach Ansicht der CDU/CSU-Fraktion eine Existenzgründungswelle zu verzeichnen. Wie der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion, Matthias Wissmann, gestern in Bonn sagte, wurden 1983 und 1984 jeweils rund 17 000 Existenzgründungen mit jeweils rund 85 000 Arbeitsplätzen aus Bundesmitteln gefördert. Auch für 1985 rechnet Wissmann mit einer großen Nachfrage beim Eigenkapitalhilfeprogramm des Bundes.

### Preise gesunken

**Wiesbaden** (dpa/vwd) – Die Preise im deutschen Großhandel sind von Juni bis Juli um 1,2 Prozent zurückgegangen und lagen damit nur noch 0,1 Prozent höher als im Juli 1984. Im Juni und Mai wurde das Niveau des Vorjahres noch um 0,3 beziehungsweise 1,8 Prozent übertroffen, teilte das Statistische Bundesamt gestern in Wiesbaden mit. Besonders nachhaltige Preissenkungen registrierten die Wiesbadener Statistiker bei Lebensmitteln. Die Benzinpreise gaben ebenfalls um 3,8 Prozent nach.

### Wochenausweis

| | 7.8. | 31.7. | 7.7. |
|---|---|---|---|
| Netto-Währungsreserve (Mrd.DM) | 62,7 | 63,1 | 61,6 |
| Kredite an Banken | 100,8 | 107,7 | 102,1 |
| Wertpapiere | 3,5 | 3,5 | 3,7 |
| Bargeldumlauf | 101,4 | 110,0 | 110,8 |
| Einl. v. Banken | 53,0 | 53,3 | 48,4 |
| Einlagen v. öffentl. Haushalten | 1,6 | 4,2 | 2,3 |

Jetzt auf einen starken Partner setzen.




mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 101338, Telefon (0208) 31031, Telex 856755

JAPAN / Größte Tankerreederei vor Zusammenbruch

# Schulden in Milliardenhöhe

dpa/VWD, Tokio

Sanko Steamship Co., die größte Tankerreederei der Welt, steht vor dem Zusammenbruch. Das in Osaka ansässige Unternehmen will heute beim zuständigen Gericht in Kobe Schutz vor den Gläubigern (Vergleichsantrag) beantragen. Dort muß dann nach japanischem Recht entschieden werden, ob Aussichten für eine finanzielle Konsolidierung bestehen oder ob die Firma am Ende ist.

Mitte letzter Woche hatten sich die Hausbanken der Reederei entschlossen, keine weiteren Mittel mehr zur Verfügung zu stellen, wenn das Verkehrsministerium nicht rasch einen Sanierungsplan vorlegt. An der Börse in Tokio wurde daraufhin am Donnerstag der Handel mit Sanko-Aktien eingestellt, und als er am Freitag wieder aufgenommen wurde, sanken die Kurse wegen der massiven Verkaufsaufträge dramatisch. Gestern wurde der Handel mit Sanko-Aktien wieder gestoppt.

Nach Angaben einer privaten Kreditagentur hat Sanko Schulden in Höhe von 520 Milliarden Yen (6,5 Mrd. DM) – eine Größenordnung, die vermutlich auf eine der weltweit größten Pleiten hinauslaufen würde. Japanische Zeitungen nannten sogar noch weit höhere Beträge.

Die Reederei hatte seit 1972, noch vor der ersten Ölkrise, ständig steigende Betriebsverluste eingefahren. Seit die wichtigsten Banken sich weigern, Sanko mit hohen Zusatzkrediten über Wasser zu halten, ist die Lage hoffnungslos geworden: In japanischen und ausländischen Häfen konnten die Tanker der Reederei keinen Treibstoff mehr auf Kredit bunkern.

Der kaum noch abzuwendende Zusammenbruch dürfte für die gesamte japanische Schiffahrt, aber auch für viele Werften schwerwiegende Folgen haben, weil Sanko trotz der Flaute beträchtliche Aufträge vergab.

Schließlich könnte die Krise auch auf die japanische Regierung übergreifen: Der Hauptaktionär der Reederei ist Toshio Komoto, der im Kabinett Staatsminister ist und in der regierenden Liberaldemokratischen Partei die fünftgrößte Gruppe führt. Die japanische Presse hat bereits aufmerksam verfolgt, ob der Staat Komoto aus politischen Beweggründen hilft, und das Verkehrsministerium gab deswegen vorerst einen Plan auf, überzählige Tanker mit Steuermitteln aufzukaufen.

ITALIEN / Mediobanca wertet die Bilanzen von 1430 Großunternehmen aus

# Industrie hat die Krise überwunden

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Röntgenaufnahme der italienischen Wirtschaft, die das staatliche Kreditinstitut Mediobanca, Mailand, seit 1968 alljährlich durchführt, offenbart für 1984 einen tiefgreifenden Gesundungsprozeß, von dem nicht nur die privaten, sondern auch zahlreiche staatliche Unternehmen profitieren.

Die anhand der Bilanzen von 1430 Großunternehmen durchgeführte Untersuchung liefert den Beweis, daß die Mehrzahl der in den siebziger Jahren in Ertragsengpässe geratenen Firmen die Krise gemeistert hat. Per saldo erzielten die privaten Unternehmen im vergangenen Jahr einen Reingewinn von 1611 Mrd. Lire (2,42 Mrd. DM) gegenüber einem Nettoverlust von beinahe 1500 Mrd. Lire im Vorjahr.

Gleichzeitig verminderten die 224 Staatsbetriebe ihren Nettoverlust gegenüber 1983 von 4564 Mrd. Lire auf nur noch knapp 3000 Mrd. Lire. Insgesamt belief sich damit der Nettoverlust der italienischen Großunternehmen im Jahre 1984 auf etwas weniger als 1400 Mrd. Lire gegenüber einem Nettoverlust von 6000 Mrd. Lire im Jahr vorher, als der Sanierungsprozeß anlief.

Zu der Ertragsverbesserung der privaten Unternehmen trugen mit beinahe drei Viertel die Chemie, die Elektroindustrie und die Chemiefaserindustrie bei, während die Verbesserung im Falle der Staatsbetriebe zu 89 Prozent den Ergebnissen in der Chemie und in der Stahlindustrie zu verdanken ist. Umgekehrt waren 80 Prozent der eingetretenen Verluste auch 1984 noch auf vier Bereiche konzentriert: Stahlindustrie, Bergbau, Schienen und sonstige Transporte.

Alle Unternehmen, die im Jahre 1984 ihre Verluste reduzierten oder ihre Gewinne erhöhten, verzeichneten nicht nur eine reale Umsatzsteigerung, sondern verbesserten auch ihre Betriebsfinanzen und ihre Kostenrechnung. Mediobanca registriert in diesem Zusammenhang einen deutlichen Trend zur Schuldenkonsolidierung und zur Inanspruchnahme der in- und ausländischen Kapitalmärkte anstelle von Bankenkrediten. Unter anderem erreichten die Kapitalerhöhungen der untersuchten Gesellschaften (ohne die Operationen zur Verlusttilgung) den Rekordstand der letzten zehn Jahre. Rund 52 Prozent davon, 2986 Mrd. Lire, betrafen dabei die Kapitaloperationen der an der Börse gehandelten Unternehmen.

Infolge der verbesserten Finanzstruktur sank das durchschnittliche Schulden-Umsatz-Verhältnis, das 1982 einen Höchststand von 100 Prozent erreicht hatte, auf den tiefsten Stand der vergangenen zehn Jahre, nämlich 64 Prozent. Entsprechend der Ertragsverbesserung entwickelten sich auch die Dividenden. Sie stiegen gegenüber 1983 um mehr als 900 auf 2700 Mrd. Lire.

Dagegen hatte die Kosteneinsparung fast nur einen Grund: Personalreduzierung. Die Zahl der Beschäftigten der untersuchten Unternehmen verminderte sich zwischen 1983 und 1984 um 80 000 auf 1,37 Mill., womit seit 1974 die Gesamtbeschäftigung um 30 Prozent zurückging.

GROSSBRITANNIEN / Günstige Wachstumsprognose

# Inflationsrate geht zurück

WILHELM FURLER, London

Auf unter drei Prozent wird die Inflationsrate in Großbritannien im Verlauf der jetzigen Regierungsperiode fallen. Diese optimistische Prognose ist von der Geschäftsbank Midland Bank veröffentlicht worden.

Der Midland-Bank-Studie zufolge wird sich die jährliche Preissteigerungsrate im nächsten Jahr auf 5,3 Prozent verringern und 1987 auf 4,9 Prozent sowie im Jahr darauf auf 2,9 Prozent fallen. Ein Inflationsniveau um drei Prozent wird von Regierungschefin Thatcher als relative Preisstabilität angesehen.

Vergleichsweise optimistisch fällt auch die Wachstums-Prognose in der Midland-Studie aus. Danach kommt es in diesem Jahr zu einem Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent, begünstigt durch eine rege Investitionstätigkeit und steigende Exporte. Ein zusätzlicher Wachstumsimpuls bringe von der Nachholeffekt seit dem Ende des Bergleute-Streiks. Für das nächste Jahr erwartete das Kreditinstitut eine Wachstumsrate von drei Prozent, bevor es 1987/1988 zu einer Abschwächung auf zwei Prozent kommt.

Zu der opitimistischen Wachstumsprognose nicht nur für dieses, sondern auch für das kommende Jahr sehen sich die Konjunktur-Analysten der Midland Bank durch die Erwartung auf fallende Zinsen und einen erneuten Boom in den Konsum-Ausgaben veranlaßt. So dürfte das Durchschnittsniveau der Basis-Ausleihzinsen in Großbritannien auf knapp unter zehn Prozent zurückgehen, nachdem der diesjährige Schnitt wohl bei zwölf Prozent liegen wird.

Die relativ günstigen Konjunktur-Aussichten werden der Midland-Studie zufolge allerdings kaum das Arbeitslosenproblem verbessern. Zwar dürften durch die verstärkten Wirtschaftsaktivitäten in denn kommenden vier Jahren rund 600 000 bis 700 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Aber um etwa die gleiche Zahl wird sich auch das Arbeitskräfte-Angebot erhöhen.

KERNKRAFTWERKE / Kapazität stieg um 17 Prozent

# Zahl der Neubauten sinkt

dpa/VWD, Wien

Weltweit hat Kernenergie nach Darstellung der Internationalen Atomenergie Organsation (IAEO) 1984 erneut ihre „Reife" bewiesen. Dies erklärte die in Wien ansässige IAEO in ihrem Jahresbericht 1984. So habe es keinerlei menschengefährdende Unfälle gegeben.

Dem Bericht zufolge betrug die Betriebserfahrung bei friedlicher Atomnutzung weltweit bereits 3470 „Reaktorjahre". Frankreich und Belgien deckten 1984 mehr als 50 Prozent ihres Energiebedarfs aus Kernenergie. Im Berichtsjahr haben 34 Kernanlagen mit einer Gesamtkapazität von 31,8 GWe (eine GWe entspricht dem Milliardenfachen der Leistungseinheit Watt) den Betrieb aufgenommen und damit die Kapazität weltweit um 17 Prozent auf 220 GWe erhöht. Dies war die höchste jährliche Zuwachsrate seit den 70er Jahren.

Hingegen sei mit dem Bau von nur 14 Anlagen mit zusammen 11,3 GWe begonnen worden, was der niedrigste Wert seit 1968 sei. Zehn Aufträge für Kernanlagen seien allein in den USA storniert worden. Bis 1990 rechnet die IAEO mit einer weltweiten Kernenergiekapazität von 368 GWe.

Laut IAEO wurden auch 1984 keine „Unregelmäßigkeiten" entdeckt, die auf „Abzweigung von signifikanten Mengen des den Sicherheitskontrollen unterliegenden Kernmaterials hätten schließen lassen" oder den Mißbrauch von Anlagen zur Kernwaffenherstellung angedeutet hätten. Mit Ausnahme eines Falles sei der Verbleib von Kernmaterial nachweisbar gewesen. Nachträglich habe aber das Zielland (Israel) der IAEO erklärt, daß das Material ausschließlich für „nicht-explosive Zwecke" eingeführt worden sei und das Land einen Großteil dieses Materials IAEO-Personal zu Kontrollzwecken zur Verfügung stelle.

MONTE CARLO / Casinogesellschaft verdankt Umsatzzuwachs den Hotelbetrieben

# *Das Glück war auf seiten der Spieler*

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Ob Rot oder Schwarz, Weiß gewinnt (beim Roulette) immer. Dieses vor hundert Jahren auf François Blanc (Weiß), den Gründer des weltberühmten Spielcasinos von Monte Carlo (Monaco), gemünzte Wort war in der letzten Saison einmal nicht gültig. Die Casino-Einnahmen stagnierten im Geschäftsjahr 1984/85 (31.März) bei 368 (369) Mill. Franc nach einem Plus von 29 Prozent im Vorjahr. So brachte es die Société des Bains de Mer (SBM), der das Casino gehört, trotz einer 14prozentigen Expansion ihres Hotelgeschäfts nur zu einem Umsatzzuwachs von fünf Prozent auf 925 Mill. Franc.

Daß die Spieleinnahmen real zurückgegangen waren, ist allerdings nicht nur zufallsbedingt. Es wurde auch weniger gespielt, was zum Teil konjunkturelle Gründe hatte. Nachteilig wirkte sich insbesondere der geringere Casino-Besuch vor allem der Italiener aus, die im Vorjahr noch 65 Prozent der Einsätze stellten. Dieses Manko wurde von den Amerikanern, die trotz des starken Dollars meist nur kleine Einsätze wagten, nicht ausgeglichen. Vor allem aber, so versichert SBM-Präsident André Saint-Mleux, hatten diesmal die Spieler mehr Glück – oder, genauer gesagt, weniger Pech als in früheren Jahren.

Den Ausgleich brachten der SBM ihre diversen Luxushotels mit dem mondänen (deutsch geleiteten) Hôtel des Paris (300 Zimmer) und dem eleganten Hermitage (200 Zimmer) an der Spitze.

Sie sind inzwischen von Grund auf renoviert worden und können heute auch in der Ausstattung als internationale Spitze angesehen werden. In die beiden Häuser investierte die SBM 98 Mill. Franc nach 58 Mill. Franc im Vorjahr. Im laufenden Geschäftsjahr sind weitere 100 Mill. Franc vorgesehen.

Aber das bedeutet erst den Anfang eines auf zwölf Jahre angelegten ehrgeizigen Programms. Das nächste Projekt ist der Neubau des „Café des Paris" im Belle-Epoche-Stil. Es soll nicht nur dringend notwendige Tiefgaragen unter dem Casinoplatz schaffen, sondern auch die zahlreichen Spielautomaten aufnehmen, die notdürftig in den ehrwürdigen Roulett- und Baccarasälen des Casinopalastes untergebracht werden mußten. Aber Monte Carlo verstärkte so seine Position gegenüber den Casinos von Cannes und Nizza, die keine Automaten betreiben dürfen.

Das Fürstentum bemüht sich auch mit seinen Sportanlagen und einer Vielzahl kultureller Veranstaltungen und Kongresse um die Steigerung seiner internationalen Attraktivität. Das Fürstentum, das die 69prozentige Kapitalmehrheit der SBM besitzt, setzt außerdem auf das zunehmende Sicherheitsbedürfnis seiner zahlungskräftigen Gäste.

Hier könnten selbst ältere Damen, so heißt es, ihren Schmuck ungefährdet durch die Straßen tragen, weil für Diebe wegen der leicht überwachbaren Grenzen keine Fluchtwege bestünden. Um so größer ist allerdings die Versuchung, seinen Schmuck im Casino aufs Spiel zu setzen.

ERNÄHRUNG / Höhere Nahrungsmittelproduktion

# Rekordernte bei Getreide

AFP, Rom

Die Weltnahrungs- und Agrarproduktion ist 1984 um mehr als vier Prozent gestiegen. Dies stellt „eines der besten Ergebnisse der letzten zehn Jahre" dar. Wie aus dem in Rom veröffentlichten Jahresbericht der UNO-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO hervorgeht, ist die Steigerung hauptsächlich auf die Vereinigten Staaten, Westeuropa und einige größere Entwicklungsländer wie China und Indien zurückzuführen. Sie betraf vornehmlich das Getreide, bei dem weltweit ein neuer Rekord von 1,78 Mrd. Tonnen (8,5 Prozent mehr als 1983) erzielt wurde.

„Im Fernen Osten nahm die Erzeugung wiederum zu und konsolidierte die starken Zunahmen des Jahres 1983", heißt es in dem Bericht, wonach in den „Nahrungsdefizitländern mit geringen Einkommen die Nahrungsmittel- und Agrarproduktion um 2,9 Prozent und die Erzeugung von Grundnahrungsmitteln um zwei Prozent stieg". In vielen der ärmsten Länder verschlechterte sich die Lage aber weiter. In 42 Staaten lag die Getreideproduktion pro Kopf 1984 niedriger als im Zeitraum 1969–71.

In Afrika herrschte zum Jahresende 1984 in 21 Ländern immer noch extreme Nahrungsmittelknappheit. In vielen Staaten „verschlechterten sich die Böden und Weidegebiete...". Afrikas Getreideeinfuhren stiegen seit 1970 von fünf auf 18 Prozent des Verbrauchs an Grundnahrungsmitteln, gibt die FAO zu bedenken. Als einziger Region der Welt gelinge es Afrika nicht, „die Nahrungserzeugung schneller zu steigern als die Bevölkerung wächst". Die Gesamtproduktion von Nahrungsmitteln sei seit 1970 – pro Kopf – um rund ein Prozent pro Jahr geschrumpft. In 26 afrikanischen Staaten war 1984 der Pro-Kopf-Verbrauch an Grundnahrungsmitteln geringer als 1970.

In einem Vorwort betonte FAO-Generaldirektor Edouard Saouma, die Lage werde sich „wahrscheinlich zunächst verschlechtern, bevor sie sich bessern kann". Afrikas Nachfrage nach Nahrung werde voraussichtlich (bis zum Jahr 2000) jährlich um 3,4 Prozent und die Nahrungsproduktion jährlich nur um 1,9 Prozent wachsen.

Gott dem Herrn hat es gefallen, meinen Mann, unseren Vater

S. H. Leonid Prinz von Manzyreff

in die Ewigkeit abzuberufen.

Sophie Prinzessin von Manzyreff
Elisabeth
Peter
Seraphim

Pretoria, den 11. August 1985
Südafrika




Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

**Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1985/86**

**Pharmazie**
**1. Semester**

| von | nach |
|---|---|
| 1 Braunschweig | Düsseldorf |
| 2 Braunschweig | Hamburg |
| 3 Braunschweig | Münster |
| 4 FU Berlin | Bonn |
| 5 FU Berlin | Düsseldorf |
| 6 FU Berlin | Frankfurt |
| 7 FU Berlin | Freiburg |
| 8 FU Berlin | Heidelberg |
| 9 FU Berlin | Münster |
| 10 FU Berlin | Uni München |
| 11 FU Berlin | Mainz |
| 12 FU Berlin | Saarbrücken |
| 13 FU Berlin | Tübingen |
| 14 FU Berlin | Würzburg |
| 15 Frankfurt | Bonn |
| 16 Frankfurt | Düsseldorf |
| 17 Frankfurt | Münster |
| 18 Freiburg | Bonn |
| 19 Heidelberg | Uni München |
| 20 Uni Kiel | Freiburg |
| 21 Uni Kiel | Heidelberg |
| 22 Uni Kiel | Hamburg |
| 23 Uni Kiel | Uni München |
| 24 Uni Kiel | Tübingen |
| 25 Uni Kiel | Würzburg |
| 26 Marburg | Braunschweig |
| 27 Marburg | Heidelberg |
| 28 Marburg | Hamburg |
| 29 Marburg | Münster |
| 30 Marburg | Tübingen |
| 31 Würzburg | Heidelberg |

**Rechtswissenschaften**
**1. Semester**

| von | nach |
|---|---|
| 1 Bonn | Köln |
| 2 FU Berlin | Frankfurt |
| 3 Göttingen | Hamburg |
| 4 Heidelberg | Göttingen |
| 5 Heidelberg | Hannover |
| 6 Heidelberg | Hamburg |
| 7 Marburg | Bonn |
| 8 Marburg | Köln |
| 9 Mainz | Bonn |
| 10 Mainz | Hamburg |
| 11 Mainz | Köln |
| 12 Passau | Bremen |
| 13 Passau | Hamburg |
| 14 Passau | Uni Kiel |
| 15 Regensburg | Bonn |
| 16 Regensburg | Bochum |
| 17 Regensburg | Göttingen |
| 18 Regensburg | Hannover |
| 19 Regensburg | Hamburg |
| 20 Regensburg | Köln |
| 21 Regensburg | Tübingen |
| 22 Würzburg | Hamburg |
| 23 Würzburg | Köln |

**Rechtswissenschaften**
**2. Semester**

| von | nach |
|---|---|
| 1 FU Berlin | Hamburg |
| 2 FU Berlin | Uni Kiel |
| 3 Erlangen | Hannover |
| 4 Erlangen | Hamburg |
| 5 Frankfurt | Uni München |
| 6 Göttingen | Hannover |
| 7 Uni Kiel | Uni München |
| 8 Konstanz | Hamburg |
| 9 Konstanz | Uni Kiel |
| 10 Konstanz | Würzburg |
| 11 Mannheim | Hamburg |
| 12 Mannheim | Uni Kiel |
| 13 Uni München | Hamburg |
| 14 Regensburg | Bochum |

**Psychologie**
**2. Semester**

| von | nach |
|---|---|
| 1 LD | Bonn |
| 2 Gießen | Frankfurt |
| 3 Gießen | Freiburg |
| 4 Gießen | Heidelberg |
| 5 Gießen | Würzburg |
| 6 Göttingen | Münster |
| 7 Bremen | Mannheim |
| 8 Köln | Heidelberg |
| 9 Köln | Tübingen |
| 10 Konstanz | TU Berlin |
| 11 Konstanz | FU Berlin |
| 12 Mannheim | Bochum |
| 13 Mannheim | Freiburg |
| 14 Mannheim | Heidelberg |
| 15 Mannheim | Tübingen |
| 16 Marburg | Braunschweig |
| 17 Marburg | FU Berlin |
| 18 Marburg | Frankfurt |
| 19 Marburg | Heidelberg |
| 20 Münster | Uni München |
| 21 Münster | Tübingen |
| 22 Uni München | Hamburg |
| 23 Mainz | Uni München |
| 24 Osnabrück | Tübingen |
| 25 Regensburg | Uni München |
| 26 Saarbrücken | FU Berlin |
| 27 Trier | TU Berlin |
| 28 Trier | FU Berlin |
| 29 Trier | Frankfurt |
| 30 Trier | Freiburg |
| 31 Trier | Heidelberg |
| 32 Trier | Tübingen |
| 33 Würzburg | Freiburg |

**Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1985**

Die Zentralredaktion der WELT arbeitet in Bonn, dem politischen Zentrum der Bundesrepublik Deutschland. W 3400

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1,

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

SCHWARZ
21 HH 90, Großmoorring 17, (040) 7 72 737
Berlin · Sylt · New York



TORE & AUTOMATIC
Automatic f. alle vorhandenen Türen u. Tore
UKW-Handsender mit 150 m Reichweite
Weiter fertigt u. montiert SCHWARZ: historische Portale u. Gitter, Garagentore im Landhausstil, romantische Wand- u. Park-Laternen.
Bitte Prospekt anfordern!

Einmalige Gelegenheit
Strickmaschinenpark weit unter Preis gegen Barzahlung abzugeben.
Anfr. unter N 4158 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

SANITÄTER FÜR AFGHANISTAN



Seit 5 Jahren führt die Sowjetunion Krieg gegen das afghanische Volk. Um die medizinische Versorgung zu unterbinden, hat die Rote Armee fast alle Hospitäler außerhalb Kabuls durch Luftangriffe zerstört. Hunderttausende Afghanen haben Verwundungen, leiden unter Seuchen und Krankheiten, ohne daß ihnen medizinisch geholfen werden kann.

Seit Frühjahr 1984 betreibt die Aktion „Sanitäter für Afghanistan" drei kleine Hospitäler, die von einem deutschen Arzt betreut werden.
Damit noch mehr Ärzte und Helfer zu diesen notleidenden Menschen geschickt, noch mehr Hospitäler errichtet werden können, brauchen wir Ihre Spende. Die Spenden sind steuerabzugsfähig.
Weitere Informationen:

Bonner Afghanistan Komitee, Reuterstr. 187, 5300 Bonn 1

Konto 9019 Sparkasse Bonn
Bankleitzahl: 38050000

Abgeschoben - gut aufgehoben?

Der wunde Punkt! Kinder allein lassen und den Fernseher zum Alleinunterhalter zu befördern, ruft bei Kindern nur Einsamkeit und Enttäuschung hervor! Das beste Unterhaltungsprogramm für ein Kind ist das gemeinsame Spiel mit den Eltern. Wer in unserem Land etwas für Kinder tut, tut das Beste für die Zukunft.



Fragen Sie uns – wir helfen weiter. Helfen auch Sie mit – durch Ihre Spende: PSchAmt München, Kto-Nr. 440 809.
Deutsches Kinderhilfswerk e. V.
Langwieder Hauptstr. 4,
8000 München 60.

Erfolgsleiter für Werbeleiter

1,2 Milliarden DM Jahresumsatz eines der größten europäischen Unternehmen der Aluminiumverarbeitung wollen sachkundig durch Werbung abgesichert werden. Für diese anspruchsvolle, vielseitige Aufgabe wird ein qualifizierter Werbeleiter mit einem ausgeprägten technischen und wirtschaftlichen Verständnis gesucht.
Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 17. August, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.
Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

SCHERING / Das Wachstum kontinuierlich fortgesetzt

# Suche nach Fachkräften

PETER WEERTZ, Berlin

Die Schering-Gruppe, Berlin und Bergkamen, hat im ersten Halbjahr ihr Umsatzwachstum kontinuierlich fortgesetzt. Wie das Unternehmen mitteilt, nahmen die Umsätze in der Gruppe um zwölf und in der AG um elf Prozent zu. Im vergangenen Jahr waren die Umsätze in der Gruppe auf 4,88 Mrd. DM (plus 14 Prozent) und in der AG auf 2,15 Mrd. DM (plus 9 Prozent) gestiegen. Außer im Pharma-Geschäft haben sich allerdings nach Angaben des Unternehmens im zweiten Quartal die übrigen Produktionssparten abgeschwächt.

Infolge der größeren Nachfrage nach Produkten und erweiterter Forschungsaktivitäten hat Schering im ersten Halbjahr die Zahl der Mitarbeiter kräftig aufgestockt. Dennoch sei es nicht gelungen, in allen Unternehmensbereichen die erforderliche Zahl von Mitarbeitern zu finden, weil am Arbeitsmarkt nach wie vor ein Engpaß für qualifiziertes Personal bestehe. In der Gruppe wuchs die Zahl der Mitarbeiter um vier Prozent auf 23 689 und in der AG um fünf Prozent auf 10 397.

In diesem Jahr sollen in der Gruppe 400 (Vorjahr 281) Mill. DM und in der AG 200 (153) Mill. DM investiert werden. Trotz erheblich höherer Aufwendungen für Forschung und Entwicklung liegen die Erträge im ersten Halbjahr über dem Vorjahreswert. Im vergangenen Jahr hatte Schering eine Spitzendividende von 12 DM je Aktie im Nennwert von 50 DM ausgeschüttet. Für den Rest des Geschäftsjahres rechnet das Unternehmen weiter mit „guten Ergebnissen".

Beigetragen zur Ertragslage haben auch die Tochtergesellschaften von Schering in den Vereinigten Staaten. Diese konnten trotz des niedrigeren Gewinn-Niveaus ihre Ertragslage verbessern.

EISENWERKE DÜKER / Wegen schwacher Wohnungsbaukonjunktur um Diversifikation bemüht – Auftrag aus China

# Für die Zukunft „einige heiße Eisen im Feuer"

DANKWARD SEITZ, München

China – bei diesem Wort bekommt Hermann Niggemann, Geschäftsführer der Eisenwerke Fried. Wilh. Düker GmbH & Co. KG in Laufach, beim Blick in die Zukunft fast glänzende Augen. Gegen starke Konkurrenz konnte das Familienunternehmen Anfang des Jahres einen ersten Auftrag aus dem Reich der Mitte über eine Druckrohrschleuderanlage im Wert von 6,5 Mill. DM buchen. Ein Schritt auf diesen riesigen Markt, dem schon bald weitere folgen können, denn, so Niggemann, über drei Anschlußaufträge wird bereits verhandelt. Fast vergessen ist damit die Niederlage von 1984, als ein bereits sicher geglaubtes Geschäft mit der „DDR" in letzter Minute verlorenging, weil man im Preis stark unterboten worden war.

Im Zuge dieser Verhandlungen haben die Chinesen, so glaubt Niggemann, Düker nicht nur als Anlagenbauer, sondern auch als Hersteller von Fleischereimaschinen entdeckt. Großes Interesse hätten sie an automatischen Wurst-Füllmaschinen und Hydrocuttern gezeigt. Die Chancen, vielleicht schon bald solche Maschinen in die innere Mongolei liefern zu können, seien recht gut. Schon in Ägypten, Japan und Hongkong habe man mit diesen Fleischverarbeitungsmaschinen inzwischen Fuß gefaßt.

Und noch mehrere „heiße Eisen" hat Düker für die Zukunft im Feuer. Da steht zum einen die Entwicklung eines „kokslosen Kupolofens", an dem man seit nun fast sieben Jahren mit Unterstützung des Bundesforschungsministeriums arbeitet, kurz vor der Marktreife. Mit ihm wird durch ein neues Verfahren beim Erschmelzen von Gußeisen eine Entstaubung überflüssig und über die Hälfte der Energiekosten eingespart. Mit zwei potentiellen Interessenten, so Niggemann, steht man bereits in Verkaufsverhandlungen.

Zum anderen wurde, um den Absatz von Guß-Badewannen zu fördern – Düker ist der letzte deutsche Hersteller von gußeisernen Bade- und Brausewannen –, eine Art elektrische Sackkarre entwickelt, die Treppen steigen kann. Denn, so Niggemann, in letzter Zeit bevorzugten die Installateure wegen des leichteren Transports innerhalb von Häusern zunehmend Stahlblech-Wannen. Und weil mit dieser Karre auch andere Lasten befördert werden können, tut sich damit ein ganz neuer Markt auf. Doch noch ist nicht entschieden, ob die Produktion in eigene Regie übernommen wird.

So vielversprechend dies alles auch sein mag, Prognosen möchte Niggemann für die nächsten Jahre nicht erstellen. Für 1985 mußte man erst einmal den Umsatzplan leicht von 175 Mill. auf 170 Mill. DM revidieren, auch wenn man sich insgeheim doch mehr erhofft. Schon im Vorjahr mußte ein geringes Umsatzminus von 1,7 Prozent auf 166,4 Mill. DM hingenommen werden. Die Exportquote sank auf 19,2 (23) Prozent.

Dadurch und infolge höherer Materialkosten fiel auch die Umsatzrendite nach Angaben von Niggemann auf „bescheidene" 1,5 (2,0) Prozent zurück. Bei Abschreibungen von 5,7 (4,5) Mill. DM wurden rund 8,5 (6) Mill. DM investiert. 1985 sollen es über 10 Mill. DM sein.

Alle Diversifikationsbemühungen sieht Niggemann unter dem Aspekt, unabhängiger von der Wohnungsbaukonjunktur zu werden. Denn die Umsatzabstriche 1984 und 1985 gehen fast ausschließlich zu Lasten der Baumarktartikel (vor allem Bade- und Duschwannen) mit einem Umsatzanteil von rund 44 Prozent. Auf den Tiefbau (Schweramaturen und Druckrohrformstücke) entfallen 32 Prozent des Umsatzes, auf den Chemiebereich 8,0, Bremsscheiben 4,0, sowie Fleischereimaschinen 6,0 Prozent und der Rest auf Kundenguß. Wenn dennoch für 1985 wieder ein „zufriedenstellendes" Ergebnis erwartet werden könne, so nur deshalb, weil all diese Sparten „gut im Rennen liegen" und die Erwartungen erfüllten.

SINCLAIR

# Zusammenarbeit mit Dixons

fu. London

Die gegen finanzielle Schwierigkeiten ankämpfende britische Computerfirma Sinclair Research versucht durch eine enge Anlehnung an Großbritanniens größte Ladenkette für Elektronik-Geräte, Dixons, zu überleben. So hat die Dixonskette angeblich zugesagt, für rund 10 Mill. Pfund (knapp 39 Mill. DM) Heim-Computer und Flachröhren-Mini-Fernsehgeräte von Sinclair abzunehmen und in Verbindung mit einer großangelegten Werbekampagne in ihren rund 800 Einzelhandelsgeschäften zum Verkauf anzubieten.

Auf diese Weise hofft Sir Clive Sinclair, dessen Firma sich insbesondere mit der Herstellung von Heim-Computern auch international einen Namen machte, die jetzt überraschend bekanntgegebene Aufgabe einer Rettungsaktion durch den Zeitungsbaron Robert Maxwell ausgleichen zu können. Erst Mitte Juni hatte Maxwell, Inhaber der großen Mirror-Gruppe („Daily Mirror", „Sunday Mirror") angekündigt, zwölf Mill. Pfund über eine Tochterfirma seines Verlagshauses Pergamon Press in Sinclair Research einzuschießen und dafür einen 75prozentigen Anteil zu übernehmen. Sir Clive hätte an der von ihm gegründeten Firma nur noch 15 Prozent gehalten und darüber hinaus nicht mehr dem Vorstand angehört.

Weitere Wirtschaftsnachrichten auf der Seite 16

Anzeige

DekaDespa-Info Nr. 9

**Mit DekaRent sichern Sie sich die hohen US-Renditen.**

Und die Chance auf Kursgewinne bei weiter sinkenden US-Zinsen.

Mehr über DekaRent erfahren Sie vom Geldberater der Sparkasse.

SparkassenFonds: Die hohe Schule der Geldanlage.

Deka

INTERFRIGO / Jetzt 24 Eisenbahnen als Mitglieder

# Weniger Güter transportiert

HEINZ HILDEBRANDT, Basel

Durch die Aufnahme der Tschechoslowakischen Staatsbahnen (CSD) als Vollmitglied der Interfrigo – Internationale Gesellschaft der Eisenbahnen für Kühltransporte, Basel, gehören dieser Genossenschaft jetzt insgesamt 24 Mitgliedsbahnen in Europa und dem Nahen Osten an. Die Interfrigo verfügte zu Jahresbeginn über 6456 eigene Spezialwaggons und verwaltete weitere 13 792 Einheiten ihrer Mitglieder.

Mit diesem Fahrzeugpark wurden 1984 insgesamt 2,96 (3,19) Mrd. Tonnenkilometer bewältigt. Der Rückgang von 7,2 Prozent war vor allem eine Folge von witterungsbedingten Ernteverzögerungen bei Steinobst und Trauben in Italien, wo außerdem ein Überangebot von Lkw-Laderaum die Wettbewerbssituation von Schiene und Straße zuungunsten der Bahn beeinflußte.

Die traditionell bedeutendste Länderverbindung Italien–Bundesrepublik fiel damit erstmalig mit rund 218 000 Tonnen Fracht auf den zweiten Platz zurück, das größte Verkehrsaufkommen in 1984 mit rund 228 000 Tonnen wurde zwischen Bulgarien und der Sowjetunion abgewickelt, wobei es sich vorwiegend um Weintransporte handelte. Erst mit großem Abstand folgte die Verbindung Italien–Frankreich.

Auf der Abgangsseite verzeichnete die Bundesrepublik jedoch ein erhebliches Plus, was nahezu ausschließlich durch die Steigerung der Bananentransporte ab Nordseehäfen erzielt wurde. Wesentliche Verbesserungen erfuhr auch der Griechenland-Verkehr.

Insgesamt beliefen sich die betrieblichen Erträge der Interfrigo 1984 auf 103,3 (112,4) Mill. Schweizer Franken. Die Differenz zum Vorjahr ist nur zum Teil auf den Verkehrsrückgang zurückzuführen, wesentlich wirken sich hier auch Wechselkursänderungen aus. Aus dem mit 0,169 (0,165) Mill. sfr ausgewiesenen Gewinn erhalten die Mitglieder eine Dividende von 12 Prozent auf ihre Einlagen.

Im internationalen Gütertransport erwartet die Interfrigo auch in Zukunft ein Anhalten des starken Wettbewerbs zwischen Schiene und Straße, der selbst durch einen wirtschaftlichen Aufschwung kaum abzuschwächen sei. Dies gilt besonders für den Sektor leichtverderblicher Güter. Daher laufen bereits intensive Untersuchungen über den Einsatz von Kühlwechselbehältern im kombinierten Verkehr beider Verkehrsträger. Neue Probleme werden in absehbarer Zukunft zudem aus der Süderweiterung der EG und damit aus einem verstärkten Obst- und Gemüseverkehr ab Spanien erwartet.

## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

### VEW steigerte Absatz

**Dortmund** (dpa/VWD) – Die Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund, hat im ersten Halbjahr 1985 gegenüber dem Vorjahreszeitraum 1,8 Prozent mehr Strom abgesetzt. Wegen der „außergewöhnlich kühlen Witterung", vor allem zu Beginn des Jahres, konnten auch der Verkauf von Gas um 9,6 Prozent sowie von Fernwärme um 8,1 Prozent gesteigert werden. Wie aus dem Aktionärsbrief weiter hervorgeht, nahmen die Industrie-Kunden 0,8 Prozent mehr Strom ab als im ersten Halbjahr 1984. VEW erwartet nach diesen Zwischenergebnissen einen Jahresabschluß, der „eine angemessene Bedienung auch des erhöhten Grundkapitals" ermöglicht.

### Position ausgebaut

**Düsseldorf** (Py.) – Mit 7,54 Mill. Fluggästen (plus 5,6 Prozent) stand der Flughafen Düsseldorf auch 1984 an zweiter Stelle unter den Verkehrsflughäfen der Bundesrepublik. Unter den 50 größten europäischen Flughäfen nimmt Düsseldort die 13., in der westlichen Welt die 43. Position ein. Auch im Luftfrachtaufkommen hielt der Aufwärtstrend an. Bei einem Umschlag von 38 300 t (plus 23,5 Prozent) lag Düsseldorf in der Bundesrepublik ebenfalls an 2. Stelle vor München und Hamburg, im Luftpostaufkommen (5067 t) jedoch erst auf Platz acht.

### Plus beim Portwein-Export

**Hamburg** (dfh.) – Im ersten Halbjahr 1985 exportierten die rund 40 Portwein-Hersteller 11 765 Hektoliter nach Deutschland, teilte das Instituto do Vinho do Porto, die Qualitäts- und Kontrollinstanz für Portwein, mit . Gegenüber 8463 Hektoliter im ersten Halbjahr 1984 war das ein Anstieg um 39,02 Prozent. Weltweit wurden im ersten Halbjahr 1985 insgesamt 270 465 Hektoliter Portwein abgesetzt. Das waren 16,4 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 1984.

### Dornbusch wächst weiter

**Bielefeld** (hdt.) – Während im Branchendurchschnitt der Hemdenindustrie rückläufige Zahlen verzeichnet werden, konnte die Dornbusch & Co. GmbH, Bielefeld, ihren Umsatz im Geschäftsjahr 1984/85 mengenmäßig um 5 Prozent, wertmäßig sogar um 10 Prozent steigern. Das Rekordergebnis des Vorjahres mit einem Plus von 28 Prozent konnte zwar nicht wiederholt werden, mit 51,4 Mill. DM wurde jedoch erstmalig die 50-Mill.-DM-Umsatzgrenze überschritten.

LEBENSVERSICHERUNG VON 1871 / Wieder aufwärts

# Konsolidierung wirkt

DANKWARD SEITZ, München

In einer vom Erfolg begleiteten Konsolidierungsphase befindet sich inzwischen die Lebensversicherung von 1871 a. G., München, die bei Vorstandsvorsitzendem Johannes Schießl die Hoffnung weckt, daß es jetzt „wieder ganz langsam aufwärts gehen wird". Im Innenbereich sei die Reorganisation bereits soweit fortgeschritten, daß sich schon 1985 die erzielten Kostenentlastungen auswirken werden. Und verstärkt könne man sich nun auf den Außendienstbereich konzentrieren. Im ersten Halbjahr 1985 mußte allerdings erneut ein um 20 Prozent niedrigeres Neugeschäft hingenommen werden.

Nach Jahren überdurchschnittlicher Expansion im Neugeschäft – forciert von einem Ex-Vorstandsmitglied –, wobei die Qualität außer acht gelassen wurde, sah man sich 1983 bei der Gesellschaft gezwungen, kräftig auf die Bremse zu treten und der Bestandsfestigkeit den Vorrang zu geben. Dieser bewußte Verzicht auf Verträge minderer Bonität mit meist sehr hohen Summen führte 1984 allerdings zu einem weiteren deutlichen Rückgang des Neugeschäfts um 15 nach 12,7 Prozent.

Als durchaus positives Ergebnis der geänderten Vertriebspolitik bewertet der Vorstand in diesem Zusammenhang, daß die durchschnittliche Versicherungssumme der neuen Verträge auf rund 26 000 (über 30 000) DM gesunken ist. Den bisher sichtbarsten Erfolg konnte man bei der Stornoquote erreichen. Wenn auch im Branchenvergleich noch relativ hoch, mußte nicht mehr ein so extremer Wert wie im Vorjahr (1982: 8,5 Prozent) hingenommen werden.

| LV 1871 | 1984 | ±% |
|---|---|---|
| Versicherungsbest. (Mill. DM) | 2896,0 | + 2,9 |
| Eingel. Neugeschäft | 224,4 | - 15,0 |
| Beitragseinnahmen | 89,9 | + 0,3 |
| Aufw. f. Vers.-Fälle | 43,0 | - 12,6 |
| Kapitalanlagen [1] | 1083,1 | + 6,8 |
| Kapitalerträge | 80,6 | + 4,1 |
| Durchschn.-Rendite (%) | 7,4 | (7,7) |
| Aufw. f. Beitr.-Rückerst. [2] | 54,3 | - 2,5 |
| Rückst. f. Beitr.-Rückerst. | 110,8 | + 7,1 |
| | **1984** | **1983** |
| Stornoquote [3] | 7,4 | 9,7 |
| Verwalt.-Kostenquote [4] | 12,9 | 12,2 |
| Abschl.-Kostenquote [5] | 74,1 | 65,1 |
| Überschußquote [6] | 61,0 | 62,5 |

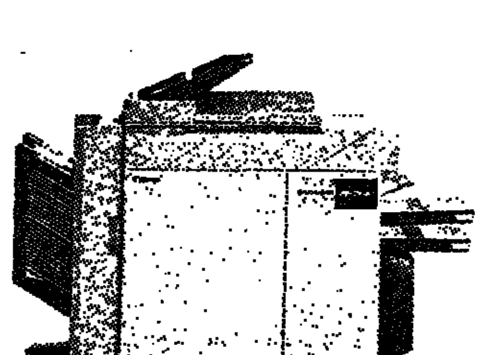
[1] ohne Depotforderungen; [2] einschl. 18,0 Mill. DM Direktgutschrift; [3] Rückkauf, Umwandlg. in beitr.-freie Versich. u. sonst. vorzeitiger Abgang in % des Anfangsbestands; [4] sonst. Aufw. d. Vers.-Geschäfts in % der Beiträge; [5] in Promille d. eingel. Neugeschäfts; [6] Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

SALTO MORTALE

Canon
BEIM KOPIEREN 1. WAHL

Automatisch doppelseitig kopieren bei gleichzeitig hoher Kopiergeschwindigkeit, vollautomatischer Betrieb auf einfachen Tastendruck.

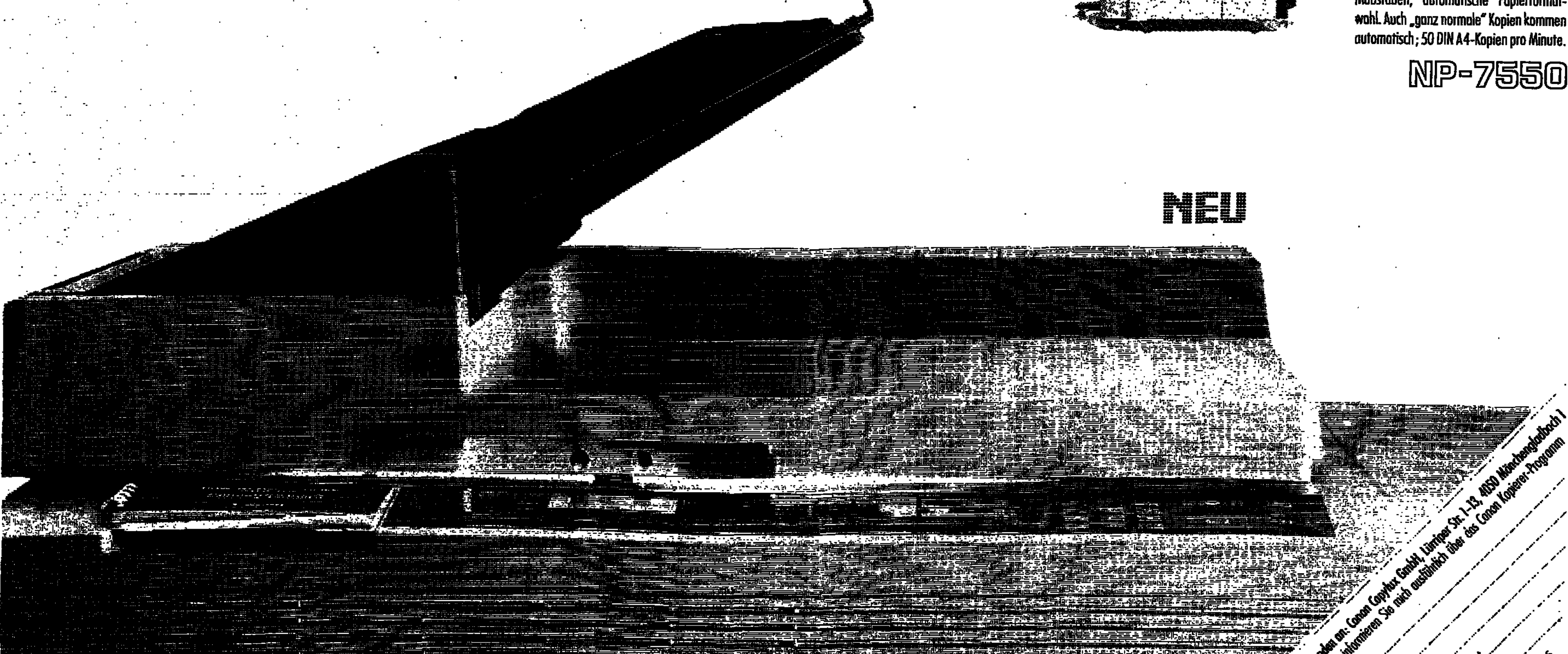
Der neue Canon NP 7550: Beeindruckend mit welcher Schnelligkeit dieser Kopierer bis zu 50 Vorlagen einzieht, nach Bedarf automatisch wendet, Rückseiten kopiert



und programmgemäß einseitige oder doppelseitige Kopien in korrekter Reihenfolge an die Ausgabe bringt – Salto mortale in Perfektion.

Selbstverständlich: A3-kopieren, verkleinern, vergrößern, stufenlos oder in fixen Maßstäben, automatische Papierformatwahl. Auch „ganz normale" Kopien kommen automatisch; 50 DIN A4-Kopien pro Minute.

NP-7550



# Aktien überwiegend abbröckelnd

## Aber aufkommendes Auslandsinteresse für die Großchemie

**DW. – Am Wochenbeginn war der Aktienhandel streckenweise schleppend. Das auf ermäßigter Basis angebotene Material wurde aber ziemlich reibungslos aufgenommen. Am empfindlichsten waren wieder die Bankaktien, ein Nachklang der erneut aufgeflackerten internationalen Schuldendiskussion. Sie läßt das Interesse für Bankaktien trotz des tendenziell abwärts gerichteten Zinstrends in den Hintergrund treten. Die Kaufwünsche der Ausländer wurden angeführt von den Titeln der Großchemie, die sich bis zu zwei DM verbesserten.**

Das von einigen Börseninformationsdiensten wach gehaltene Interesse für Autoaktien führte trotz der prognostizierten Rekordgewinne für 1985 zu keinem weiteren Kursanstieg mehr. Dafür sorgten in der Hauptsache Gewinnmitnahmen, die bei steigenden Kursen zuzunehmen beginnen. Gut im Markt lagen weiterhin Veba. Einmal aus Renditegründen, zum anderen aber auch weil die Veba die letzte große Publikumsgesellschaft ist, die in diesem Jahr noch eine Dividendenzahlung vorzunehmen hat; sieht man einmal von Mercedes ab, wo der Markt jedoch sehr viel enger ist. Im Elektrobereich bewegten sich die Kurse nur wenig. Ausnahme war PKI, wo es zu einem Tagesgewinn von mehr als 10 DM kam. Am ersten Dotierungstag bereitete der Bezugsrechthandel bei IWKA keine Probleme. Unter Berücksichtigung des Abschlages lagen IWKA-Aktien höher als am Wochenende. Allianz und Aachen-Münchner-Beteiligung litten unter Gewinnmitnahmen.

**Frankfurt:** Enka erholten sich um 20 DM, Cassella sanken um 19 DM und Chemieverwatung um 11 DM. Aesculaß und NWK Vz. verminderten sich jeweils um 5 DM. Blaue Quellen zogen um 14 DM an.

**Düsseldorf:** Um je 4 DM wurden Gerresheimer Glas, Schiess und Verseidag zurückgenommen. Bilfinger undT: Atlanten gaen um 5 DM nach. Alexander und Kochs Adler stiegen um 5 DM. Aachener Münchener Bet. fielen um 25 DM und Aachener Münchener Vers. um 20 DM.

**Hamburg:** Markt und Kühlhallen gaben um 4 DM nach. HEW lagen unverändert und NWK Vz. stiegen um u,90 DM. Beiersdorf verschlechterten sich um 1 DM und Triton um 2,50 DM. Bremer Vulkan gaben um 0,50 DM nach.

**München:** Agrob Vz. gaben um 5 DM, Audi AG um 10 DM und AKS um 1 DM nach. Deckel AG konnten sich um 2 DM, Dywidag um 4,50 DM und Süd Chemie um 11 DM befestigen. NAK Stoffe zogen um 1,60 DM an.

**Stuttgart:** Audi erhöhten sich um 4 DM und Sekt Wachenheim befestigten sich um 20 DM. Stuttgarter Hofbäru St. mußten 14 DM abgeben, Hohner sanken um 2 DM und Württembergische Hypothekenbank wurden um 20 DM zurückgenommen. Württembergische Cattun waren um 24 DM gedrückt.

**Nachbörse: nachgebend**

**WELT-Aktienindex: 198,38 (199,20)**
**WELT-Umsatzindex: 2176 (3412)**

## Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

## Inlandszertifikate

## Inland

## Freiverkehr

## Ungeregelter Freiverkehr

## Unnotierte Werte

## Ausländische DM-Anleihen

## Auslandszertifikate (DM)

## Fremde Währungen

## Ausland

### New York

## Amsterdam

## Tokio

## Zürich

## Madrid

## Paris

## Mailand

## London

## Toronto

## Wien

## Kopenhagen

## Brüssel

## Hongkong

## Singapur

## Sydney

## Optionshandel

## Goldmünzen

## Devisen und Sorten

## Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 12.8.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

| | US-$ | DM | sfr. |
|---|---|---|---|
| 1 Monat | 7¾–7 | 4⅝–4⅞ | 4¼–4½ |
| 3 Monate | 7¾–8 | 4½–4¾ | 4½–4¾ |
| 6 Monate | 7⅞–8⅛ | 4¾–5 | 4¾–5 |
| 12 Monate | 8⅛–8⅜ | 4⅞–5⅛ | 4¾–5 |

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

## Devisenmärkte

Henry Kaufmann, der Chefvolkswirt von Salomon Brothers, prognostizierte schwaches Wachstum in den USA und Lockerung der Kreditpolitik. Er löste damit Hausse-Stimmung an den amerikanischen Bond-Märkten aus und schickte den US-Dollar auf Talfahrt. Der Kurs pendelte am 12.8. zwischen 2,7910 und 2,8055 in einem besonnenen Markt. Die amtliche Notiz kam mit 2,7984 zustande. Das englische Pfund zog am meisten Nutzen aus der Situation und stieg gegen D-Mark auf 3,859. Auch der Schweizer Franken konnte sich etwas verbessern. Alle anderen Währungen fielen mit Ausnahme des Schilling zurück. Der japanische Yen gab um knapp 0,9 Prozent auf den Jahrestiefstand von 1,1790 nach. Die Pesete und der Escudo notierten historisch tief. US-Dollar in: Amsterdam 3,1505; Brüssel 56,64; Paris 8,5650; Mailand 1878,00; Wien 1965,90; Zürich 2,3089; Ir. Pfund/DM 3,118; Pfund/Dollar 1,3790; Pfund/DM 3,859.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 12.8.: In D-Mark 2,22583 (Parität 2,24184); in Dollar 0,79540 (13. März 1979: 1,34444)

Ostmarkkurs am 12. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

## Devisenterminmarkt

Am 12. August gaben die Euro-Dollar-Deports ¼ Prozent nach, die Terminabschläge notierten deutlich verringert.

| | 1 Monat | 3 Monate | 6 Monate |
|---|---|---|---|
| Dollar/DM | 0,88–0,78 | 2,39–2,29 | 4,70–4,80 |
| Pfund/Dollar | 0,46–0,44 | 1,14–1,11 | 1,92–1,87 |
| Pfund/DM | 3,10–1,70 | 7,00–5,00 | 13,3–10,8 |
| FF/DM | 29–13 | 72–58 | 131–115 |

## Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 12.8.: Tagesgeld 4,70–4,80 Prozent; Monatsgeld 4,70–4,85 Prozent; Dreimonatsgeld 4,70–4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,88 Prozent, 6 Mon. 4,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 12.8.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 12.8.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 12. Aug. 1985 an. Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/9 (Typ A) 4,50 (4,50) – 6,00 (5,23) – 6,25 (5,55) – 6,50 (5,77) – 7,00 (5,98) – 8,50 (6,34). Ausgabe 1985/10 (Typ B) 4,50 (4,50) – 6,00 (5,25) – 6,25 (5,58) – 6,50 (5,81) – 7,00 (6,06) – 8,50 (6,45) – 8,50 (6,74) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,50, 2 Jahre 5,30. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50, Kurs 101,00, Rendite 6,28.

# Renten nicht ganz behauptet

**Am Rentenmarkt sind die Käufer in Wartestellung gegangen. Das gilt auch für die Ausländer, deren Aktivitäten sich im Bereich der öffentlichen Anleihen in engen Grenzen hielten. Kursabschläge von bis zu 0,10 Prozentpunkten waren kaum zu vermeiden. Begründet wird das nachlassende Anlageinteresse mit Zweifeln, ob es wirklich schon in dieser Woche zu einer Diskontsenkung kommen wird. Die Unsicherheit darüber ist im Zusammenhang mit dem letzten Zinstender aufgetaucht, wo der Mindestbietungssatz von 4,8 Prozent überraschend hoch angesetzt worden war.**

## Bundesanleihen

## Bundespost

## Länder – Städte

## Bankschuldverschr.

## Bundesbahn

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| F | 7 dgl. 77 | 2/87 | 102,7bG | 102,65 |

## Sonderinstitute

## Industrieanleihen

## Wandelanleihen

## Optionsscheine

## Optionsanleihen

## Währungsanleihen

## Düsseldorf

## DM-Auslandsanleihen

## Ausländische Aktien in DM

# Warenpreise – Termine

**Zu einem Kurssprung nach oben kam es am Freitag bei den Gold- und Silberterminnotierungen an der New Yorker Comex. Etwas fester notierte Kupfer zum Sitzungsschluß. Die Kaffeenotierungen gingen uneinheitlich aus dem Markt. Kakao lag durchweg fester.**

## Getreide und Getreideprodukte

| Weizen Chicago (c/bush) | 9.8. | 8.8. |
|---|---|---|
| Sept. | 284,50 | 284,00 |
| Dez. | 290,50 | 285,75 |
| März | 301,50 | 298,75 |

| Weizen Winnipeg (can. $/t) | | |
|---|---|---|
| Wheat Board cif, St. Lawrence 1 CW | 224,72 | 221,49 |
| Amber Durum | 221,45 | 220,49 |

| Kakao New York ($/t) | 9.8. | 8.8. |
|---|---|---|
| Terminkontr. Sept. | 2075 | 2046 |
| Dez. | 2161 | 2148 |
| März | 2190 | 2179 |
| Umsatz | 2495 | 2454 |

| Zucker New York (c/lb) | | |
|---|---|---|
| Kontrakt Nr. 11 Sept. | 4,15 | 4,10 |
| Okt. | 4,27 | 4,31 |
| Jan. | 4,45 | 4,52 |

## Öle, Fette, Tierprodukte

## Genußmittel

## Wolle, Fasern, Kautschuk

## Erläuterungen – Rohstoffpreise

## Westdeutsche Metallnotierungen

## NE-Metalle

## Zinn-Preis Penang

## Deutsche Alu-Gußlegierungen

## Edelmetalle

## Internationale Edelmetalle

## New Yorker Metallbörse

## Londoner Metallbörse


# Wirtschaftspolitik mit Orientierung!

LUDWIG ERHARD:

Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft. Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung erwiesen.

Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft. Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik".

In „Orientierungen", Heft 23, kommen Politiker, Wissenschaftler und Praktiker zu Wort. Die heute notwendige Beschäftigungsstrategie wird erörtert. Es werden Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Zukunft diskutiert und die Bedeutung von Mittelstand und neuem Unternehmertum dargelegt. Das Heft enthält Beiträge zur europäischen Agrarpolitik, zur Regionalpolitik, zur Lage des Einzelhandels, zur Geldpolitik, zur Vermögensbildung, zur Sozialpolitik und befaßt sich mit dem Verhältnis von Arbeit und Kapital.

Möchten Sie „Orientierungen" beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? – Schreiben Sie uns:

Ludwig-Erhard-Stiftung,
Johanniterstraße 8, 5300 Bonn 1.



# SIEMENS



Computer und Communications von Siemens.



## Gegen das elektronische Büro sprechen ein paar Vorurteile. Dafür spricht alles.

Die Elektronik zieht in die Büros ein. Zwar erst zögernd, denn manche Vorurteile sind noch auszuräumen. Vorurteile wie „Die Entwicklung ist noch im vollen Fluß" oder „Bei so vielen Angeboten blickt man nicht mehr durch" oder gar „Die Mitarbeiter kommen mit den neuen Systemen nicht klar". Aber diesen alten Vorurteilen stehen die Vorteile der neuen Systeme gegenüber.

**Vorteile gegen Vorurteile.**
Gewiß – Entwicklung und Fortschritt sind in der Büroelektronik unverändert groß. Aber auch der bereits erreichte Standard ist hoch, und er ist verläßlich. Keiner weiß das besser als Siemens. Wer jetzt voll einsteigt, gewinnt viele Vorteile im Bürobetrieb, und zunehmend auch im Wettbewerb. Worauf wollen die Zögerer noch warten?
Schon jetzt hat jeder achte Mitarbeiter in deutschen Büros einen Bildschirm am Arbeitsplatz.

**Büroarbeit: Besser, leichter und lieber.**
Büroelektronik macht die Arbeitsplätze im Büro nicht nur produktiver, sondern auch humaner: Die Menschen arbeiten leichter und lieber. Die Erfahrung bestätigt, daß nach einer kurzen Einarbeitungszeit acht von zehn Mitarbeitern die Tätigkeit mit den modernen Systemen der Siemens-Bürokommunikation ihrer früheren Arbeit vorziehen.

**Bestandteile statt Teile.**
Es stimmt zwar, daß immer mehr Anbieter auch immer mehr Endgeräte auf den Markt bringen; die meisten kann man auch irgendwie miteinander verknüpfen. Manchmal sieht es freilich eher nach Durcheinander als nach Miteinander aus. Doch die hohe Kunst der Bürokommunikation liegt nicht allein in der Elektronik, sondern auch in der „Denke", die alle die schönen neuen Geräte als Bestandteile – und nicht nur als Teile – eines sinnvollen Ganzen begreift.
Deshalb kann man z.B. mit dem Siemens-Multiterminal sprechen, schreiben, lesen und computern.

**Kompetenz aus Systemdenken.**
Die Kompetenz von Siemens in der Bürokommunikation kommt also zum einen aus der Technologie. Und zum zweiten aus dem Verstand, mit dem Kundenprobleme erkannt und der Kreativität, mit der Problemlösungen entwickelt werden.
Die Siemens-Büroelektronik ist eingebettet in eine internationale Netzarchitektur, in der alle Geräte und Systeme miteinander kommunizieren können: offen für das, was heute existiert und offen für das, was die Zukunft bringt.

**Büroelektronik von Siemens – offen für alle.**

Wenn Sie mehr über das elektronische Büro wissen wollen, wenden Sie sich bitte an die nächste Siemens-Geschäftsstelle oder lassen Sie sich weitere Informationen schicken von:
Siemens AG, Infoservice
Postfach 156, 8510 Fürth


PHILIP MORRIS

## Vor dem Sprung an die Spitze?

dpa VWD. Frankfurt

Die Philip Morris GmbH, München, Tochtergesellschaft des gleichnamigen US-Konzerns, strebt die Spitzenposition am deutschen Zigarettenmarkt an. Getragen wird diese Zuversicht von dem Erfolg der Hauptmarke Malboro: Innerhalb von 15 Jahren gelang es Philip Morris, den Marktanteil der Malboro von 1,2 Prozent 1970 auf inzwischen 15,8 Prozent zu steigern.

Damit löst Malboro die seit Jahren führende Zigarettenmarke HB (Hersteller BAT) ab, deren Marktanteil von 20 Prozent 1970 auf 15,1 Prozent fiel. HB liegt damit aber immer noch weit vor Camel Filters (Reynolds) mit 7,4 Prozent, Lord Extra (Brinkmann) mit 6,4 Prozent und Peter Stuyvesant (Reemtsma) mit 5,6 Prozent.

In Frankfurt gab Geschäftsführer Günter Wille den Marktanteil von Philip Morris in der Bundesrepublik mit 21,8 Prozent im Juli an, verglichen mit 27,3 Prozent beim Marktführer Reemtsma und 26,3 Prozent bei BAT. Brinkmann kommt auf 11,8 Prozent und Reynolds auf 8,8 Prozent. Der deutsche Markt wird vom Werk Berlin versorgt, das von Philip Morris derzeit mit einem Investitionsvolumen von 40 Mill. DM ausgebaut wird.

## Rheinboden mit besserem Ergebnis

Py. Düsseldorf

Die Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank AG, Köln, erwartet für das Gesamtjahr 1985 ein befriedigendes Ergebnis. Wie dem Zwischenbericht zur Jahresmitte zu entnehmen ist, erhöhte sich der Zinsüberschuß des Instituts auf 25,2 (23,7) Mill. DM, einschließlich des Saldos aus Einmal-Erträgen und -Aufwendungen auf 30,3 (28,2) Mill. DM.

Im 1. Halbjahr hat die Bank ihre Neuzusagen gegenüber dem Vorjahr auf 438 (390) Mill. DM gesteigert. Davon entfielen 272 (224) Mill. DM auf Hypothekendarlehen und 166 (166) Mill. DM auf Kommunaldarlehen. Ausgezahlt wurden 460 (405) Mill. DM.

Die Steigerung der Neuzusagen stehe in „positivem Gegensatz zu der deutlich verminderten Investitionsbereitschaft im Wohnungsbau". Dabei wirkten sich auch Geschäftsüberhänge aus dem Vorjahr aus. Zur Jahresmitte waren 7,75 (7,59) Mrd. DM langfristig ausgeliehen. Ihnen standen für 7,20 (6,92) Mrd. DM gegebene Schuldverschreibungen gegenüber.

## NAMEN

**Willi Zorn**, Seniorchef der EZetil E. Zorn GmbH & Co. KG, Hungen-Inheiden, und stellvertretender Vorsitzender des Gesamtverbandes Kunststoffverarbeitende Industrie (GKV), vollendet am 15. August sein 75. Lebensjahr.

**Herbert J. Jacobi**, Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter des Bankhauses Trinkaus & Burkhardt, Düsseldorf, wurde in den Aufsichtsrat der Crocker National Corp., San Francisco, Holding-Gesellschaft der Crocker National Bank und in den Aufsichtsrat von Samuel Montagu, London, berufen. Beide Gesellschaften sind Tochtergesellschaften der Midland Bank plc., London.

**Heinz Gombel** (45), seit 1976 Leiter des Bonner Büros des Speditionsunternehmens Schenker & Co., ist ab 1986 als Nachfolger von **Wolfgang Diederich** zum neuen kaufmännischen Geschäftsführer der Flughafen Köln/Bonn GmbH gewählt worden.

**Uwe Lunau**, bisher Geschäftsführer der Friemann & Wolf GmbH, Duisburg, sowie der Friemann & Wolf Gerätebau GmbH, Ostbevern, wurde zum Geschäftsführer der Friemann-Tochter Silberkraft Leichtakkumulatoren GmbH, Duisburg, bestellt.

**Werner Windt** wurde als Nachfolger von **Nicolaus Ambrosi**, der aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand tritt, zum Geschäftsführer der Licht und Leuchten E. Kubald GmbH, Poggenhagen-Hannover, bestellt.

## KONKURSE

**Konkurs eröffnet: Bocholt:** Büning GmbH & Co. KG, Rhede; **Braunschweig:** Dolmetscher- u. Übersetzungsdienst f. Ausländische Arbeitnehmer GmbH Düfa; **Burgdorf:** Feldmann Erdbau GmbH; **Duisburg:** Sanitherm – Sanitär- u. Heizungsbauges. mbH, Oberhausen; **Freiburg:** Wilhelm Otto Gerhard Tümmler; **Fürth/Odw.:** Richard Welzel GmbH, Birkenau; **Husum:** Friesland Seafood GmbH, Tönning; Nohme GmbH Krabbenkonservenfabrik Tiefgefrierbetrieb, Tönning; Karl Nohme GmbH u. Co. KG, Tönning; Wilhelm Nohme, Tönning; Karl Peter Nohme, Tönning; Wilhelm Nohme Fischerei, Tönning; **Lübeck:** Projektbau Ges. f. schlüsselfertiges Bauen mbH; **Mannheim:** Seilwolff Hebe- u. Fördertechnik GmbH; **Mayen:** Wagner GmbH & Co. Maschinen- u. Formenbau, Andernach; **Nürnberg:** Ho-Kra Hoffmann & Kraußer Baugeschäft GmbH; BBS Büroeinrichtungs & Service Ges. mbH; **Wittlich:** Gustav Hohn, Noviand; Nachl. d. Margaretha Hartmann, Strotzbüsch; Brösch & Sohn Weinhandelsges. mbH, Osann-Monzel.

**Anschlußkonkurs eröffnet: Peine:** Horst Riek, Kaufmann, Ilsede.

**Vergleich beantragt: Augsburg:** ADT-Abfüll- u. Dosier-Technik GmbH, Landsberg.

# Wer wendet hier wen?

gsz – Das Wort von der „Wende", in der Sphäre der Politik entstanden und für den polemischen Tagesbedarf bestimmt, ist bis zur Kultur durchgetropft und richtet hier ziemlichen Schaden an. Kaum ein Rezensent hält sich zu gut dafür, eifrig mit ihm herumzuhantieren. Vielen erspart es offenbar das Denken, und so wird es denn wahllos in der Gegend verstreut. Ob Wolfgang Wagner in Bayreuth einen neuen „Tannhäuser" inszeniert, Rihm eine neue Symphonie schreibt oder Botho Strauss ein neues Gedicht – alles sei nur noch „Wende".

Doktrinäre Theater-, Literatur- und Musikkritiker benutzen den Begriff mittlerweile als pures Totschlagewort. Nicht nur soll er den Abscheu des Kritikers vor dem rezensierten Kunstobjekt ausdrücken, man will damit gleichzeitig auch dessen Urheber lächerlich machen und einschüchtern. Es wird suggeriert, dem kritisierten Autor gehe es gar nicht mehr um Kunst, sondern um politische Anbiederung bei der gegenwärtigen Bonner Regierungskoalition, und wenn er so weitermache, werde er im „Betrieb" schnell zur Unperson werden.

Die Vorwürfe sind überaus lächerlich und fallen auf die Doktrinäre zurück. Glaubt denn wirklich jemand, ein wirklicher Komponist oder Dichter schaue jeden Tag in der Zeitung nach, wer gerade am Ruder ist, um danach seine Töne und Verse zu formieren? Veränderungen im kulturellen Stil gehen in der Tiefe des kollektiven Bewußtseins vor sich, und in der Regel sind es die Künstler, die ihnen als erste Ausdruck verleihen. Die Politik richtet sich dann mit ihren Veränderungen gewissermaßen nach der Kunst und nicht umgekehrt.

Daß viele Kritiker das nicht mehr begreifen, ist ein schlimmes Zeichen für den Zustand unserer Kritik. Sie können die Kunst nur noch als eine Funktion der aktuellen Politik würdigen und geben damit unfreiwillig preis, daß sie selber zu einer bloßen Funktion der aktuellen Politik geworden sind. Und das ganz offensichtlich schon lange vor der „Wende".

Exilzeitschrift „Komet"

# Eine Brücke zwischen West und Ost

Als nach der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstands im November 1956 Tausende ungarische Intellektuelle in den Westen flüchteten, suchten sie nach einem Sprachrohr. Vor 25 Jahren haben sie es erhalten. In Düsseldorf erschien die kulturpolitische Zeitschrift „Komet". Jetzt kam ihre 100. Ausgabe heraus. Seit ihrer Gründung sorgfältig und anspruchsvoll von dem ungarischen Schriftsteller und Dramatiker Otto Bodnár-Büchler redigiert, ist sie ein eindrucksvolles Spiegelbild nicht nur der Kultur der unterdrückten Völker des Ostens geworden. Bodnár-Büchler gelang es, zur Mitarbeit auch zahlreiche Persönlichkeiten des westlichen Kulturlebens zu gewinnen, so daß „Komet" auch die Funktion eines Brückenbauers zwischen West und Ost übernommen hatte.

Die Zeitschrift, so stellte anläßlich ihres Jubiläums etwa Yehudi Menuhin fest, war sich seit ihrer Gründung der Verantwortung und ihres Auftrages, die demokratische Kultur zu reflektieren, bewußt. Sie wollte – und dies ist dem Herausgeber auch gelungen – um sich Autoren sammeln, die zu der schwierigen Ost-West-Problematik etwas zu sagen haben. Und so findet man auf den Seiten der vergangenen Jahrgänge von „Komet" Beiträge nicht nur von Autoren, die aus den Ländern Ost- und Südosteuropas emigriert sind, wie etwa Julius Hay, Leszek Kolakowski oder Slawomir Mrozek. Für „Komet" schrieben u. a. Albert Camus, Arthur Koestler, Arthur Miller, Siegfried Lenz.

Für die Zukunft hat der Herausgeber Otto Bodnár-Büchler große Pläne. „Komet" will in ihrer literarischen Beilage kontinuierlich junge Autoren zu Wort kommen lassen. Das „Stammteam" von Autoren, die sich mit Fragen der Zeitgeschichte beschäftigen, soll erweitert werden. Aber auch Wissenschaft und Technik sollen nicht zu kurz kommen.

Daß sich „Komet" nicht „nur" als eine ausschließlich der Kultur gewidmete Zeitschrift betrachtet, haben in der Vergangenheit Beiträge von Franz Josef Strauß, Hans-Dietrich Genscher und anderen deutschen Politikern, aber auch ausländischer Staatsmänner wie Giscard d'Estaing bewiesen. Auch diese Tradition soll fortgesetzt werden. Damit diese Bemühungen mit Erfolg gekrönt werden können, hat Bodnár-Büchler bereits vor einigen Jahren vorgesorgt. Er holte sich für „Komet" die Segenswünsche des Papstes Johannes XXIII., der zum Osten Europas eine persönliche Bindung hat, ein.

RUDOLF STRÖBINGER

Salzburg: Henzes neuer „Ulisse" nach Monteverdi

# Barock im Stil der Nouvelle Cuisine

Monteverdi à la Hans-Werner Henze: Wenn Telemachos endlich dem Odysseus begegnet, klingen Orchester-Tutti-Schläge wie aus Strawinskys „Sacre". Fährt Minerva durch die Lüfte und verwendet sich bei ihren Kollegen für die Sache des Odysseus, so konzertiert das Klavier so munter und virtuos vor sich hin, als hätte Prokofiew gerade wieder einmal Haydn bearbeitet und neu gefaßt. So verkürzt man historische und ästhetische Distanzen!

Länger als sieben Jahre hat Henze an seiner Neufassung von Claudio Monteverdis „Il ritorno d'Ulisse in Patria" („Die Rückkehr des Odysseus in sein Vaterland") gearbeitet. Angeregt worden war das Werk seinerzeit von Michael Hampe, dem Kölner Opernchef. Durch Hampes enge Festspielbindungen kam Salzburg nun zu Uraufführungsehren, während Köln, mit geänderter Besetzung und zwangsläufig modifiziertem szenischen Konzept, erst im Herbst nachziehen wird.

Was hat Henze aus dem Monteverdi gemacht? Nun, er wollte, sagt er, „einfach einmal davon träumen, wie das damals war, 1641 bei der ‚Ulisse'-Uraufführung im Teatro San Cassiano in Venedig". Der mediterranen Geisteswelt, dem Homer, den griechischen Mythen und Italien von jeher zugetan, wollte er sich vorstellen, „wie grenzenlos virtuos, kulinarisch und herzerfrischend improvisierend damals musiziert wurde", nämlich so, als hätten sich die Paganinis, Liszts und Pavarottis aller Zeiten auf einmal dort eingefunden.

Wie es wirklich gewesen ist, das kann heute natürlich keiner mehr sagen. Von Monteverdi ist ja nur das Mark seiner Musik notdürftig überliefert. Für Generationen war das freilich ausreichend, einmal um die Meisterschaft des alten Klassikers, besonders im „Ulisse", zu erkennen, zum anderen um sie fleißig auszuschlachten. Durch Jahrhunderte hindurch wurde bearbeitet, ergänzt und retuschiert, zuletzt noch von Nicolaus d'Harnoncourt und Jean-Pierre Ponnelle in Zürich, die das Werk mit Nachdruck und Breitenwirkung unters Opernvolk von heute brachten.

Henze jedoch wollte mehr. Er dachte an eine vollständige Transposition des „Ulisse" in die Moderne, gewissermaßen an einen Mondeverdi-Klang, wie er für die Ohren von 1985 neu erfunden werden müßte – und nun eben von ihm, Henze, auch erfunden wurde. Gleichzeitig wollte er eine ausdrückliche Huldigung für den faktisch ersten Opernkomponisten der Welt und schließlich seine Popularisierung, den Beweis, daß der „Ulisse" schon immer eine Volksoper war. Der frenetische Jubel des Salzburger Premierenpublikums hat seine Intentionen voll bestätigt.

Dabei hat Henze im Prinzip nichts an Monteverdi verändert, er hat ihn gewissermaßen nur neu gewürzt und flambiert, wie ein Steak, das früher am Meeresstrand über Holzkohlenfeuer schmorte und das nun mit allen Errungenschaften der Nouvelle Cuisine in einem Fünf-Sterne-Hotel angerichtet wird. Henzes Kochplatte ist das moderne, große Orchester, mit welchem Monteverdi sozusagen zeitgemäß kommentiert und variiert wird.

Jeder Person der Handlung ist ein eigenes Instrumentarium zugeordnet. Die Götter haben natürlich die Trompeten, Posaunen und glockiges Schlagwerk, Ulisse hat Waldhörner, Klarinetten und acht obligate Celli, Penelope hat die Oboe d'amore, eine konzertierende Viola d'amore und sechs Kontrabässe. Telemachos, der Sohn, hat ein eigenes Orchester, einen Verschnitt aus elterlichen Klangkörpern. Einige Continuo-Instrumente sind für die edlen Szenen (ein moderner Konzertflügel, Harfe, klassische Gitarre) und für die schlimmen Freier gibt es Ziehharmonika, Banjo und Elektrogitarre.

Das „soundet" natürlich und wirkt doch nie dick oder aufgesetzt. Die Götterwelt glitzert in Uneinigkeit wie das Meer, Penelope empfangen schmachtende, dunkle, sehnsüchtige Klänge, Ulisse ist der Herr, der Held, der dem Götterzorn zu trotzen versteht, der Heimkehrer. Er ist das Prinzip Ordnung auf Wanderschaft. Mit ihm sei, so Henze, nicht zuletzt der ewige Mythos des Künstlers unterwegs.

Dazwischen klingt's erfrischend diesseitig. Luftig bis ironisch die tanzenden Rhythmen der „Bösen" oder der Dienerschaft. Henze hält die Ohren in Trab, bis sie ausgereizt sind. Leider passiert das, und das ist der bittere Tropfen in all der Freude, noch vor dem Finale. Henze geht die Luft aus. Ulisses und Penelopes friedvolles Wiedererkennen und Anerkennen kommt in seiner schlichten Größe und Wahrheit nicht mehr richtig durch. Im Strudel der Ereignisse, im ständigen Auf und Ab des Stimmungsbarometers hat sich die Heimkehr vor der Ankunft totgelaufen. Darüber täuscht auch das bildhafte Theater des schönen Aufwandes, das Michael Hampe in die Felsenreitschule gestellt hat, nicht hinweg.

Mauro Paganos durch Imitationen der Steinarkaden eingehängte Bühne ist Welt und Universum zugleich: ein Kugelskelett aus Messing als Symbol für den Kreislauf vom allegorischen Prolog über die menschliche Zerbrechlichkeit bis zum Hymnus der Liebe und Wahrheit und wieder zurück. Dazu treiben die Götter ihr amüsantes Kulissenspielchen: Jupiter vor einem goldenen Adler, Neptun mit wehenden blauen Stoffbahnen, die „Meer" assoziieren, Minerva in einer originellen Gondel. Hampe spielt genüßlich auf der Klaviatur der Schaubudeneffekte und Materialschlachten, arrangiert mit sicherer Hand und drückt aufs Tempo, damit ihm Henzes Effekte nur ja nicht davonlaufen.

Die Aufführung hat Schmiß. Festspiel-Debütant Jeffrey Tate legt sich an der Spitze des ORF-Sinfonieorchesters mit Elan ins Zeug und garantiert, daß Monteverdi und Henze zu gleichen, gerechten Teilen die Zuhörerschaft unterhalten. Um Stil soll da nicht gefackelt werden, hier zählen Punch, Farbkleckse und heiße Rhythmen. Es darf aus voller Kehle gesungen werden. Thomas Allen (Ulisse), Ann Murray (Minerva) und Robert Tear (als der gute Hirte Eumetes) kommen dem besonders nahe. Kathleen Kuhlmann verleiht Penelope die Würde der alleine gelassenen, standhaften Gattin. Die restliche Besetzung spielt nicht minder begeistert mit.

Salzburg scheint ein neues Zugstück zu haben, obwohl man es vorsichtshalber für 1986 noch nicht aufs Programm gesetzt hat. Henzes Monteverdi-Abenteuer wird schließlich auch noch zeigen müssen, ob es den ersten Alltagslärm zu überstehen imstande ist.

WALTER GÜRTELSCHMIED



Das Bild, mit dem Han van Meegeren seine Schuld bewies: „Christus im Tempel", 1949 im Gefängnis gemalt FOTO: DIE WELT

Große Fälschungen in Kunst und Literatur (VII): Vermeer oder van Meegeren?

# Mit den Emmausjüngern zum Ruhm

Wer heute ein Bild von Han van Meegeren kauft, kann nicht sicher sein, ob es ein Original ist. Das ist vielleicht die größte Pointe in der gewiß nicht pointenarmen Tragikomödie vom „größten Bilderfälscher der Kunstgeschichte". Als er gestorben war und nicht mehr fälschen konnte, wurde er selbst gefälscht; und die Fälschungen wurden zum Teil teurer bezahlt als seine Originale bei Lebzeiten. Wer will, darf darin eine Auszeichnung erblicken, die gemeinhin keinem Gewöhnlichen zuteil wird. Aber auf so ungewöhnliche Art und Weise hat sie gewiß noch keiner sich verdient wie Han van Meegeren, der Schelm aus Deventer, der sich in historische Kostüme kleidete, um den Beifall zu finden, der ihm sonst versagt blieb.

Mit hämischer Konsequenz verfolgte der Holländer eine unwahrscheinliche Konzeption. Er hat das Werk Vermeers vermehrt um eine neue, nämlich die bis dahin angeblich verlorene religiöse Dimension. Für eine Zeitlang immerhin. Aber es gibt Leute, die das auch heute noch nicht wahrhaben wollen. Sie schlagen selbst die Geständnisse des Fälschers in den Wind, weil sie nicht glauben wollen, daß heutzutage ein Maler zu den gleichen Schöpfungen imstande ist wie die Klassiker, zumal van Meegerens Bilder von den erlauchtesten Kunstpäpsten in den siebten Musenhimmel hochgejubelt wurden.

Noch Jahre nach dem Tod des Fälschers strengte der Käufer seines „Letzten Abendmahls" eine Schadenersatzklage gegen den belgischen Sachverständigen Coremans an, der das Bild entlarvt hatte. Coremans antwortete mit einer Gegenklage, der das Gericht stattgab mit einer zumindest merkwürdigen Begründung: Weil in dem ersten Meegeren-Prozeß ein Amsterdamer Gericht das Gutachten Coremans' als richtig unterstellt hatte, hielten es nun auch die Brüsseler Richter kurzerhand für zutreffend.

Aber warum, fragt man sich, wurde überhaupt so viel und so hartnäckig prozessiert um diese Bilder, die van Meegeren doch selbst als Fälschungen deklariert hatte? Die Antwort ist so einfach wie allgemeingültig: Weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Hier war ein Skandal ans Licht gekommen, aus dem die Betrogenen und Blamierten, allen voran die Kunstwissenschaft, staatliche und kommunale Kulturbehörden, an Geld und Reputation zu retten suchten, was zu retten war. Der geständige Missetäter mußte seine Schuld beweisen (man hätte ihm sonst eine weit schwerere, nämlich Kollaboration mit den Nazis, angelastet). Er tat es, indem er unter Polizeiaufsicht im Gefängnis seinen letzten „Vermeer" malte, „Jesus und die Schriftgelehrten"; vielleicht steckte in der Themenwahl eine letzte Ironie.

Aber auch mit dem Gefängnis-Bild waren nicht alle Zweifel der Überzeugten ausgeräumt. Physiker, Chemiker und alle möglichen Spezialisten wurden auf die unglaublich glaubhaften Fälschungen angesetzt. Aber der listige van Meegeren hatte alles getan, um sie gegen wissenschaftliche Analysen immun zu machen. Seine raffinierte Fälscherkunst wurde nun fast zum Bumerang. In langen Jahren intensivster Vorbereitung hatte er nicht nur die Maltechniken der alten Meister und vor allem Vermeers studiert, er war auch selber fast zum Chemiker geworden.

Unermüdlich experimentierte er mit Farben, Harzen, Ölen, Fetten und Firnissen, er zerstampfte Lapislazuli aus London im Mörser, um das leuchtende Blau Vermeers zu gewinnen; er durchstöberte die Antiquariate nach echtem Material, kaufte Rahmen und Nägel, Pokale, Textilien aus dem 17. Jahrhundert, die wir in seinen Bildern wiederfinden. Er malte, wie Vermeer es tat, nur mit Dachshaarpinseln. Eine Borste, in der Malschicht gefunden, konnte ein Echtheitsbeweis mehr sein. Er härtete die Malflächen im Backofen, rollte sie, bis sie rissig wurden; er malte auf abgewaschenen Leinwänden aus der Zeit, die „Jünger in Emmaus" etwa auf ein anonymes „Lazarus"-Gemälde aus dem 17. Jahrhundert.

Mit den „Emmausjüngern" trat van Meegeren zum ersten Mal an die Öffentlichkeit und entfachte damit einen ungeahnten Begeisterungssturm. Ein religiöses Gemälde aus dem Frühwerk Vermeers, über dessen Verbleib die Wissenschaft so lange vergeblich gerätselt hatte! Natürlich wurde der „Fund" gründlich untersucht; damit hatte van Meegeren gerechnet. Das Bild hielt allen Prüfungen stand. An seiner Echtheit war nicht zu zweifeln. Mit Superlativen garniert, ging es in die Kunstgeschichte ein, bekam einen Ehrenplatz im Rotterdamer Boymans-Museum, wurde millionenfach reproduziert. Nicht allein in Holland feierten die kunsthistorischen Kapazitäten es als den besten Vermeer, den es je gab. Aber es war auch der erste Vermeer, der so allgemein Gefallen fand. Das populäre Echo hätte kundige Thebaner stutzig machen müssen.

Aber das Gegenteil geschah. In kürzesten Zeitabständen wurden die auf den Kunstmarkt geschleusten weiteren Gemälde aus van Meegerens Fälscherei „angenommen", gefeiert, gekauft und in den bedeutendsten Museen ausgestellt. Zunächst einige Genre-Bilder „von" Ter Borch oder Pieter van Hooch, dann wieder religiöse „Jugendwerke" von Vermeer: das „Abendmahl", die „Fußwaschung", „Christus und die Ehebrecherin". Dieses Bild kaufte Göring, für 1 650 000 Gulden. Dadurch kam nach dem Krieg der Stein ins Rollen, der das windige Gebäude aus Täuschung und Selbsttäuschung zum Einsturz brachte und seinen Urheber letztlich zermalmte.

Han van Meegeren wurde der Kollaboration mit dem Feind beschuldigt; das konnte damals den Kopf kosten; zumindest Zuchthaus, womöglich lebenslang. So blieb ihm nichts anderes übrig als die sensationelle Selbstbezichtigung, die ihm keiner glaubte, eben weil man vermutete, daß er damit nur seinen Kopf aus der Schlinge ziehen wollte. Das Gericht glaubte ihm schließlich und verurteilte ihn wegen Kunstfälschung zu einem Jahr Gefängnis. Ein überraschend mildes Urteil, gewiß; aber van Meegeren war nun ein armer, kranker Mann. Die zweijährige Untersuchungshaft hatte ihn zermürbt, Schadenersatz- und Steuerforderungen ruinierten ihn. Er starb im Alter von 58 Jahren im Dezember 1949 und hinterließ, wie sich vielfach, auch nach Jahrzehnten noch, zeigen sollte, einen rätselhaften Rest der umstrittenen Frage: Han van Meegeren – oder am Ende doch Vermeer?

EO PLUNIEN

Sie errangen den ersten Preis im diesjährigen „Deutschen Musikwettbewerb": Ein Porträt des Hamburger Fontenay-Trios

# Zwei Streicher und ein Klavier fühlen sich wie im Paradies

Fontenay heißt eine Straße an der Hamburger Außenalster, Anfang des 19. Jahrhunderts nach dem Reeder John Fontenay genannt. Das Fontenay-Trio, ein Ensemble, dem drei junge Hamburger Musiker angehören, hat den hanseatischen Kaufmann zu seinem Namenspatron gewählt: ein Haus an der Fontenay bot ihm die ersten Probemöglichkeiten.

Der Geiger Michael Mücke (geb. 1962) hat studiert bei Professor Uwe-Martin Haiberg, der Cellist Niklas Schmidt (geb. 1958) bei Professor Wolfgang Mehlhorn und der Pianist Wolf Harden (geb. 1962) bei Professor Eckhart Besch. Jüngst errang das Trio in Bonn den 1. Preis des diesjährigen „Deutschen Musikwettbewerbs", Ausweis für hohe technische und musikalische Reife. Nach harter Arbeit und einem relativ kurzen, gradlinigen Weg könnte die Auszeichnung helfen, die Tür zur internationalen Karriere weit aufzustoßen.

Die drei trafen sich eher zufällig 1980 für ein Konzert im Hamburger Übersee-Club und beschlossen zusammenzubleiben. Erste Früchte einer konsequenten Arbeit: 1983 der erste Preis im Berliner Mendelssohn-Wettbewerb und die Aufnahme in die „Bundesauswahl junger Künstler" für die Saison 1983/84, die ihnen etwa sechzig Konzerte garantierte. „Aber die Wettbewerbe", meint Wolf Harden, „waren viel weniger wichtig als unsere erste Schallplatte, die unseren Marktwert ganz entscheidend vorantrieb."

Zwei prominente Ensembles waren es, die ihre Qualität steigerten: Fast zwei Jahre lang studierten sie beim Amadeus-Quartett in Köln und beim Beaux-Arts-Trio, das ihnen – vor allem durch den Pianisten Menahem Pressler – in einem kurzen, dabei aber höchst intensiven Kompaktkurs in der Schweiz äußerst wichtige Impulse gab.

Das Klaviertrio: ein kammermusikalisches Monstrum, ein heroischer, aber aussichtsloser Kampf der beiden Streicher gegen das Klavier? „Mitnichten", protestieren Michael Mücke und Niklas Schmidt, „man muß nur die genaue Balance finden. Das ist zwar nicht immer einfach, und der entscheidende Punkt liegt bei jedem Komponisten woanders. Aber wir sind sicher, die klangliche Ausgewogenheit jetzt für uns gefunden zu haben."

Und Wolf Harden, Herrscher auf den Klaviertasten über die zehnfingrigen Klangballungen, meint dazu: „Ich fühle mich absolut nicht frustriert, denke nicht, daß ich von meinen Streicherkollegen am kurzen Zügel gehalten werde. Alles ist eine Frage des Sich-zusammen-Raufens. Hat man das geschafft, fühlt man sich wie im Paradies. Fühlt man sich ebenso wohl wie ein Streichquartett mit seinen 16 Saiten."



Stehen jetzt an der Schwelle zur internationalen Karriere: Michael Mücke, Wolf Harden und Niklas Schmidt (von links) FOTO: FEINDT

Auch die Skepsis angesichts eines vermeintlich sehr kleinen Repertoires, das ein Leben lang drei Musiker zusammen- und in Spannung halten, die Musik nicht der Routine anheimfallen lassen soll, wird vehement korrigiert. „Das muß nicht sein! Das Repertoire ist durchaus groß genug. Wir haben bis jetzt etwa 35 Stücke drauf, und vieles fehlt uns noch", meint Niklas Schmidt und genießt die Zukunft: „Es ist doch herrlich, zu wissen, daß man noch so viel vor sich hat.

Das Gesamtwerk spielen wir bis jetzt nur von Mozart, Schubert und Brahms, von Dvořák erst die beiden in B-Dur und f-Moll, von Haydn nur das ‚Zigeuner'-Trio. Von Beethoven fehlen uns noch einige Trios, darunter das große in Es-Dur op. 70,2. Aber einige Raritäten haben wir im Programm, darunter Pfitzners selten gespieltes F-Dur-Trio, das wir auf unserer Schallplatte eingespielt haben. Dann Hans Werner Henzes Kammersonate (1948) und Frank Martins Trio über Irische Volksweisen, beide auf unserer zweiten Platte.

Eine dritte LP wird in Kürze erscheinen, auf der wir Clara Schumanns g-moll-Trio op. 17 und Brahms' hinreißendes Jugendwerk in A-Dur op. posth. spielen. Trios von Fanny Mendelssohn-Hensel, E. T. A. Hoffmann und Gabriel Fauré gehören zu unserem Repertoire, wie auch ein uns gewidmetes Klaviertrio des zeitgenössischen Komponisten Wolfgang Andreas Schulz.

Bei den diesjährigen Berliner Festwochen wird übrigens ein Trio des chinesischen Komponisten Hsu dazukommen. Und Beethovens Tripelkonzert spielen wir natürlich auch hin und wieder."

Sie haben – obwohl schon einige Jahre auf dem Konzertpodium heimisch und inzwischen erfahrene Routiniers – sich die herrliche, unverbrauchte Frische, den naiven Idealismus der Jugend bewahrt. Sie wissen, was sie wert sind, und sie strahlen eine Sicherheit aus, die niemals arrogant wirkt.

Sie sind liebenswert in ihrem gesunden Selbstbewußtsein, ihrem erfrischenden Optimismus und einem hochgespannten künstlerischen Ernst. Die Mixtur äußert sich in ihrem Spiel so entschieden wie das sachliche Selbstverständnis ihrer Kommentare zu Kunst und Leben, Arbeit und Karriere.

Wenige Stolpersteine bisher. Die sind als Korrektiv willkommen. Viel Erfolg. Die Sterne stehen günstig. Die Chance, sich an die Spitze zu spielen und sich dort zu behaupten, ist groß. Sie finden's schön. Recht haben sie.

HANS-OTTO SPINGEL

## JOURNAL

### Das Kaiserporträt ist nicht von Tizian

dpa, München

Das berühmte Porträt Kaiser Karls V. in der Münchner Alten Pinakothek stammt nach jüngsten Erkenntnissen des Kölner Kunsthistorikers Hans Ost nicht von Tizian. Der Wissenschaftler hält das Porträt des sitzenden Kaisers für „ein Bild aus der nächsten Umgebung Tizians, aus seiner Werkstatt". Zweifel an der Zuschreibung des Bildes seien „in Ansätzen" schon in der älteren Forschung aufgetaucht. Ost glaubt, daß die Signatur erst im 18. Jahrhundert auf das lebensgroße Porträt gesetzt wurde, und zwar „nicht aus betrügerischer Absicht, sondern in bester Wertschätzung des Meisters, wie wir das in der Kunstgeschichte auch in vielen anderen Fällen kennen".

### Niedersachsen will keine beweglichen Ferientage

W. K. Hannover

In Niedersachsen bleibt es bei einer festen Ferienordnung. Bewegliche Ferientage wird es auch in den kommenden Jahren nicht geben, weil vor allem Eltern und Schüler sich gegen diese Möglichkeit ausgesprochen haben. Dies teilte das niedersächsische Kultusministerium in Hannover mit. Seit Jahren haben sich sogenannte bewegliche Ferientage in einigen anderen Bundesländern eingebürgert. Diese Ferientage können die Schulen selber festsetzen. Aus der Gesamtzahl der 75 Ferientage pro Jahr können sie zwei bis drei Tage frei über das Jahr verteilen. Die Tage werden entweder an die Ferien angehängt oder Feiertagen zugeschlagen, die in der Nähe eines Wochenendes liegen.

### Utrecht lädt zum Holland-Festival

DW. Utrecht

Heinrich Schütz, die frühe Polyphonie und die Musik von Bach und Händel, ferner die Analyse der Werke der Meister in ihrem Verhältnis zu ihren Instrumenten stehen im Vordergrund des Holland-Festivals, das vom 30. August bis zum 8. September in Utrecht stattfindet.

### Der Mythos Roms im Spiegel der Kunst

DW. Bregenz

Die Wirkung der römischen Mythologie auf die Kunst von der Antike bis zur Gegenwart dokumentiert die Ausstellung „Götter und Römer", die bis zum 29. September im Bregenzer Künstlerhaus Palais Thurn und Taxis zu sehen ist. Das älteste Exponat dieser von Archäologen, Kunst- und Althistorikern zusammengestellten Präsentation stammt aus dem dritten Jahrtausend vor Christus. Aktuelle Werke wurden speziell für „Götter und Römer" geschaffen. Der Katalog zur Ausstellung umfaßt 127 Seiten und kostet 180 Schilling.

### Fünftes Festival des komischen Films

AP. Vevey

Zehn Spielfilme werden am Wettbewerb des fünften internationalen Festivals des komischen Films in Vevey teilnehmen, darunter als deutscher Beitrag „Otto – der Film". Ferner sind vom 19. bis 25. August in Vevey eine Hommage an François Truffaut sowie eine Retrospektive mit Filmkomödien aus Italien angesagt. Neben diesen größeren Sektionen gibt es eine Abteilung „Junger Schweizer Film" und eine Schau „komischer Filme" außer Konkurrenz.

### Ein Urpaarhufer aus der Grube Messel

D. B. Frankfurt

Bei Grabungen des Frankfurter Forschungsinstitutes Senckenberg unter der Leitung des Paläontologen Stephan Schaal in der Grube Messel wurden jetzt ein großer Paarhufer und zwei Alligatoren geborgen. Der im tiefsten Teil der Grube gefundene Paarhufer ist gegenwärtig noch vollständig von Tonstein bedeckt. Die Knochen sind in Form von Beulen an der Oberfläche zu erkennen. Die Dimensionen des Fundes sprechen für ein Urpferd der Art Propalaeotherium isselanum. Doch kann selbst ein neue Art nicht ausgeschlossen werden.

### Zentrum für die Kultur Irans in Bonn gegründet

DW. Bonn

Es lehnt die derzeitige iranische Regierung nicht ab, fühlt sich an sie aber ebensowenig gebunden wie an religiöse oder gesellschaftliche Gruppen. Ziel des jetzt in Bonn neu gegründeten „Zentrums für Kultur und Zivilisation Irans" ist es, die Kultur der verschiedenen Volksgruppen des Landes den „an iranischer Denkweise interessierten Persönlichkeiten und Organisationen" nahezubringen. Sprachrohr ist eine quartalsmäßig erscheinende kulturpolitische Zeitschrift in deutscher und persischer Sprache. Darüber hinaus sind Sprachkurse für beide Nationalitäten sowie Veranstaltungsreihen geplant.

# Der Kaffeekönig: Ein Unternehmer von der Pike auf

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Er war das Urbild des hanseatischen Kaufmanns, der seriöse, ältere Herr. Einer, der für die Qualität seines Produktes einsteht und den direkten Kontakt zu seinen Kunden hält, zwar nicht über den Ladentisch, doch über die Werbung: Nicolaus Darboven, Mitinhaber der Hamburger Großrösterei J. J. Darboven. Er hat seinen „Idee-"Kaffee selbst im Werbefernsehen angeboten, als der Firmenchef, der den Kunden nur das empfiehlt, was er schätzt.

Nicolaus Darboven kam am Sonntag im Alter von 83 Jahren bei einem Verkehrsunfall auf der Autobahn bei Hilpoltstein, auf dem Weg nach Tirol, ums Leben. Er wollte im Haus seiner 1981 verstorbenen Frau Aloisia, einer gebürtigen Österreicherin, Ferien machen. Das Ehepaar hat eine Tochter und zwei Enkelkinder.

Die Karriere des Bauernsohnes aus Lauenbruch bei Harburg verlief wie im Bilderbuch: Mit 14 Jahren ging der junge Nicolaus bei einem Kolonialwarenhändler in die Lehre. Mit 19 Jahren begann er bei einer Bank in Hamburg. Mit 22 stellten ihn nach dem Tode seines Vaters die Onkel Caesar und Arthur „als Stift" in der traditionsreichen Firma Johann Joachim Darboven ein, die 1866 gegründet wurde und eine der ältesten deutschen Großröstereien ist. Die ver-



Er war ein Herr: Nicolaus Darboven, der jetzt tödlich verunglückte.

wandten Vorgesetzten mußte er solange siezen, bis er 1926 Prokura erhielt. Zehn Jahre später wurde er Teilhaber des Unternehmens.

Das Geheimnis „seines" Kaffees, den der Firmenchef nicht nur vor der Kamera genoß, lag darin, daß er aufgrund eines speziell entwickelten Röstverfahrens sehr magenschonend war. Die Verdienste in der Kaffeeforschung haben Darboven deshalb die höchste Auszeichnung des Kneipp-Bundes eingetragen. Für sein Engagement um die Berufsförderung zeichnete ihn das Gastgewerbe mit der Brillat-Savarin-Medaille aus. Der Einsatz im Bildungswesen und in der Gesundheitsvorsorge wurde ihm mit dem Bundesverdienstkreuz und vor vier Jahren dem Ehrenzeichen der Deutschen Ärzteschaft gelohnt. Wie sehr es dem Familienunternehmer um das Wohlbehagen des Kaffeetrinkers ging, bewies Darboven während des Krieges und der folgenden Jahre der Not. Als Kaffee rationiert war, kreierte die Firma den Ersatzkaffee „Koff", der wie die Kaffeebohnen nach einem Spezialverfahren so schmackhaft wie möglich geröstet wurde.

Vielleicht war es der lange Weg des Seniorchefs Darboven bis zur Spitze des Unternehmens, daß er auch im Alter noch jeden Tag ins Geschäft ging und sich bis ins Detail kümmerte. Der Beiname „Kaffeekönig", den ihm seine Unternehmungen eintrugen, hatte mit seinem Auftreten, daß eher vom hanseatischen Understatement geprägt war, nichts gemein.

Die Tradition des Familienunternehmens mit 300 Mitarbeitern geht weiter. Die Firma leitet Albert Darboven, der Neffe des Verunglückten. Wie der Senior kümmert er sich neben Einkauf, Produktion und Vertrieb persönlich um die Werbung.

# Für die Freiheit durchquerten zwei junge Esten die Hölle

Von INGO URBAN

Zwei jungen Estländern ist unter dramatischen Umständen über eine Distanz von rund 2100 km die Flucht aus ihrer von der Sowjetunion besetzten Heimat nach Schweden gelungen. Fast einen Monat haben sie dafür gebraucht, bis sie von Estland über Leningrad, den Raum Murmansk, quer durch das östliche Karelien nach Finnland und von da bis nach Haparanda in Schweden gelangten, wo sie um politisches Asyl nachgesucht haben.

In einem Gespräch mit der WELT berichteten die beiden Männer, die anfangs noch einen sehr verängstigten Eindruck machten, über die Flucht und ihre Hintergründe. Über sich selbst mochten die 30 beziehungsweise 23 Jahre alten Männer denn auch kaum Auskunft geben. Die WELT verzichtet daher auf die Veröffentlichung ihrer Namen, die der Redaktion bekannt sind.

Mit Fluchtgedanken trugen sich die Männer schon seit Jahren, ehe sie sich jetzt während der Zeit der taghellen Mittsommernächte tatsächlich zur Flucht entschlossen. Als unproblematisch bezeichneten sie den ersten Teil ihrer Strecke von Estland nach Leningrad. Schwierig wurde es dann aber auf dem zweiten Teilabschnitt, dem mit 1150 Kilometern von Leningrad nach Murmansk weitaus größten, den sie am 5. Juli antraten.

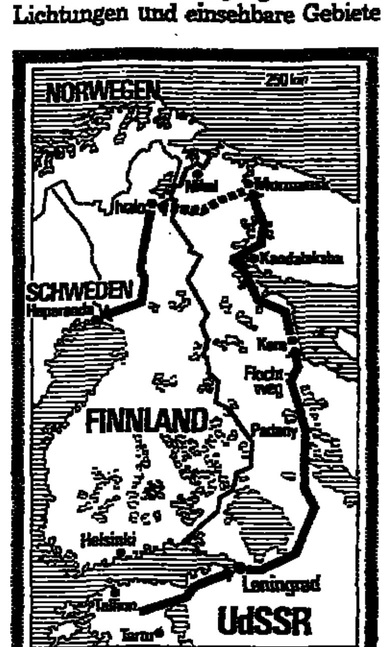
Sowjetische Staatsangehörige können zwar mit der Eisenbahn nach Murmansk reisen, müssen sich aber gegebenenfalls ausweisen und Auskunft geben – das Gebiet westlich von Murmansk ist Sperrgebiet –, weshalb sie dorthin reisen. „Und wir hatten ja einiges Gepäck bei uns, das nicht unbedingt erklärbar gewesen wäre. Allein je sieben Kilo hochkonzentrierte Lebensmittel, die wir zur Verpflegung für unseren Fußmarsch durch Karelien benötigten, aufblasbare Wasserbälle, Ringe und anderes, was wir für die Flußdurchquerungen brauchten."

„Der gefährlichste und schwierigste Teil unserer Flucht aber war der dritte Abschnitt vom Raum Murmansk quer durch Karelien westwärts nach Finnland. Luftlinie sind das zwar nur rund 200 Kilometer. Wir haben aber mindestens 350 zurückgelegt, weil wir ja alle Ansiedlungen, kleinen Gehöfte, Waldunterkünfte, Militäranlagen und offen einsehbare Gebiete umgehen mußten. 17 Tage haben wir benötigt."

Paradoxerweise erwies sich das nahezu menschenleere Gebiet als besonders gefährlich, weil hier jeder Fremde sofort auffällt und gemeldet werden muß. Für 15 Tage hatten die beiden Esten ihren Proviant kalkuliert: Pollenhonig, Rosinen, Reis, Haferflocken, Traubenzucker und Schokolade. Der Vorrat reichte dann aber nur zwölf Tage. In den letzten fünf ernährten sie sich nur noch von Birkenblättern, Moos, Gräsern und kleinsten Restmengen des noch verbliebenen Pollenhonigs. „Es war furchtbar." Zu ihrem Entsetzen mußten sie außerdem feststellen, daß die sowjetischen Landkarten nicht stimmten und in den teilweise sehr erzreichen Gebieten die „Kompaßnadel verrückt spielte".

Das von den offiziellen sowjetischen Stellen herausgegebene Kartenmaterial ist offenbar bewußt mit falschen Koordinaten- und Entfernungsangaben versehen. Anders läßt es sich kaum erklären, daß selbst viele Pläne sowjetischer Großstädte schlicht falsch sind, so daß eine exakte Orientierung kaum noch möglich ist. Besonders ungenau ist denn auch folgerichtig das Kartenmaterial von militärischen Sperr- und Grenzgebieten.

Bevor die beiden jungen Männer Lichtungen und einsehbare Gebiete




durchquerten, haben sie diese erst sorgfältig mit einem Fernglas abgesucht. Das Terrain wurde ständig von Hubschraubern kontrolliert. Da mußten die Männer oft unter Unterholz im Morast Zuflucht suchen.

„Nach einigen Tagen unseres Marsches – wir haben uns nur in den hellen und fast wolkenlosen Nächten vorwärtsbewegt – durchquerten wir die großen Sumpfgebiete nördlich von Luttojoki, Kilometer um Kilometer knietief in Schlamm und Wasser. Myriaden von Mücken peinigten uns. Es war fürchterlich." Der ältere der beiden betonte, nur noch die gegenseitige Aufmunterung habe sie vor dem Abbruch des Unternehmens bewahrt. Nach dem Sumpfgebiet überwanden sie mit einem selbstgebauten Floß, das sie mit aufblasbarem Wasserspielzeug stabilisierten, einen zwei Kilometer breiten reißenden, äußerst kalten Fluß.

Das Gebiet westlich von Murmansk bis Finnland ist Sperrgebiet. Zusätzlich ist innerhalb dieses Raumes ein tiefgestaffeltes Sicherheits- und Sperrsystem vorhanden. Etwa vier bis fünf Kilometer vor der unmittelbaren Grenze steht ein zwei Meter hoher Alarmzaun. Dieser Zaun mußte ebenso überwunden werden wie auch das sich daran anschließende Gebiet, das raffiniert durch Stolperdrähte gesichert ist. Eine Berührung und der Alarm bricht los.

Letzte Gewißheit, endlich das rettende Finnland erreicht zu haben, hatten sie erst, als sie ein Haus mit Kühen auf der Weide erblickten. Für die Sowjetunion eine Unmöglichkeit. Bauern ist der Grenzbereich tabu.

Völlig erschöpft schleppten sie sich zu dem Gehöft, wo sie von den Finnen mit absoluter Selbstverständlichkeit aufgenommen wurden und sich erst einmal ausschlafen konnten. In Sicherheit waren sie jedoch immer noch nicht. Finnland ist aufgrund eines Abkommens mit Moskau verpflichtet, Flüchtlinge auszuliefern – ein schwerwiegender Vorwurf gegen einen Signatarstaat der Helsinki-Schlußakte.

Den beiden Männern war dies bekannt, sie hofften dennoch – schon aufgrund der alten Freundschaft zwischen dem finnischen und dem estischen Volk – auf Hilfe. Und die wurde ihnen zuteil. „Illegal" und selbstlos wurden sie von den Finnen 350 Kilometer südwestlich nach Haparanda in Schweden gebracht. Schweden, endlich am Ziel.

Über die Gründe ihrer Flucht befragt, erklären sie, daß sie die immer stärker werdende Russifizierung Estlands, die weiter um sich greifende Degeneration der sowjetischen Gesellschaft – Verfall der Moralbegriffe, Alkoholismus und Korruption – zu diesem Schritt bewogen haben. Sie glauben auch nicht, daß der von Gorbatschow erklärte diesbezügliche Kampf Erfolg haben werde, da diese Fehler systembedingt seien. Für die sehr stark religiös eingebundenen Männer war ferner die krasser werdende religiöse Verfolgung in ihrer Heimat ein auslösendes Moment.

Ein von der sowjetischen Botschaft in Stockholm gewünschtes Gespräch haben die Männer trotz zugesicherter Polizeiaufsicht abgelehnt. Sie wollen in Schweden bleiben.

# „Wegezoll-Affäre": Anklage gegen Polizisten erhoben

hy. Münster

In der „Wegezoll-Affäre" hat die Staatsanwaltschaft Münster jetzt Anklage gegen drei Autobahnpolizisten erhoben. Sie machten Dienst auf der Wache in Freudenberg bei Siegen und in Hagen. Ihnen wird fortgesetzte Bestechlichkeit und Erpressung vorgeworfen. In einem Zeitraum von zehn Jahren sollen sie bei Fernfahrer-Kontrollen auf Bußgelder und -bescheide verzichtet und dafür „Abgaben" von der Ladung erhalten haben. In der Anklageschrift sind fast 70 Einzelfälle aufgelistet. Danach wurden als Gebühr für die freie Fahrt auf den Autobahnen vorwiegend Naturalien wie Fleisch, Wurstwaren, Milchprodukte, aber auch lebende Forellen gezahlt. In Nordrhein-Westfalen wird zur Zeit gegen rund 70 Beamte wegen dieser Delikte ermittelt. Ein Ende der Wegezoll-Affäre ist noch nicht abzusehen. Denn der Generalstaatsanwalt in Hamm hat eine Erweiterung der Ermittlungen angeordnet. Diese erstrecken sich nun auch auf Fernfahrer und Speditionsfirmen. Sie sollen Autobahnpolizisten „Geschenkpakete" geradezu aufgedrängt haben. Gleichzeitig wurde bekannt, daß der Wegezoll nicht nur auf der „Sauerland-Linie" erhoben wurde, sondern auch auf der Strecke zwischen Osnabrück und Bremen.

## 830 Weine auf der Liste

AP, Bonn

Im Zusammenhang mit dem österreichischen Weinskandal hat das Bundesgesundheitsministerium in Bonn insgesamt 830 österreichische und deutsche Weine aufgelistet, in denen Diethylenglykol nachgewiesen worden ist. Die Liste dieser „Frostschutz-Weine" wurde mit dem deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information erarbeitet. Die „dringende Warnung" vor dem Verzehr von österreichischen Weinen behalte bis auf weiteres ihre Gültigkeit, betonte das Ministerium.

## Gurt-Urteil

dpa, Koblenz

Wer in einen geparkten Wagen einsteigt, um darin zu schlafen, den trifft keine Mitschuld, wenn er als nicht angeschnallter schlafender Beifahrer bei einem Verkehrsunfall verletzt wird. Das entschied das Koblenzer Oberlandesgericht (OLG) in einem gestern veröffentlichten Urteil in zweiter Instanz. (Az.: 12 U 83/84)

## Erpressungen eingestellt?

dpa, Tokio

Eine Erpressergruppe, die sich „Mann mit 21 Gesichtern" nennt und Japan seit Anfang dieses Jahres durch vergiftete Schokolade in Supermärkten in Atem hält, hat gestern in einem Brief „an die Mitglieder des Parlaments" ein Ende ihrer Aktivitäten angekündigt. Das Schreiben ging in Kopien bei Zeitungen in Osaka ein.

## Scholl-Prozeß unterbrochen

dpa, Baden-Baden

Der Juwelenraubprozeß gegen den ehemaligen rheinland-pfälzischen FDP-Chef Hans-Otto Scholl ist gestern vom Baden-Badener Landgericht für drei Wochen unterbrochen worden. Die Sommerpause war nach bisher 16 Verhandlungstagen notwendig geworden, weil einige Mitglieder des Gerichts ihre Urlaube schon länger geplant hatten.

# LEUTE HEUTE

## Gerettet

Knapp dem Tode entrann am Sonntag der englische Pop-Sänger **Simon le Bon** von der Gruppe „Duran Duran", deren Musik gerade als Titelsong im neuen James-Bond-Film in den Kinos zu hören ist. Er hatte sich artfremden Künsten zugewandt und im Rahmen des Admiral's Cup an einem Rennen für Hochsee-Yachten teilgenommen. Windstärke neun war ihm oder seinem Schiff „Drum" dann doch zu viel. Der Kiel der Yacht wurde abgerissen, und sie kenterte vor der britischen Küste bei Salmouth. Simon le Bon und fünf der Besatzungsmitglieder überlebten nur, weil sich in der Kabine der völlig umgeschlagenen Yacht (s. Foto) eine Luftglocke gebildet hatte – ganz wie bei 007. 40 Minuten dauerte es, bis Taucher der britischen Marine die sechs befreiten. Auch die übrigen 18 Mann, die sich an Wrackteile geklammert hatten, wurden gerettet.

## Gezielt

Gut gezielt ist halb gewonnen. Das könnte sich der Belgier **Roman Brugmans** gesagt haben, als er am Wochenende seinen eigenen Rekord im Dart-Spiel zum 6. Mal verbesserte. Er schleuderte 133 Stunden und 30 Minuten Wurfpfeile gegen eine Zielscheibe seiner Stammkneipe in Antwerpen. Alles für das Guinness-Buch der Rekorde.

## Gekapert

Zwei Unterhaltungsexperten haben sich gefunden. Er, ein Aufsteiger, sie aus einer der bekanntesten amerikanischen Familien. Sie arbeitet als Korrespondentin für „entertainment" bei der amerikanischen Filmgesellschaft CBS in Los Angeles. Er läßt seine Muskeln vor der Kamera spielen und begeistert damit Millionen, vor allem weiblicher Kinobesucher. Nach acht Jahren Freundschaft haben sich **Maria Owings Shriver** (29) und **Arnold Schwarzenegger** (38) jetzt offiziell verlobt. Die Eltern der Braut, **Eunice Kennedy-Shriver** und **Sargent Shriver**, gaben die bevorstehende Hochzeit bekannt. Mutter Eunice ist eine Schwester der Kennedy-Brüder. Bleibt zu fragen, wer da wen gekapert hat, er die Clan-Nichte oder sie den „Mister Universum".



### Gefährliches Ende einer Wettfahrt

Die traurigen Reste von Simon le Bons Yacht „Drum": Bei einem Rennen im Rahmen des Admiral's Cup vor der englischen Küste kenterte das Schiff. Der Sänger und die 24köpfige Besatzung wurden geborgen. FOTO: CORNISH PHOTOS NEWS

Drei Polizisten unter Mordverdacht / GdP warnt vor Pauschalurteilen

# „Hammer-Fall": Eltern glauben an ihren Sohn

FLORIAN NEHM, Großbottwar

„Unsere Nerven werden mindestens noch bis morgen auf die Folter gespannt", klagt Ilse Gianoncelli, die Mutter des unter dreifachem Mordverdacht festgenommenen Polizisten, Roman Gianoncelli (22) aus dem idyllischen Michelbach an der Bils bei Schwäbisch Hall.

Solange will sich die „Sonderkommission Hammer" in Großbottwar Zeit lassen, bevor sie mit weiteren Indizien für oder gegen die vermutete Schuld des jungen Mannes vor die in dieser Gegend merklich besorgte Öffentlichkeit tritt.

Nichts Böses ahnend, waren die Eltern Gianoncelli aus dem Urlaub bei Verwandten am Gardasee heimgekommen, als ihr zweiter Sohn Tobias (21) ihnen von dem ungeheuerlichen Verdacht berichtete. Schweigend geht Romans Vater Ludwig, in dessen Gesicht die letzten Tage Spuren hinterlassen haben, mit seinem Hund spazieren. „Wir glauben fest an die Unschuld unseres Sohnes. Es ist undenkbar, daß ein Junge, der keiner Fliege etwas zuleide tun kann, ein Mörder und Bankräuber sein soll."

Tatsächlich kommt die jetzt auf 90 Kriminalisten verstärkte „Sonderkommission Hammer" nur langsam weiter. Gesucht wird ein Mann, der schon dreimal am Straßenrand parkende Autofahrer mit einem Kopfschuß tötete. Am gleichen Tag oder nur wenig später fuhr dann vermutlich eben dieser Mann mit dem Auto des Opfers bei kleinen Banken in entlegenen Ortschaften vor, wo er, mit einem Hammer auf die Scheibe am Schalter einschlagend, bisher 84 000 Mark erbeutete.

Als sich im Mai des vergangenen Jahres der erste der drei bisher unaufgeklärten Verbrechen ereignete, wurden nur die üblichen Ermittlungen eingeleitet. Als sich aber kurz vor und nach Weihnachten und nun Ende Juli der dritte Mord auf die gleiche grausame Art mit anschließendem Banküberfall ereignete, legte sich das Stuttgarter Landeskriminalamt ins Zeug. In Großbottwar, dem „geographischen Mittelpunkt der Verbrechen", belegten die Beamten erst das Rathaus und die Feuerwehrräume. Als beides zu klein wurde, zogen die Kriminalisten ins Schulzentrum um. Allerdings drängt die Zeit. Anfang September braucht die Realschule ihre Klassenzimmer wieder.

Gegen Gianoncelli spricht bis zur Stunde, daß er die gleiche, äußerst seltene Blutgruppe hat, wie die des „Hammer-Räubers", der sich bei einem seiner Überfälle in die Hand schnitt ...

In zwei Fällen zertrümmerte er die kugelsichere Trennscheibe des Bankschalters. Die Bekanntheit seiner „Technik" wurde ihm jedoch am 23. Juli beim Versuch, die Raiffeisen-Bank in Spiegelberg zu überfallen, zum Verhängnis. „Ich stand zufällig am Kellerfenster und sah einen Mann mit grünem Sonnenschutz an der Mütze. In der Hand verbarg er einen Hammer. ‚Der Hammer-Killer', durchfuhr es mich." Harald S., der Leiter der Raiffeisen-Bank, rannte los, um die Polizei zu alarmieren. Eine Blitzreaktion, die den unheimlichen Mann verscheuchte.

Nachdenklich stimmt die Kriminalbeamten, daß der Verdächtige niemandem je etwas von seinem 15 000 Mark teuren Toupet erzählt hat. Diese Summe scheint gemessen am Einkommen eines Polizisten auffällig hoch. Die Mutter: „Er ist halt eitel."

Für Roman Gianoncelli spricht, daß er nach seinem Verschwinden freiwillig dem telefonischen Rat seiner Mutter folgte und nach Michelbach zurückkehrte. Entlastend ist auch, daß seine Dienstwaffe gewiß nicht die Waffe ist, die der gesuchte Mörder benutzte.

So fragen sich die Menschen in dem nur 20 Kilometer messenden Radius der Tatorte weiterhin besorgt: Haben sie nun den „Hammer-Killer" oder läuft er doch noch frei herum?

# Das Geständnis entsetzt Kollegen

WILM HERLYN, Düsseldorf

Nicht wenig überrascht war die Düsseldorfer Kriminalpolizei, als sie bei den Ermittlungen in einem Mordfall, der zunächst aussah wie eine Tat unter Landstreichern, auf die Spur zweier Kollegen stieß. Als der 24jährige Polizeimeister Ralf Voigt jetzt am Wochenende seine Wohnung verließ, um den Frühdienst anzutreten, wurde er festgenommen. Kurz darauf auch sein Kollege, der ein Jahr ältere Wolfgang Liebau. Nach einem Geständnis von Voigt, das die Kollegen entsetzte, soll Liebau, der selber wegen Trunkenheit am Steuer vom Dienst suspendiert ist, die Schlinge um den Hals des 56jährigen arbeitslosen Chemielaboranten Lorenz Minwegen zugezogen haben.

Die beiden Polizeibeamten, die sich offenbar in chronischen Finanznöten befanden, hatten Minwegen in einer Kneipe kennengelernt. Der hatte gerade seine Arbeitslosenhilfe in Höhe von 350 Mark abgeholt und zeigte sich in „Geberlaune". Nachdem die beiden Polizisten beschlossen hatten, Minwegen „auszunehmen", lockten sie ihn in der Nacht zum Dienstag an die Stadtgrenze zwischen Düsseldorf und Hilden. Angeblich soll der kontaktarme Laborant „Aids-gefährlichen Spielchen" nicht abgeneigt gewesen sein. An einer einsamen Stelle soll Voigt sein angetrunkenes Opfer (1,9 Promille) in den Polizeigriff genommen haben, während Liebau die Taschen durchsuchte. Die Enttäuschung muß groß gewesen sein – es fand sich nur noch ein „Zwanziger". Danach soll Liebau Minwegen erdrosselt haben.

Um die Herkunft des Toten zu verschleiern, nahmen ihm die Täter alle Habseligkeiten ab. Die Leiche wurde zwei Tage später von einem Jäger entdeckt.

Ein Sprecher der Gewerkschaft der Polizei (GdP) erklärte gestern, es sei abwegig, jetzt alle Polizisten als potentielle Straftäter über einen Kamm zu scheren. Er sprach sich aber gleichzeitig dafür aus, Anwärter besser auszusieben.

Anzeige

Debatten-festigkeit kann man abonnieren.

Bitte:

An. DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte liefern Sie mir vom nächsterreichbaren Termin an bis auf weiteres

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

zum monatlichen Bezugspreis von DM 26.50 (Ausland 35,-, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Vorname/Name: ________

Straße/Nr.: ________

PLZ/Ort: ________

Beruf: ________

Vorw./Tel.: ________

Datum: ________

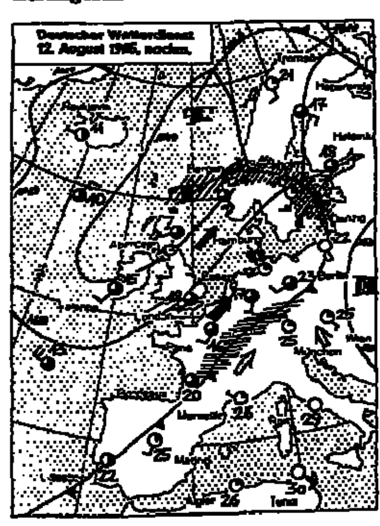
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: ________ 01-031

Sie haben das Recht, eine Abonnementsbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

# WETTER: Nur im Süden sonnig

**Wetterlage:** Ein von Südwesten nach Nordosten über Deutschland verlaufender Tiefausläufer ändert seine Lage nur wenig, schwächt sich aber ab. Von Südwesten her wird warme Luft herangeführt.



**Vorhersage für Dienstag:**

Im Süden und Südosten sonnig mit Temperaturen um 30 Grad. Nachts Abkühlung auf 15 Grad. Schwacher Wind um Süd. Im Nordosten auflockernde Bewölkung und zeitweise leichter Regen. Tagestemperaturen 20 bis 23 Grad, Nachtwerte 14 bis 12 Grad. Schwacher Wind aus Südwest bis Süd.

**Weitere Aussichten:**

Schwülwarm mit Gewitterschauern.

**Temperaturen am Montag, 13 Uhr:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Berlin | 23° | Kairo | 30° |
| Bonn | 17° | Kopenh. | 11° |
| Dresden | 27° | Las Palmas | 23° |
| Essen | 17° | London | 23° |
| Frankfurt | 20° | Madrid | 25° |
| Hamburg | 18° | Mailand | 26° |
| List/Sylt | 16° | Mallorca | 29° |
| München | 25° | Moskau | 24° |
| Stuttgart | 22° | Nizza | 26° |
| Algier | 26° | Oslo | 11° |
| Amsterdam | 17° | Paris | 16° |
| Athen | 30° | Prag | 23° |
| Barcelona | 27° | Rom | 29° |
| Brüssel | 17° | Stockholm | 19° |
| Budapest | 27° | Tel Aviv | 30° |
| Bukarest | 28° | Tunis | 30° |
| Helsinki | 18° | Wien | 25° |
| Istanbul | 26° | Zürich | 28° |

**Sonnenaufgang* am Mittwoch:** 6.06 Uhr, Untergang: 20.46 Uhr; **Mondaufgang:** 2.55 Uhr, Untergang: 20.26 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

# Erstes Reichskursbuch von 1934 neu aufgelegt

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

In zwei Stunden und 18 Minuten fuhr man 1934 von Hamburg nach Berlin – heute sind es mit D-Zügen durchweg rund vier Stunden auf der gleichen Strecke. Dafür kostete 1934 eine Reise nach oder auch nur durch Österreich mit dem Zug zuzüglich zur Fahrkarte 1000 Mark.

Solche und andere Kenntnisse vermittelt ein ungewöhnlicher Neudruck des ersten „Amtlichen Kursbuches für das Reich 1934". Er erschien für die vielen tausend Fahrplan-Fans, die 2000er Auflagen solcher Wälzer manchmal in wenigen Monaten aufkaufen. Herausgegeben wurde das 1164-Seiten-Buch (Ritzau KG, 8911 Pürgen, bis 15. August 72 Mark, dann 80 Mark) als Jubiläumsbeitrag zu „150 Jahre Eisenbahn in Deutschland".

Das Buch ist in der Tat nach einem „Nur für den Dienstgebrauch" erschienenen Vorgänger von 1933 die erste von jedermann käuflich zu erwerbende Übersicht von der Reichsbahn-Fernverbindung über die Privatbahnen bis zur Zahnradbahn auf den Drachenfels. Trotz weiter Verbreitung der 1933er Ausgabe sind in den 51 Jahren seither alle Exemplare bis auf zwei Originale abhanden gekommen. Eins – aus der Kursbuchstelle der Zentralen Transportleitung Mainz – wurde zur Druckplatten-Neuherstellung benutzt: der Ahne sämtlicher Reichs- und Bundesbahnkursbücher.

Die „Deutschen Paßvorschriften und Einreisebestimmungen des Auslandes" lassen die politischen Spannungen der Zeit erkennen. Die mit Österreich beispielsweise, aber auch die zu den USA, die als einziges Land das „persönliche Erscheinen erforderlich" machten, wenn Deutschen ein Sichtvermerk auf dem Paß erteilt werden sollte, während es bei der Visumstelle der UdSSR-Botschaft nur „erwünscht" war. Die USA verlangten bei Besuchs- und Vergnügungsreisen von Deutschen nicht nur die Vorlage von Einladungsschreiben amerikanischer Gastgeber und deren eidesstattliche Erklärung, daß sie den Besuch auch rechtzeitig wieder aufs Schiff setzen würden, sondern dazu eine „notarielle Beglaubigung".

Spanien wollte von den Deutschen bei Einreise einen Vermögensnachweis sowie ein Empfehlungsschreiben sehen, durch das Auftraggeber Gewähr dafür übernahmen, daß die Reise nur dem angegebenen Zweck diene und keine „politischen Gründe" habe. Sichtvermerkszwang bestand nicht für Länder wie Holland, Italien, Jugoslawien und Lettland, Estland, Finnland und Dänemark. Auch nach Großbritannien genügte der Paß – nicht aber, wenn unter Großbritannien der „Irak, Palästina, Neu-Guinea oder Nauru" verstanden wurden. Diese Reisen waren 1934 noch verhältnismäßig einfach im Vergleich zur Fahrt mit der Reichsbahn „durch polnisches und Danziger Gebiet zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland". Die Regelungen dafür umfassen im Kursbuch jedenfalls genauso viel Raum wie die für sämtliche Europa- und Amerika-Reisen.

Mit den verschiedenen Zeitangaben hatte der Reisende freilich Mühe. Das 1934er Kursbuch führt nicht nur eine Mitteleuropäische Zeit, sondern auch eine Westeuropäische Zeit auf, außerdem eine Westeuropäische Sommerzeit und eine Osteuropäische Zeit, die unter anderem für Bulgarien und Rumänien, aber auch für Finnland und Estland verbindlich war. Um die Schwierigkeiten zu vervollständigen, gab es auch noch eine „Amsterdamer Zeit", selbstverständlich mit der Variante „Amsterdamer Sommerzeit".

Die in späteren Kursbüchern nur noch auszugsweise wiedergegebenen Fahrbahntabellen der Kleinbahnen sind hier vollständig enthalten. Für Bonn bedeutet das beispielsweise die Einbeziehung der längst eingestellten Bergbahnen auf den Drachenfels und auf den Petersberg und minutiöse Fahrpläne der auch nicht mehr verkehrenden Rhein-Sieg-Eisenbahnen, die Dörfer zwischen Westerwald und Rheinufer bedienten. In Königsberg betrifft es den Vorortverkehr Metgethen-Seerappen oder die Dampferverbindung Tolkemit-Kahlberg.

Nicht nur (Eisenbahn-)Historisches läßt sich dem Kursbuch entnehmen. Der Entwurf des Nummernschemas beweist die auch damals hochgehaltenen bayerischen Sonderbelange. Mit Ziffer 329 endet die Durchzählung der Züge. Obwohl die Bayerische Staats-Eisenbahn 1924 in die Reichsbahn aufgegangen war und obwohl die Numerierung durchaus für die Bahn auf bayerischem Gebiet mit 330 hätte fortgesetzt werden können, durfte München nach einem Achtungsabstand bei 400 einsetzen.

# ZU GUTER LETZT

*„Neue Erfindung: bräunender Sonnenschirm". Die ersten dieser Art wurden in einem Hotel in Como aufgestellt, meldete SAD gestern.*